der rechte rand

magazin von und für antifaschist*innen

Zeit der Entscheidung

H 8040 F
ISSN 1619-1404
31. Jahrgang
Nummer 182
Januar | Februar 2020
3,50 Euro

Inhalt und Editorial

Gedenkstätte des ehemaligen KZ-Auschwitz © Mark Mühlhaus / attenzione

Liebe Leser*innen,
es klingt wie ein Stück aus dem Tollhaus. Das Berliner Finanzamt meint, die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA) würde nicht zum gesellschaftlichen Gemeinwohl beitragen. Zu politisch sei das Engagement des Vereins. Ein Schicksal, das mit ähnlicher Begründung zuvor schon Attac und Campact ereilte. Während das paramilitärische »Uniter«-Netzwerk trotz mutmaßlicher Verbindungen ins rechtsterroristische Milieu den Finanzbehörden bis heute als gemeinnützig gilt, zieht der Staat gegen die antifaschistische und linke Zivilgesellschaft ins Feld. Ein solcher Vergleich klingt altbacken – und er ist es auch. Denn dass es nun die VVN-BdA getroffen hat, zeigt das Wiederaufleben oder vielmehr Fortbestehen einer Jahrzehnte alten Tradition in Deutschland: rechts verharmlosen und links als extremistisch brandmarken. Dieser Antikommunismus richtet sich damals wie heute vor allem gegen unbequeme Antifaschist*innen.
Blicken wir kurz zurück. Schon Anfang der 1950er Jahren, nur kurze Zeit nach Ende des NS-Terrors, wurden in Westdeutschland zahlreiche Mitglieder der Vereinigung gezielt denunziert, aus öffentlichen Ämtern gedrängt und im Zuge des Radikalenerlasses ab 1972 teils mit Berufsverboten belegt. Zwei generelle Organisationsverbote seitens der Bundesregierungen scheiterten damals, nicht zuletzt weil der Staatsanwalt und der Vorsitzende Richter – seinerzeit zugleich Präsident des Bundesverwaltungsgerichts – während des Prozesses als Nazi-Schergen enttarnt wurden.
Nur unter diesen Vorzeichen ist es zu erklären, dass wohl mehrere Landesämter des Verfassungsschutzes die Nazi-Verfolgten weiterhin beobachten und sie damit gezielt als extremistisch verunglimpfen; der bayerische Verfassungsschutz erwähnt sie sogar explizit in seinem Jahresbericht. 75 Jahre nachdem die Deutschen Millionen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma und Kommunist*innen ermordeten, wollen die Inlandsgeheimdienste die letzten Überlebenden des Holocaust mundtot machen. Denn sie legen mit ihren kritischen Stimmen den Finger in die Wunde des Versagens der Bundesrepublik bei Entnazifizierung und konsequenter Bekämpfung der NS-Ideologie.
Sollte auch die gegenwärtige Gängelung durch die Finanzbehörden weiter Schule machen, würde antifaschistische Bildungsarbeit massiv in Misskredit gebracht. Was das bedeutet erlebte im November das Demokratische Zentrum Ludwigsburg. Weil sich der Verein mit seinen Vorträgen politisch positioniere und Neonazis wie Rassist*innen von Veranstaltungen ausschließt, darf er sich nicht mehr gemeinnützig nennen. Doch eines ist klar. Ob Steuerbefreiung oder nicht, Antifaschist*innen haben schon immer weitergemacht, im Auftrag des Schwurs von Buchenwald: »Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«
Das ist dringend geboten, wo erst der Anschlag von Halle die Bundesregierung dazu zwingt, die Mittelkürzungen für Demokratie- und Opferberatungen zumindest zu überdenken. In diesem Land, in dem ein ehemaliger Geheimdienstchef namens Hans-Georg Maaßen über den »Greta-Hype« Verschwörungen kolportiert, dass dieser nichts anderes sei, als eine »Kampagne von Hintermännern oder Hinterfrauen, die politische Ziele verfolgen«. Und wo der Verfassungsschutz in Hamburg nach einem Jahr voller rassistischer und antisemitischer Morde allen Ernstes vor Linken warnt, die Kampfsport betreiben; denn sie seien die neue linksterroristische Gefahr. Willkommen in Deutschland 2020.



#75Jahre

Zeit der Entscheidung

von Andreas Speit

#Unteilbar-Demo 2018 in Berlin

Das Vergangene ist nicht vergangen. In Hamburg muss sich Bruno D. vor dem Landgericht wegen Beihilfe zum Mord im Konzentrationslager Stutthoff in 5.230 Fällen verantworten. Der ehemalige SS-Wachmann erklärte, dass ihm die Menschen in den Lagern leid taten, meinte aber auch, dass seine Wachkameraden keine »echten Nazis« waren, und er »vom Herzen« auch kein »SS-Mann« gewesen sei.

In den Medien löste Bruno D. mit seiner Wahrnehmung eines KZ ohne Nationalsozialisten keine große Debatte aus. In doppelter Hinsicht eine Spiegelung der gegenwärtigen Situation – wenn auch aus gegensätzlicher Sicht: Weder wurde die Verharmlosung des »Schwarzen Ordens«, in dem seit dem 17. Oktober 2019 laufenden Verfahren skandalisiert, noch wurde betont, dass die Mörder »ganz normale Männer« waren. Doch schon seit längerem sind Positionen der Selbstreflexion der deutschen Nation und die Beachtung ihrer Opfer aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden. Die NS-Zeit war bekanntlich ja nur ein »Vogelschiss« in der 1000-jährigen Geschichte der Deutschen, wie Alexander Gauland uns erklären wollte. Der Applaus aus dem eigenen Milieu war dem Bundestagsfraktions- und Ehrenvorsitzenden der »Alternative für Deutschland« (AfD) gewiss. Doch wie breit ist mittlerweile dieses Milieu? In den vergangenen fünf Jahren ist ein extremer Anstieg der Akzeptanz – oder der Ignoranz – der Relativierung der NS-Verbrechen zu beobachten. Das Credo lautet: Nach 75 Jahren muss doch mal endlich ein Schlussstrich gezogen werden können. Zwischen Rechtspopulist*innen und Bioboheme ist man sich einig: Gedenken an die NS-Zeit natürlich, aber mit dieser Dominanz? Zwar müsse man der Opfer gedenken, man sollte doch aber das eigene Leid nicht vergessen. In dieser Logik kann dann auch ein Gauland weiter in einer renommierten Zeitung publizieren. So erscheint das Erinnern als ein aufoktroyiertes Gedenken, eines »Antifaschismus 2.0«, wie der staatlich verordnete Antifaschismus der DDR. Dass erst mit der 68er-Bewegung, gegen massive Widerstände, der Versuch zur Aufarbeitung des NS durchgesetzt, die Anerkennung der Opfer, die Eröffnung der Gedenkstätten und vieles mehr erstritten wurde, wird nicht erwähnt. Kein Gedenken im Land der Mörder und Henker, das nicht erkämpft wurde.

Schon Martin Walser ging nonchalant bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1998 über diese Auseinandersetzung hinweg und beklagte »die unaufhörliche Präsentation unserer Schande«, warnte vor dem »Meinungs- und Gewissenswart« und prägte das Motiv von »Auschwitz als Moralkeule«. Der Zuspruch, beziehungsweise der Nichtwiderspruch deutete an, wie wenig die Geschichte vergegenwärtigt werden sollte. Der Firnis der Akzeptanz zu einer Täter*innen-Bevölkerung zu gehören, ist längst dünner geworden. In dieser Debatte hat Aleida Assmann früh auf die Unterscheidung zwischen kollektivem und individuellem Gedächtnis hingewiesen. Die Crux dabei: Das Gedächtnis einer Gesellschaft muss sich nicht mit dem Erinnern des Einzelnen decken. Mehr noch: Das Gedächtnis des Einzelnen wird stark vom familiären Umfeld bestimmt. So offiziell die Verbrechen des NS anerkannt werden, so sehr scheint privat zu gelten: Opa war kein überzeugter Kriegsverbrecher und Oma keine glühende Hitler-Verehrerin.

In dieser neuen Familienaufstellung ist die Bezeichnung des Holocaust-Mahnmals durch den thüringischen AfD-Landtagsfraktionschef Björn Höcke als »Denkmal der Schande« zwar immer noch over the top. Doch sein Vorschlag, Denkmäler statt Mahnmale zu errichten, schon nicht mehr. Die anhaltende Diskussion um den Wiederaufbau der Garnisonskirche in Potsdam könnte zu dieser Restauration gehören. 1933, am 21. März, gaben sich Reichskanzler Adolf Hitler und Reichspräsident Paul von Hindenburg zur Eröffnung des Reichstages dort die Hand. Deutschlands Elite aus Wirtschaft, Kultur, Militär und Kirche stand stramm – dabei auch eine heute vergessene Opfergruppe: der Adel! Der Adel? Der Prinz von Hohenzollern will dank des »Ausgleichleistungsgesetzes« von 1994 den Verlust von Geld, Gebäuden und Kunstwerken durch die Enteignung von 1945 bis 1949 ausgeglichen bekommen. Seit Jahren laufen die Geheimverhandlungen mit dem Bund. Nachdem nun der Moderater Jan Böhmermann die Gutachten zur Rolle der Hohenzollern im NS veröffentlichte, läuft auch die Debatte um die Rolle von Prinz Georg Friedrich von Preußen, der sehr bemüht ist, die Bedeutung seines Urgroßvaters, Kronprinz Wilhelm von Preußen, bei der Etablierung des NS herunterzuspielen. Denn nur wer dem NS keinen »erheblichen Vorschub« leistete, wird entschädigt. Doch der Kronprinz prahlte damals damit, Hitler durch einen Wahlaufruf zwei Millionen Stimmen gebracht zu haben. In SA-Uniform mit Hakenkreuz posierte er. Soll man wohl heute nicht mehr so eng sehen. Andere Zeiten, andere Sitten.

Mit der Verhandlung verhöhnt der Bund letztlich alle Opfer des NS, die über Jahrzehnte um Anerkennung und Entschädigung in teils erniedrigenden Verfahren gekämpft haben.

Die Reaktion ist laut – und unersättlich. Doch sind die Reaktionäre wirklich mehr? Sind wir vielleicht zu leise und zu zurückhaltend? Warum nicht die Forderung des Direktors der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Axel Drecoll, mit vorantreiben, der den 8. Mai 2020 bundesweit zum gesetzlichen Feiertag machen möchte. Eine Chance, um erneut die narzisstische Kränkung, wie Theodor W. Adorno die Niederlage benannte, aufzuarbeiten. Und eine Chance der Provokation. Zeit der Entscheidung: lasst sie toben und brüllen.



#Shitstorm

Wir müssen reden. Über Tom Buhrow.

Die radikale Rechte machte mobil gegen ein satirisches Lied des WDR. Der Sender knickte vor der Kritik ein – nicht das erste Mal, dass ein rechter Shitstorm gegen öffentlich-rechtliche Sender Erfolg hatte. Ein Skandal.

von Stephan Anpalagan

Die gesamte Debatte um #Omagate, #Umweltsau und #Nazisau ist verstörend, ermüdend, zermürbend und im Wesentlichen völlig bescheuert. Und nein, es ist noch nicht alles gesagt. Es ist bei Weitem noch nicht alles gesagt. Nachdem sich Tom Buhrow, Intendant des WDR und seit dem 1. Januar 2020 ARD-Vorsitzender, erst heldenhaft und mit viel Rückgrat von dem Satire-Lied eines Kinderchors distanziert hat, bekräftigte er anschließend seine Kritik mit der Frage, was wohl gewesen wäre, wenn die Kinder anstelle von »Oma« von »Ali« gesungen hätten. Bei dem bisherigen Diskursverlauf sind wir wohl nur noch wenige Tage davon entfernt, dass Tom Buhrow gegenüber der BILD erklärt, der Kinderchor sei nur ein »Vogelschiss« in über 1.000 Jahren erfolgreicher ARD-Geschichte gewesen.

Gehorsam

Das Traurige an diesem Oma-Ali-Rechtfertigungsunfall ist leider: Er stimmt nicht einmal. Gerade der öffentliche Rundfunk war in der Vergangenheit beeindruckend konsequent, rechte Grenzüberschreitungen zu verteidigen und linke Meinungsäußerungen zu bedauern und zu löschen. Einige Beispiele: Als während eines Interviews mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ein Kameramann mit einer Jacke der Punkband Slime zu sehen war, reagierte das ZDF umgehend auf die Kritik der AfD und bedauerte öffentlich, dass dieser Aufdruck zu sehen gewesen war. Als während einer Folge der Serie Polizeiruf 110 an der Bürowand der politisch linksliberalen Filmfigur ein »FCK AfD«-Aufkleber zu sehen war, reagierte das NDR Fernsehen umgehend auf die Kritik der AfD, sprach von einem Versehen und retuschierte den Aufkleber für weitere Ausstrahlungen weg. Als während der WDR-Sendung live nach neun ein Kaffee-Experte mit dem T-Shirt-Aufdruck »Barista, Barista! Antifascista!« zu sehen war, reagierte der WDR umgehend auf die Kritik der extrem rechten und AfD-nahen Organisation »Ein Prozent« und retuschierte das T-Shirt für weitere Ausstrahlungen weg. Es dauerte nicht lange, bis dem WDR auffiel, dass der T-Shirt-Spruch satirisch gemeint und völlig unpolitisch war, so dass die Verantwortlichen ein zweites Mal ihren Fehler bedauern und das T-Shirt wieder in die Mediathek hinein retuschieren mussten. Und als während der Übertragung eines AfD-Parteitags durch den Nachrichtensender Phoenix ein Gerätekoffer mit den Worten »Say no to racism«, »Schöner Leben ohne rechten Hass« oder »Bunt statt braun« zu sehen war, reagierte der Sender umgehend auf die Kritik der AfD und bedauerte, dass dieser Aufdruck zu sehen war. Was genau an einem Aufkleber zu bedauern ist, der Rassismus und Hass verurteilt, konnten die Verantwortlichen allerdings nicht konkret benennen.

Starkmachen für »Kontroverses«

Ende Dezember 2019 schrieb ich in einem Kommentar auf Facebook, »Asylkritiker« und »besorgte Bürger« hätten einen besonders kurzen Draht in die Chefredaktionen der öffentlich-rechtlichen Sender. Dabei soll nicht unterschlagen werden, wie exklusiv er auch ist. Es ist nämlich bei weitem nicht so, dass die Verantwortlichen des öffentlichen Rundfunks auf jede Art der Kritik mit Einsicht, Bedauern und Löschung reagieren. Einige Beispiele: Als Frank Plasberg mit Uwe Junge einen Politiker der AfD einlud, kritisierte sogar der Rundfunkrat, dem rechtsradikalen Studiogast sei zu viel Zeit eingeräumt worden. Tom Buhrow hingegen stellte sich hinter Plasberg und verteidigte die Einladung. Als Plasberg dann in seiner Sendung »Hart aber Fair« eine Gesprächsrunde mit »Heimat Deutschland - nur für Deutsche oder offen für alle?« betitelte, verteidigte der WDR seinen Moderator: »Die Diskussion zeigt, wie kontrovers das Thema ‹Heimat› wahrgenommen wird. Genau diese Diskussion wollen wir mit unseren Gästen in der Sendung führen und abbilden.« Als der Kabarettist Uwe Steimle mit Verschwörungstheorien, Antisemitismus und Rechtspopulismus von sich reden machte und mit einem »Kraft durch Freunde«-T-Shirt für ein Photo posierte, verteidigte der MDR ihn mit den Worten »Uwe Steimle ist Kabarettist und Satiriker. In den Sendungen, die der MDR mit ihm als freiem Mitarbeiter produziert, achten wir darauf, dass seine Satire auch als solche erkennbar ist«. Als der Kabarettist Dieter Nuhr über mehrere Sendungen hinweg die



16-jährige Greta Thunberg beleidigte und für den möglichen Ausbruch eines Dritten Weltkrieges verantwortlich machte, verteidigte das rbb Fernsehen den Kabarettisten: »Satire ist aus unserer Sicht nicht zuletzt dann relevant, wenn sie aneckt, Widerspruch auslöst und polarisiert. Dieter Nuhr buhlt nicht um Zustimmung und hält deshalb, ebenso wie sein Sender, Widerspruch aus.«

Parallelwelt Buhrow

Gerade diese unerträglich überhebliche Selbstbeschreibung, wonach Satire anecken und polarisieren solle und öffentlich-rechtliche Sender nicht um Zustimmung buhlen, sondern Widerspruch aushalten würden, erscheint angesichts des Duckmäusertums in diesem Fall wie eine eigene Form der Satire. Was glaubt Tom Buhrow eigentlich, welches Bild er als Intendant vermittelt, wenn er ausgerechnet in einer Zuschauer*innensendung anruft, um vom Krankenbett seines Vaters aus in den Telefonhörer zu tröten, sein Papa sei nun wirklich keine Umweltsau, weil er sein Leben lang hart gearbeitet habe? Angesichts der Tatsache, dass das Lied von Omas und nicht von Opas handelt, Tom Buhrows Vater hoffentlich nicht Tom Buhrows Großvater ist, man selbstverständlich sein ganzes Leben lang hart arbeiten und trotzdem die Umwelt verwüsten kann, ist man erstaunt, wie ein Mann mit einer derartigen Sprach- und Lesekompetenz es an die Spitze des WDR geschafft hat. Immerhin hat es nur wenige hunderte Nazis gebraucht, die vor den Privatwohnungen und Redaktionsbüros der WDR-Journalisten aufmarschierten, bis sich Tom Buhrow dazu aufgerafft hat, ein einminütiges Video auf Twitter hochzuladen, wo er sich ernsthaft noch einmal von dem Video distanziert, in einem lauwarmen Halbsatz seine Mitarbeiter in Schutz nimmt und anschließend 27 von 60 Sekunden darüber lamentiert, »was eigentlich mit unserem Land los ist, dass ein missglücktes Video zu Morddrohungen führt?« Ähm ja...

Nun muss man Tom Buhrow zugute halten, dass ihn die Angriffe auf seine Journalist*innen scheinbar ernsthaft schockieren und erschüttern. Das wiederum macht es eigentlich nur noch alles schlimmer, weil man sich fragen muss, auf welchem Planeten der Journalist Tom Buhrow die vergangenen 20 Jahre verbracht hat. Orchestrierte Angriffe von Neonazis und Rechtsradikalen auf Journalist*innen sind seit Jahrzehnten an der Tagesordnung und leider trauriger Alltag für alle, die ins Visier der Nazis geraten. Einige Beispiele: Im Jahr 2006 berichtet Andrea Röpke für die Bundeszentrale für politische Bildung beispielhaft davon, wie sie bei ihrer Arbeit von Neonazis bedroht und verprügelt wird. Im Jahr 2012 häufen sich die rassistischen Kommentare, Zuschriften und Leserbriefe an Journalist*innen mit Migrationshintergrund derart, dass Mely Kiyak, Yassin Musharbash, Deniz Yücel, Özlem Topçu, Hasnain Kazim und Özlem Gezer beschließen, mit einer »Hate Poetry« auf Tour zu gehen und die Leser*innenbriefe einem Publikum vorzulesen. Im Jahr 2018 entkommen zwei Journalisten schwer verletzt einem Neonazi-Angriff mit Schraubenschlüsseln und Messern, als sie die Vorbereitungen einer Nazidemo dokumentieren. Der Angriff hätte tödlich enden können. Und dann sind da noch die Morddrohungen gegen Journalist*innen wie Georg Restle, Dunja Hayali und Anja Reschke, welche die Bedrohungslage durch den rechten Mob seit Jahren wie ein Hintergrundrauschen ertragen. Oder das weiße Pulver, das man Journalist*innen des WDR zuschickte, die sich schwerpunktmäßig mit Rechtsextremismus befassen. All diese Kolleg*innen sind auf den Schutz und die Unterstützung ihres Arbeitgebers angewiesen, allen voran der Chefredakteur*innen und Intendant*innen. Wenn allerdings der Eindruck entsteht, die Senderverantwortlichen knickten beim leisesten Hauch von rechts ein wie Strohhalme, wenn der zukünftige ARD-Chef in zwei Tagen Mediensturm kein vernünftiges Wort der Rückendeckung herausbekommt und wenn der WDR immer und immer wieder betonen muss, dieser oder jene Mitarbeiter*in arbeite »nur« frei für den Sender, ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seinen Grundfesten mehr als morsch. Und das wäre schlecht für die Demokratie und letztlich für uns alle. Ich hoffe, dass noch nicht alles gesagt und das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Die Wahrheit hingegen stirbt immer zuerst.

Als Überlebender der Schoah, von dessen Familie 61 Menschen ermordet wurden, empfinde ich diese Maßnahme der Finanzverwaltung wie einen Keulenschlag direkt ins Gesicht. Danke, Herr Scholz, Ihr Alt-Parteimitglied Noske lässt grüßen, AfD und andere Nazis werden ihre Freude daran haben.

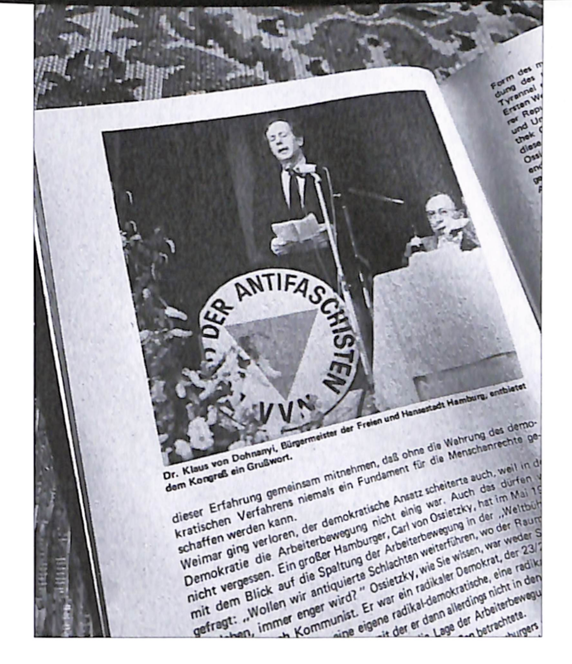
Horst Selbiger
Jahrgang 1928, ist Journalist in Berlin und Überlebender der Schoah.
aus der Jüdischen Allgemeinen »Die dritte Schuld«

#SPD

Antifaschismus oder nicht? Eine nötige Entscheidung

Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« macht klar: Politisch ist es an der Zeit, Konsequenzen zu ziehen: Antifaschismus oder antikommunistischer Verfassungsschutz.

von Ernst Kovahl



Klaus von Dohnanyi (SPD) mit viel Solidarität beim Kongress der VVN 1983 in Hamburg

»Ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, ob Christen oder Freimaurer, Juden oder Atheisten, im Antifaschismus gehören sie alle zusammen. Es darf für jene, die gemeinsam in den Konzentrationslagern gelitten und gekämpft haben, es darf für die, die ihren Spuren folgen wollen, keine Berührungsängste geben. [...] Weimar ging verloren, der demokratische Ansatz scheiterte auch, weil in der Demokratie die Arbeiterbewegung nicht einig war. [...] Meine Damen und Herren, die Erfahrung des Widerstandes gegen den Nazismus sagt uns, wir müssen zusammenstehen, auch dort, wo wir unterschiedliche Auffassungen haben.« Diese Sätze wurden 1983 in einer Eröffnungsrede des Bundeskongresses der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 1983 in Hamburg gesagt – ein Appell für einen Antifaschismus, der Kommunist*innen einschließt und aufgrund der historischen Erfahrungen eine parteiübergreifende Einheit gegen Rechts forderte.

Diese Rede dürfte bis heute bei Teilen des Verfassungsschutzes die Alarmglocken klingeln lassen. Sie ist ein Beispiel, wie absurd die jahrzehntelange Jagd des Geheimdienstes auf die VVN ist. Deren Charakterisierung als angeblich »linksextrem« oder »linksextrem beeinflusst« begründen die Dienste seit Jahrzehnten fast gleichlautend – ungeachtet aller politischen Veränderungen. Der Vorwurf: Die VVN vertrete einen Antifaschismus unter Einbeziehung von Kommunist*innen – und das nicht nur in ihren Bekenntnissen, sondern eben auch organisatorisch. Die Organisation sei letztlich Vorfeld der Partei, der Antifaschismus nur Mittel zum Zweck. Früher einmal zur Durchsetzung der Interessen der Sowjetunion und der DDR, heute ... tja, wofür eigentlich? Für die Interessen einer Kleinstpartei, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)? Oder für den Kommunismus an sich? Dass der Antifaschismus den Behörden, die der Extremismus-Theorie anhängen, an sich schon fragwürdig erscheint, kommt hinzu. Der Antikommunismus, der gut ohne Kommunismus auskommt, ist Kern der Argumentation seit Ende der 1940er Jahre – und er ist die Grundlage dafür, dass der antifaschistischen Organisation nun in Berlin die Gemeinnützigkeit entzogen wurde.

Warum zeigt diese zitierte Rede exemplarisch die Absurdität der Geheimdienst-Praxis? Ganz einfach: Die Rede hielt Klaus von Dohnanyi (SPD), damals erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg. Seit 1950 führte der Geheimdienst im Stadtstaat die VVN als verdächtiges »Beobachtungsobjekt« – eben mit jener Begründung, die seit Jahrzehnten vorgetragen wird: Zusammenarbeit mit Kommunist*innen, Antifaschismus und Nähe zur DKP. Ob der Dienst also damals seinen obersten Dienstherren auch beobachtet hat? Zumindest wurde der Kongress ausdrücklich im Verfassungsschutzbericht des Bundes aufgeführt. Und ob der Dienst auch die Aussagen von von Dohnanyi notiert hat? Denn die von ihm geforderte Zusammenarbeit mit Kommunist*innen im antifaschistischen Gedenken und im Kampf gegen rechts und sein Auftritt bei einer Organisation, die auch DKP-Mitglieder in führenden Positionen und als Redner auf dem Kongress hatte, dürfte alle Vorbehalte der Spitzel erfüllen. Die »Zusammenführung von Sozialdemokraten und Kommunisten, von Christen und Liberalen, von Grünen und Alternativen«, das galt dem Amt als verdächtig. Fast wortgleich wie ein zitierter VVN-Funktionär hatte von Dohnanyi in seiner Rede für ein Bündnis von Sozialdemokrat*innen, Kommunist*innen und Christ*innen geworben.

Auf dem Kongress hielt ein weiterer Sozialdemokrat ein Grußwort, der damalige Vorsitzende der Jusos, Olaf Scholz. Er ist heute Bundesfinanzminister und Vize-Kanzler. Er plädierte dafür, »dass es für die Zukunft keinerlei Unvereinbarkeit zwischen der Mitgliedschaft in der VVN und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« mehr geben dürfe. Scholz sprach über den »gemeinsamen Kampf« von Sozialdemokrat*innen und VVN und lobte das Motto des Kongresses: »In der Tradition des antifaschistischen Widerstandes – gemeinsam für den Frieden«. Es enthalte »verbindliche Aussagen [...] für die demokratische Bewegung in diesem Lande«.

Unter Finanzminister Olaf Scholz wurde der VVN nun die Gemeinnützigkeit entzogen. Man muss ihm zugutehalten, dass er auf eine Änderung des Steuerrechts drängt, die politische Betätigung von Vereinen erlaubt – für attac oder Campact. Um jedoch im Fall der VVN eine Lösung zu erreichen, braucht es mehr, nämlich das Ende der Beobachtung des Verbandes durch den Geheimdienst. Neben Bayern führte bis 2011 noch Baden-Württemberg die VVN in den Berichten auf. Allerdings ist die VVN weiterhin »Beobachtungsobjekt« einer Reihe von Verfassungsschutzämtern. Zurecht steht nun Bayern in der Kritik, da dort die VVN noch immer im öffentlichen Bericht an den Pranger gestellt wird. Doch auch andere Länder – zum Beispiel das sozialdemokratisch regierte Hamburg – führen die VVN weiterhin als »Beobachtungsobjekt«. Auch wenn die Auflösung des Verfassungsschutzes die einzig richtige Antwort wäre, sollte doch in einem ersten Schritt die SPD in der Bundesregierung und den Ländern dafür sorgen, die VVN endlich als »Beobachtungsobjekt« zu streichen. Die Geschichte verlangt das – so, wie Klaus von Dohnanyi es schon 1983 gesagt hat.



Neonazis für ihre Meinungsfreiheit – vorneweg der verstorbene Jürgen Rieger beim Ersatz-Heß-Marsch im August 2006 in Jena

#Meinungsfreiheit

Offene Gesellschaften und ihre falschen Freunde

Immer wieder wird momentan gefragt, ob die Meinungsäußerung wirklich noch frei ist. Dabei gehört genau diese Frage längst fest zu den Themen rechter Agitation.

von Mark Braumeister

Meinungsfreiheit ist nicht nur für das Funktionieren einer Demokratie essenziell, sie ist auch für die Entwicklung und den Ausdruck der individuellen Persönlichkeit elementar. Nicht umsonst ist dieses Grundrecht in sämtlichen Verfassungen demokratischer Staaten verankert und genießt gesellschaftlich hohes Ansehen; und nicht umsonst können Menschen mit Sympathie und Solidarität rechnen, die behaupten, in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt zu werden.
Doch Meinungsfreiheit ist nirgends grenzenlos gewährleistet und stößt im Alltag auf gesetzliche, soziale, aber auch ökonomische Grenzen. Wer Geheimnisverrat oder Volksverhetzung begeht, muss mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Wer das eigene Unternehmen öffentlich schlecht macht oder kritisiert, wird eventuell entlassen. Wer über die eigenen Freund*innen herzieht, kann sie verlieren.

Klassische Strategie der Rechten
Dass die Freiheit der Meinungsäußerung nicht gleichbedeutend ist mit der Freiheit von negativen Konsequenzen, gilt auch in demokratischen Gesellschaften und sorgt dort für einige Ängste und Beklemmungen. Wenn Menschen das Gefühl haben, in einem ihnen zustehenden fundamentalen Recht eingeschränkt zu werden, entsteht ein Spannungsfeld zwischen idealisiertem Verfassungstext und Realität. Genau diese Spannung versuchen die neurechten Gegner*innen der Demokratie für ihre Zwecke zu nutzen. In Deutschland haben sie hierfür ein breites Publikum. Mehr als drei Viertel der Befragten haben das Gefühl, in der eigenen Rede nur begrenzt frei zu sein, heißt es in einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Mai 2019. Dass dieses Befinden in einem gesellschaftlichen Klima auftritt, in dem zugleich eine Verrohung der politischen Diskussion festgestellt wird, ist nur auf den ersten Blick paradox. Um diese Verrohung zu bewirken, schürt und instrumentalisiert die neue Rechte seit Jahrzehnten bewusst das Gefühl, nicht alles sagen zu dürfen – und das mit zunehmendem Erfolg. Die Einschränkung oder auch das Ende der freien Meinungsäußerung in liberalen Demokratien zu beklagen, ist eine klassische und zumeist erfolgreiche Strategie der Rechten. Ihr Erfolg zeigt sich etwa an der Aufmerksamkeit in den USA – aber auch hierzulande – die eine vermeintliche »PC-Diktatur« an US-amerikanischen Universitäten erfährt. Für die aufgeregte Berichterstattung gibt es kaum empirische Referenzen – die meisten jungen US-Amerikaner*innen, so eine Studie des Niskanen Center, unterstützen die Redefreiheit, die »Free Speech Crisis« an den Universitäten sei jedoch ein Mythos.

»Das wird man doch wohl noch sagen dürfen«
Dennoch erfährt die vermeintliche Krise eine überproportionale mediale Aufmerksamkeit und erinnert an die immer gleichen Debatten um Äußerungen von Politiker*innen der »Alternative für Deutschland« (AfD) oder an die Sarrazin-Debatte. So sehr sich die Argumente in diesen Debatten ähneln, so hoch ist die andauernde Aufmerksamkeit, die sie erhalten. Auch die Rollenverteilung der Debatten ist stets dieselbe: Auf der einen Seite die vermeintlichen Verteidiger*innen der Redefreiheit, deren Argumentation sich auf die Aussage »Das wird man doch wohl noch sagen dürfen« verkürzen lässt. Auf der

anderen Seite die Differenzierer*innen, die erklären warum es so einfach nicht ist und warum Mäßigung in der Meinungsäußerung angebracht ist. Diese Personen werden dann als »Diskurswächter« und als lebende Beweise für mediale Zensur diffamiert. Dass es zu einer solchen immer gleichen Diskursformation kommt, ist das Ergebnis einer lang angelegten und erfolgreichen Strategie neurechter Agitator*innen, die es geschafft haben, Massenmedien für ihre Strategie einzuspannen.

Warum Meinungsfreiheit?

Es gibt mehrere Gründe für die Entscheidung, Meinungsfreiheit zum Thema rechter Agitation zu machen. Zunächst wäre da das für rechtes Denken konstitutive Gefühl, tatsächlich verfolgt zu werden. Individualpsychologisch und politisch ist die Verteidigung gegen eine als feindselig wahrgenommene Umwelt zentrale Triebfeder der alten wie der neuen Rechten. Die rechten Agitator*innen interpretieren jede Kritik als Angriff auf die eigenen Rechte und sind dabei genauso dünnhäutig und dauerbeleidigt, wie sie es ihren Gegner*innen unterstellen. Die Thematisierung mangelnder Meinungsfreiheit hat auch eine Reihe taktischer Vorteile. Wenn die Bestrafung rechter Agitation wie Volksverhetzung unter der Perspektive der Meinungsfreiheit verhandelt wird und nicht bezogen auf den konkreten Gegenstand der Agitation, findet eine Diskursverschiebung statt. Es geht nicht mehr um das konkret Gesagte, sondern um die Regeln des Sagbaren. Es geht nicht mehr zum Beispiel um die Leugnung des Holocausts oder die rassistische Abwertung einer Gruppe, es geht um die Rechte von Holocaustleugner*innen oder Rassist*innen – und damit, so wird suggeriert, um die Rechte aller Bürger*innen. Hier finden gleich mehrere Verschiebungen statt: Rechte Volksverhetzer*innen werden von Täter*innen zu Opfern; diejenigen, die Volksverhetzung anzeigen und juristisch verfolgen, werden zu Angreifer*innen auf demokratische Prinzipien. Das zuvor konsensuelle Prinzip, Volksverhetzung zu ahnden, wird kontrovers. Zugleich erlaubt die Berufung auf die Meinungsfreiheit, sich als demokratisch zu tarnen – schließlich geht es den rechten Verteidiger*innen der Meinungsfreiheit ja angeblich um demokratische Prinzipien. Dieser rhetorische Kniff erlaubt es denn auch, Gegner*innen des Faschismus als »die wahren Gegner der Demokratie«, »Rotlackierte Faschisten« und vieles mehr zu brandmarken. Die hier bemühte »Rechts und Links«-Argumentation nützt freilich den Faschist*innen. Zugleich schüchtert der Vorwurf, die Meinungsfreiheit einschränken zu wollen, besonders viele Menschen ein, die in der Tradition liberalen Denkens stehen. Diese Tradition setzt zwar viel auf Diskussion, Gespräch und rationalen Diskurs, sie hat jedoch kein zeitgemäßes Verständnis von politischer Macht. Auch deswegen machen sich liberale Publizist*innen manchmal zu Verteidiger*innen neurechter Agitator*innen, weil sie meinen, damit zugleich die Prinzipien liberaler Demokratie zu schützen. Die neuen Rechten haben diese Schwäche erkannt und beuten sie strategisch aus, um die inneren Widersprüche der pluralistischen Demokratie zu verschärfen. So bemerkte der rechte Publizist Klaus Kunze bereits 1995 zur beschriebenen Taktik: »Die Aktivität der Intellektuellen trägt dazu bei, den allgemeinen Konsens zu zerstören, wobei die subversiven Ideologien zu den Fehlern hinzukommen, die den pluralistischen Regimen ihrem Wesen nach eigen sind. [...] Entsprechend begünstigt die Macht, die verfassungsmäßig verpflichtet ist, der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, [...] sehr oft jenen Prozess der Substitution der Werte, dessen Opfer sie letzten Endes wird. So vollzieht sich unter der Wirkung der kulturellen Macht die Umkehrung der ideologischen Mehrheit.«

Der Trick der »verfolgten Unschuld«

Ein weiterer Vorteil der Opferrolle ist die Tarnung eigener Zensurideen als Reaktion und nicht als antidemokratische Agitation: So wird das Vorhaben der AfD die Gender Studies abzuschaffen – ein massiver Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit – nicht nur mit dem Vorwurf der »Genderideologie« legitimiert, sondern auch mit der vermeintlichen Bevormundung, die im Namen dieses Wissenschaftszweigs geschehe. Aus einem Angriff auf die verfassungsmäßig garantierte Freiheit von Forschung und Lehre wird so rhetorisch ein Befreiungsschlag gegen die herbeiphantasierte Unterdrückung. Dieses Vorgehen ist freilich nicht neu, es handelt sich um den rhetorischen Trick der »verfolgten Unschuld«, den Theodor W. Adorno schon in den 1940er Jahren beschrieb. Die vorgenommene Täter-Opfer-Umkehr steht beispielhaft für die Logik des neurechten Meinungsfreiheitsdiskurses.

Schließlich wäre da noch die schlichte Freude, die rechte »Trolle« am Argumentieren und Provozieren besitzen, unabhängig davon wie sehr sie von den eigenen Argumenten überzeugt sind. Der Philosoph Jean-Paul Sartre beschrieb bereits 1944 diese sadistische Komponente faschistischer Kommunikation in seinem Essay »Anti-Semite and Jew«: »Sie wissen, dass ihre Äußerungen leichtfertig und anfechtbar sind. Aber sie amüsieren sich, denn es ist ihr Gegner, der verpflichtet ist, verantwortungsbewusst mit Worten umzugehen, da er an Worte glaubt. Die Antisemiten haben das Recht zu spielen. Sie spielen sogar gern mit dem Diskurs, weil sie durch die Angabe von lächerlichen Gründen den Ernst ihrer Gesprächspartner diskreditieren. Sie genießen es, in unlauterer Absicht zu handeln, da sie nicht mit stichhaltigen Argumenten zu überzeugen suchen, sondern einzuschüchtern und zu beunruhigen.« Es ist diese Eigenschaft auch neurechter Kommunikation, welche die liberalen und medialen Aufbereiter*innen dieser Debatten nicht verstehen können und sich so zu Werkzeugen rechter Propaganda machen.

Was also tun?

Es gibt tatsächlich Bedrohungen der Meinungsfreiheit, die – im Vergleich zu der exzessiven Behandlung rechter Meinungsfreiheit – zu wenig gesellschaftliche Aufmerksamkeit finden. Zum Beispiel die Ausweitung der staatlichen und kommerziellen Überwachung privater Kommunikation sowie deren direkte und indirekte Effekte auf die Freiheit persönlicher Meinungsäußerung. Ebenso Paragraf 219a des Strafgesetzbuches, der es Mediziner*innen verbietet, darauf hinzuweisen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Und schließlich die Problematik, dass weite Teile der Gesellschaft zwar formal frei sind, ihre Meinung zu äußern, dass die tatsächliche Wahrnehmung ihrer Interessen aber stark von ihrem Einkommen abhängt. Die mangelnde politische Bereitschaft, auf Belange der niedrigeren Einkommensklassen einzugehen und die Abwärtsspirale, die dies in deren politischer Beteiligung in Gang setzt, sollten Freund*innen der freien Meinungsäußerung besorgen. Hierauf hinzuweisen wäre sinnvoller, anstatt sich den immer gleichen Debatten darum zu stellen, wie rassistisch, transphobisch, antisemitisch oder homophob Anhänger*innen der gesellschaftlichen Elite sein dürfen.

Der 8. Mai
ist der
Tag der Befreiung
und sollte
endlich
ein Feiertag
sein.

Wintersonnenwendfeier vorzeitig beendet

Eschede. Am 21. Dezember 2019 haben rund 650 Menschen gegen eine »Wintersonnenwendfeier« des NPD-Landesverbands Niedersachsen protestiert und einen geplanten Aufmarsch blockiert. An dem Treffen auf dem ehemaligen Bauernhof Nahtz nahmen etwa 80 Neonazis teil. Die NPD hatte den Hof von dem Landwirt und NPD-Mitglied Joachim Nahtz im Frühjahr gekauft, um ihn als Stützpunkt auszubauen. Auf dem Hof finden seit mehr als 25 Jahren extrem rechte Feste, Pfingstlager, Treffen und Wehrsportübungen statt. Seit 2007 wird immer wieder gegen derartige Veranstaltungen protestiert.

»Nationalzeitung« wird eingestellt

München. Die »Druckschriften- und Zeitungsverlags GmbH« soll laut Branchenmeldungen bekanntgegeben haben, keine weiteren Ausgaben der »Nationalzeitung« (NZ) mehr herauszugeben. Aus dem Verlag heißt es, der Medienwandel mit der einhergehenden Veränderung des Nutzerverhaltens mache eine Einstellung unumgänglich. Wiederkehrende Themen der Zeitung waren beispielsweise unter anderen »Masseneinwanderung«, die Bombardierung Dresdens und Vertreibung Deutscher aus Mittel- und Osteuropa. Die NZ war aus der 1950 gegründeten »Deutschen Soldaten-Zeitung« (DSZ) hervorgegangen. Frühere NSDAP-Kreisleiter und Angehörige der Waffen-SS hatten sich mit der Gründung des herausgebenden »Schild-Verlags« zum Ziel gesetzt, einen »antibolschewistischen deutschen Verteidigungsbeitrag« zu leisten. Wirtschaftliche Schwierigkeiten führten dazu, dass Gerhard Frey, späterer Gründer der »Deutschen Volksunion«, im August 1960 Verlag und Zeitung übernahm und umbenannte. Er schrieb einen großen Teil der Beiträge selbst, weitere bekannte Autor*innen waren unter anderem der Holocaustleugner Gerard Menuhin, Historiker Gustav Sichelschmidt und Robert Scholz, Ex-Schriftleiter des »Völkischen Beobachters«. Als höchste Auflage ist eine Zahl von 145.000 Exemplaren im Jahr 1967 bekannt, Schätzungen zufolge sank sie im Laufe der Jahre deutlich. Nach Freys Tod 2013 lag die Auflage der NZ bei unter 7.000, beziehungsweise bei weniger als 2.500 verkauften Exemplaren.

Neonazi-CDU-Funktionär

Bitterfeld. Anfang Dezember 2019 ist der CDU-Funktionär Robert Möritz aus dem Kreisverband Anhalt-Bitterfeld als Neonazi geoutet worden. Er wurde auf einem Foto identifiziert, das ihn beim Präsentieren einer »Uniter«-Fahne in Leipzig zeigt. In den Posts unter dem Foto bezieht er sich ebenfalls auf das extrem rechte Netzwerk. Recherchen ergaben, dass Möritz seit etwa 2015 wiederholt Beiträge und Fotos veröffentlicht hat, die ihn mit der Neonazi-Szene in Verbindung bringen. So teilte er Beiträge der RechtsRock-Band »Barricades« oder von Kampagnen wie »Todesstrafe für Kinderschänder«; auf einem Bild sieht man die auf seinem Ellenbogen tätowierte schwarze Sonne. Bereits 2011 nahm er an einem bundesweiten rechten Aufmarsch in Halle teil, bei dem er als Ordner fungierte. Nach dem Outing hat Möritz seine Social-Media-Kanäle gelöscht und seinen Austritt aus »Uniter« erklärt. Nach einem Ultimatum des Landesverbandes trat er am 20. Dezember auch aus der CDU aus. Mindestens zwei weitere CDU-Mitglieder aus Sachsen-Anhalt sollen in der Vergangenheit bei »Uniter« aktiv gewesen sein.

»Identitäre« ohne Hausprojekt

Halle. Die extrem rechte Gruppe »Kontrakultur Halle«, Teil der »Identitären Bewegung« (IB), hat am 30. November 2019 bekannt gegeben, sie ziehe sich aus dem Hausprojekt in der Adam-Kuckhoff-Straße 16 in Halle zurück. Im Monat zuvor sei bereits das Mietverhältnis aufgelöst worden. »Damit erleidet das Leuchtturmprojekt AK16 den ersten richtigen, echten Rückschlag«, schreibt IB-Aktivist Till Wessels über das auch als »Flamberg« bekannte Projekt. 2017 wurde das Haus als Wohn-, Bürohaus und Freizeitstätte bezogen, die Büroräumlichkeiten wurde zudem von »Ein Prozent«, dem »Institut für Staatspolitik« (IfS), dem »Jungeuropa-Verlag« und dem »Verlag Antaios« genutzt. Der Landtagsabgeordnete der »Alternative für Deutschland«, Hans-Thomas Tillschneider, nutzte ein Zeitlang ebenfalls ein Büro in dem Haus. An dem Ort fanden zahlreiche Treffen und Veranstaltungen statt, das Haus fungierte als Zentrale der IB und Anlaufpunkt für Rechte sowie als Ausgangspunkt für ihre Aktivitäten. Über die Jahre protestierten Antifaschist*innen kontinuierlich gegen das Haus, mehrfach wurde es durch Protestaktionen markiert und beschädigt. Laut Eigenangaben ist »Kontrakultur« derzeit auf der Suche nach neuen Räumlichkeiten in Halle.

»Phalanx 18« verboten

Bremen. Die Innenbehörde Bremen hat am 20. November 2019 den extrem rechten Verein »Phalanx 18«, auch »Schlachtreihe Adolf Hitler« genannt, verboten und aufgelöst. Am Morgen wurden fünf Wohnungen von Mitgliedern durchsucht, um »vereinsrelevante Unterlagen und gegebenenfalls verfassungsfeindliches Material sicherzustellen«. Senator Ulrich Mäurer bewertete den Verein als »gegen die verfassungsmäßige Ordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung« gerichtet, er sei »der nationalsozialistischen Ideologie verhaftet« und versuche, »seine Ideologie mit aggressiv-kämpferischen Maßnahmen durchzusetzen«. Mitglieder von »Phalanx 18« hätten in den vergangenen Wochen mehrfach körperliche Auseinandersetzungen mit Personen an der Schlachte und im Viertel gesucht, so der Senator weiter. Die Gruppe hatte für den 9. November 2019 einen »Liederabend im Herzen Bremens« angekündigt. Die Veranstaltung wurde verboten, da eine Störung und Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus am Gedenktag befürchtet wurde. Der Gruppe um Michael O. sollen etwa zehn Personen angehört haben, die in Kontakt mit der örtlichen Hooligan- und Neonazi-Szene sowie der »Identitären Bewegung« (IB) stehen sollen. Mehrfach griffen sie als links identifizierte Personen an und prahlten damit in sozialen Netzwerken.

#AfD

Konsolidierter Rechtsaußen-Block

von Kai Budler



Nach der Landtagswahl in Thüringen ist die »Alternative für Deutschland« (AfD) unter Leitung des Faschisten Björn Höcke als zweitstärkste Fraktion in das Landesparlament des Freistaates eingezogen. Statt zuletzt sieben, entsendet die Partei nun 22 der insgesamt 90 Abgeordneten in den neu gebildeten Landtag. Damit konnte sie ihr Wahlergebnis aus dem Jahr 2014 mehr als verdoppeln, als sie unter Bernd Lucke noch als »Professorenpartei« fungierte. Der deutliche Stimmenzuwachs der AfD in Brandenburg, Sachsen und Thüringen kommt nicht von ungefähr: Immerhin war der Partei in diesen drei Bundesländern schon 2014 der erste Einzug in die Landesparlamente seit der Parteigründung gelungen. Neu hingegen ist, dass die AfD in Thüringen ein Viertel der Direktmandate holen konnte, die traditionell vor allem der CDU vorbehalten waren. Die Hoffnung, das Stimmverhalten jüngerer Wähler*innen könnte den Aufwärtstrend der AfD stoppen, hat sich angesichts der Tatsache zerschlagen, dass die AfD in Thüringen am meisten bei Wähler*innen zwischen 18 und 44 Jahren gewählt wurde.

Thüringen als Experimentierfeld

Das erzielte Wahlergebnis und die damit ausgebaute Machtposition im Landtag ist für den Fraktions- und Landesvorsitzenden Höcke eine gute Ausgangslage, um zu testen, wie standhaft die roten Linien gegenüber seiner Partei wirklich sind. Denn der konservativ-liberale Block um CDU und FDP kann nur mit Unterstützung der AfD Mehrheitsverhältnisse herstellen. Der CDU-Vorsitzende Mike Mohring hatte zwar noch kurz vor der Wahl betont, »Höcke ist ein Nazi« und erklärt: »Ich habe nichts mit diesen Drecksnazis gemeinsam, die gehen mir auf den Sack«. Teile seiner Basis aber sehen das offenbar anders, denn kurz nach der Wahl machte der offene Brief einer 17-köpfigen Gruppe »konservativer Unionsmitglieder in Thüringen« die Runde, die forderte, dass die CDU sich »aktiv am Gesprächsprozess mit ALLEN demokratisch gewählten Parteien im Thüringer Landtag beteiligt«. Dass die Unterzeichner*innen vor allem aus der Lokalpolitik stammen, lässt erahnen, dass es seit den Kommunalwahlen im Mai 2019 immer wieder zu einer Zusammenarbeit mit der AfD auf kommunaler Ebene kommt. Höcke bot an, sich selbst zurück zu nehmen, um eine Kooperation mit der von ihm als »bürgerlich-konservative Partei« bezeichneten AfD zu erleichtern. Es gehe nicht darum, »das Lenkrad selbst in die Hände zu bekommen, sondern es in die richtige Richtung zu drehen«, so Höcke, der lange Jahre an der Rolle der AfD als »Fundamentalopposition« festgehalten hatte. Die Wahrnehmung seiner Person in der Öffentlichkeit bezeichnet er als »Kontrastphänomen: Nach vielen Jahren ›nationaler Nulldiät‹ wirkt selbst Schmalkost wie ein allzu üppiges Essen, das bei dem einen oder anderen Magendrücken hervorruft«. Er selbst arbeite aber daran, »die Kost bekömmlicher zu machen«. CDU und FDP lehnten das »Angebot« ab, Zustimmung erhielt Höcke dafür von der Parteispitze: Auf dem Bundesparteitag der AfD in Braunschweig bezeichnete der damalige Bundesvorsitzende Alexander Gauland dessen Vorgehen als »einen klugen Schachzug«. Denn die AfD in Thüringen als Kernland des völkischen Netzwerks »Der Flügel« und die fragilen Verhältnisse im Landtag bieten ein Experimentierfeld, auf welchem getestet werden kann, wie realistisch und praktikabel das von Georg Pazderski vorgelegte und im Juli vom Bundesvorstand der Partei verabschiedete Papier »Strategie 2019-2025. Die AfD auf dem Weg zur Volkspartei« wirklich ist. Darin wird nach einem Weg gesucht, die AfD nach einer innerparteilichen Konsolidierung »zu einer respektierten Volkspartei zu machen, die [...] die Voraussetzungen dafür gelegt hat, Regierungsverantwortung zu übernehmen«.

Neuer Bundesvorstand unter Duldung von »Der Flügel«

Auf dem strategischen Weg zu diesem Ziel aber stören »rhetorische Querschläger, Hasstiraden und sinnlose Provokationen« aus dem »gärigen Haufen«, wie Gauland die AfD bezeichnet hatte. Darüber muss nun der neu gewählte 15-köpfige Bundesvorstand beraten, der auch ohne größeren öffentlichen Eklat in Braunschweig den konsolidierten Weg der AfD nach Rechtsaußen manifestiert. So wurde Höckes Vertrauter Stephan Brandner als stellvertretender Bundesvorsitzender installiert; Andreas Kalbitz, der mit Höcke der Parteiströmung »Der Flügel« vorsteht, wurde Beisitzer. Und auch Joachim Paul aus Rheinland-Pfalz, der für die extrem rechte Publikation »hier & jetzt« geschrieben haben soll, erhielt einen Platz als Beisitzer. Ohnehin zeigt sich, dass das Personal der Bundesspitze davon abhängig ist, wen das Netzwerk »Der Flügel« duldet – und wen eben nicht. Kay Gottschalk, Georg Pazderski und Albrecht Glaser verloren ihre Posten im Bundesvorstand, Uwe Junge, Dana Guth und Roland Hartwig erhielten keinen Platz im Gremium. Sie alle zählen zu den vermeintlich »Gemäßigten« und Kritiker*innen des völkischen Netzwerks in der extrem rechten Partei. Ihnen gegenüber hatte Höcke kurz vor dem Parteitag unverhohlen gedroht: »Keine Unterstützung



»Der Flügel« gibt die Richtung vor. Björn Höcke 2018 in Chemnitz.

des Flügels werden in Braunschweig jene Kandidaten bekommen, die in den letzten Jahren durch Wort und Tat ihre fehlende Integrationskraft bewiesen haben«. Für einen vermeintlich seriösen Eindruck nach außen wurde nach Gaulands Verzicht neben Jörg Meuthen Tino Chrupalla als zweiter Bundessprecher gewählt. Der Maler- und Lackierermeister mit einem eigenen Unternehmen und Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Görlitz hatte bei der Bundestagswahl 2017 mit einem Erststimmenergebnis von 32,4 Prozent dem sächsischen CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer das Direktmandat abgejagt und ist einer von fünf stellvertretenden Vorsitzenden der AfD-Bundestagsfraktion. Chrupalla setzte sich in Braunschweig in der Stichwahl mit 54 Prozent gegen den Scharfmacher der AfD im Bundestag, Gottfried Curio, der 41 Prozent bekam, durch. Im Vorfeld der Wahl hatte Höcke Chrupallas Kandidatur demonstrativ unterstützt, schließlich wirkte er im September 2019 als Redner beim ersten »Der Flügel«-Treffen in Sachsen mit. Doch nicht nur seine Nähe zum »Flügel« machte ihn zum idealen Konsenskandidaten neben dem in Essen geborenen Meuthen. Der Handwerksmeister ohne akademische Laufbahn repräsentiere »allein schon mit seiner eigenen Biographie einen erheblichen Teil der bestehenden und potentiellen AfD-Wählerschaft«, kommentierte der inzwischen aus der AfD ausgeschlossene Landtagsabgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern, Holger Arppe, die Wahl. Zudem gibt der Sachse Chrupalla den ostdeutschen Landesverbänden ein Gesicht im Bundesvorstand.

Die Suche nach Kernzielgruppen

Mit dem selbstständigen Unternehmer und Mitglied des AfD-Mittelstandsforums Sachsen bietet sich die Chance, die »Kleinen Leute« zu erreichen, die im Strategiepapier als eine von drei besonders wichtigen sozioökonomischen Zielgruppen genannt werden. Dort wird die Gruppe »Angestellte, Facharbeiter und Selbständige« in der unteren Mittelschicht und oberen Unterschicht verortet. Trotz eines vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenanteils existierten hier ein Gefühl wachsender Ungleichheit und Ängste vor Abstieg und Verdrängung. In dieser Gruppe will sich die Partei als »Schutz vor Lohndrückerei, hohen Steuer- und Abgabelasten, Schuldenwirtschaft, sittenwidrigen Arbeitsbedingungen« ebenso inszenieren wie vor »unklaren Zukunftsperspektiven bei der Rente, bei der Pflege und im Gesundheitssystem«. Angesichts der im Papier attestierten »Präferenz für Sicherheit und Ordnung und eine[r] Abneigung gegen Verwahrlosung, Verantwortungslosigkeit und Egoismus kleiner Minderheiten« soll diese Zielgruppe mit dem Motto »Gemeinwohlorientierung statt Bedienung von Interessengruppen« geködert werden. Weitere besonders wichtige »Kernzielgruppen« sind »Arbeiter, Angestellte und Selbstständige in Positionen mit schlechter Bezahlung, ungünstigen Arbeitsbedingungen und unsicheren Arbeitsverhältnissen« sowie ein »Konservativ-liberales Bürgertum in der politischen Mitte und rechts davon«. Letztere Gruppe, zu der die AfD »mittlere und höhere Angestellte und Beamte, wohlhabende Selbstständige, Freiberufler sowie kleine und mittlere Unternehmer« zählt, ist für die Partei besonders interessant, weil sie »zahlenmäßig vergleichsweise groß ist und über Sachkompetenz, finanzielle Mittel und den Zugang zur Bürgergesellschaft verfügt«. All dies sind Indikatoren, die eine Volkspartei, wie sie die AfD werden will, vorweisen muss. Innerhalb dieser drei Zielgruppen will die AfD verstärkt auf Untergruppen zugehen, bei denen es »in drei Bereichen Sympathieprobleme gibt«: Frauen, Rentner*innen und Erstwähler*innen. Auch das Potenzial der Nichtwähler*innen will die Partei stärker als bisher ausschöpfen, außerdem soll eine Strategie entwickelt werden, »wie der Stimmanteil der AfD bei den weiblichen Wählern insbesondere in ihren Zielgruppen erhöht und die Partei für weibliche Mitglieder attraktiver werden kann«. Im Strategiepapier heißt es, die AfD erreiche »bei Frauen nicht einmal 60 % des Stimmenanteils, den sie bei Männern erzielt«, der Frauenanteil bei Parteimitgliedern wird mit rund 15 Prozent beziffert.

Strategiejahr 2020

Für die Überprüfung, Modifizierung und Umsetzung der im Strategiepapier empfohlenen Maßnahmen hat die AfD das gesamte Jahr 2020 Zeit, denn außer Kommunalwahlen in zwei Bundesländern und der Bürgerschaftswahl in Hamburg stehen keine wichtigen Wahlen an, die die parteilichen Ressourcen aufbrauchen könnten. Erst im Folgejahr muss sich die AfD bei fünf Landtagswahlen und der Bundestagswahl beweisen. In die Arbeit zur Zielgruppe »Frauen« könnte bereits Anfang Februar 2020 Bewegung kommen, wenn in München der erste bundesweite Kongress der AfD-Frauenorganisation »Frauenalternative« (FAlter) stattfindet. Auch bei der im Papier als eine von fünf Schwächen skizzierten fehlenden Positionierung zu Themen wie Arbeitsmarkt, Steuern und Abgaben, Alterssicherung oder Pflege soll jetzt Abhilfe geschaffen werden. Am letzten Aprilwochenende soll im badischen Offenburg der »Bundesparteitag zu Fragen der Sozialpolitik« stattfinden. Er war von Höcke beantragt und im Sommer 2018 beschlossen worden, wurde jedoch 2019 verschoben. Bis April sollen nun der zuständige Bundesfachausschuss und die Bundesprogrammkommission einen Entwurf aus etwa 20 teils diametral entgegengesetzten Rentenkonzepten entwickeln.



#TinoChrupalla

Die Mär vom harmlosen Malermeister

Auf dem Bundesparteitag der »Alternative für Deutschland« wurde Tino Chrupalla am 30. November 2019 in einer Stichwahl mit 55 Prozent der Stimmen zum zweiten Parteivorsitzenden gewählt. Als Nachfolger von Alexander Gauland wird er zukünftig gemeinsam mit Jörg Meuthen die Partei führen. Bei seiner Wahl wurde der Handwerksmeister aus Sachsen von der Parteiströmung »Der Flügel« unterstützt, obwohl er selbst kein Mitglied ist.

von Michael Bergmann

In Tino Chrupallas Wahlkreis Görlitz ist ein Chapter der neonazistischen Bruderschaft »Brigade 8« die wohl aktivste extrem rechte Gruppierung neben der »Alternative für Deutschland« (AfD). Seit 2015 finden nahezu monatlich Neonazi-Konzerte in der Region statt, die von der »Brigade 8« oder ihrem Umfeld organisiert werden. Nicht zuletzt wegen dieser Aktivitäten gilt Ostsachsen als Region mit einem sehr hohen neonazistischen Konzertaufkommen. Im März 2019 versammelten sich mindestens 200 Neonazis zu einem Rechtsrock-Konzert der »Brigade 8« in Mücka. Mit von der Partie waren führende Köpfe von »Combat 18«, dem bewaffneten Arm des Neonazi-Netzwerkes »Blood & Honour«. Dieses ist mehrfach in Verbindung mit Rechtsterrorismus in Erscheinung getreten und gilt als das aktivste Unterstützungsnetzwerk des NSU.

Auf Linie von Alexander Gauland

Die rechtsterroristischen Netzwerke in der Oberlausitz waren und sind für Tino Chrupalla bisher jedoch kein Thema. Vielmehr warnt er auf seiner Facebook-Seite vor einer islamistischen Terrorgefahr: »Nach wie vor reisen jeden Tag Unbekannte, oft mit gefälschten Identitäten – darunter womöglich auch IS-Anhänger – illegal ein, und die Bundesregierung weigert sich seit Jahren beharrlich, diesen katastrophalen Zustand zu beenden.« Der 44-jährige Malermeister liegt damit ohne jede Einschränkung auf der Linie seiner Partei. In einer Region, in der sich rechtsterroristische Gruppen treffen und monatlich Neonazi-Konzerte organisieren, ist es ihm ein Leichtes, sich selbst als konservativ zu bezeichnen. Da stört es auch niemanden, dass er die Oberlausitz als seine Heimatregion in seinen Reden als den Teil Schlesiens bezeichnet, der noch zu Deutschland gehört.

Tino Chrupalla und Alexander Gauland im Wahlkampf

Zu Beginn der 1990er Jahre war Chrupalla ebenso in Kreisverbänden der Jungen Union (JU) aktiv wie der damalige Jungpolitiker und jetzige sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer. Die JU trägt im Freistaat offiziell die Bezeichnung »Junge Union Sachsen & Niederschlesien«. Der Rückbezug der Region auf Bezeichnungen vor 1945 ist demnach durchaus Common Sense. Nach eigenen Angaben blieb Chrupalla auch nach seiner aktiven Zeit in der Partei langjähriger Wähler der CDU. Nachdem PEGIDA die Massen mobilisiert hatte, trat er 2015 in die AfD ein. Im Herbst 2017 gewann der Malermeister bei der Bundestagswahl gegen seinen früheren Parteikollegen Kretschmer das Direktmandat in seinem Wahlkreis und wurde dadurch sehr bekannt. Kretschmer wurde nach dem Verlust seines Bundestagsmandats zum Ministerpräsidenten Sachsens gekürt und Chrupalla zum stellvertretenden Fraktionschef der AfD-Bundestagsfraktion. Anschließend arbeitete er sich als politischer Ziehsohn von Alexander Gauland bis an die AfD-Parteispitze vor.

Von »Umvolkung« und »unseriösen Journalisten«

Tino Chrupalla hält sich fern von Personen, von denen bekannt ist, dass sie der »Brigade 8« oder anderen harten Neonazi-Gruppen angehören. Er ist Stratege und weiß, dass er selbst mit einer zu starken Sympathie für PEGIDA in einigen Westverbänden seiner Partei anecken könnte. Chrupalla will die sogenannte bürgerliche Mitte und Frauen als Wähler*innen erreichen. Dafür, so weiß er, braucht es nicht nur eine angemessene Sprache, sondern auch eine halbwegs saubere Weste. Das Netzwerk »Der Flügel« um Björn Höcke und Andreas Kalbitz bezeichnet Tino Chrupalla als einen Teil der Partei genauso wie die »WerteUnion« Teil der CDU oder der »Seeheimer Kreis« ein Teil der SPD sei. Er selbst ist kein Mitglied von »Der Flügel«, der in Ostdeutschland die AfD dominiert, aber wird von diesem durchaus geachtet, toleriert und unterstützt. Hin und wieder fällt Chrupalla aus seiner Rolle als Biedermann und zeigt, dass sich die ideologischen Differenzen zum »Flügel« in überschaubaren Grenzen halten. Man könne »in der Tat von einer gewissen Umvolkung« sprechen, meint er auf einer eigenen Veranstaltung im März 2018 im Gespräch mit dem Publikum. Im letzten Jahr kündigte er in seinem AfD-Kreisverband an, er wolle Listen mit seiner Meinung nach »unseriösen« Journalist*innen führen, um diese von Informationen auszuschließen. Der Deutsche Journalisten Verband (DJV) bewertet dieses Vorgehen als einen Angriff auf die Pressefreiheit. Auf dem Youtube-Kanal des Neonazis Nikolai Nerling alias »Der Volkslehrer« tauchte Chrupalla in der Vergangenheit als Interviewpartner auf. Eine Rede von Chrupalla im Bundestag anlässlich der Feierlichkeiten zu 30 Jahren Mauerfall nötigte gar den sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer zu der Aussage: »Ich bin erschrocken über Reden, die mich an Nazis erinnern, was ich nicht für möglich gehalten hätte.«

Politik für den »kleinen Mann«

Dieses Herausfallen aus der eigentlichen Rolle bleibt bei Chrupalla jedoch die Ausnahme. In seiner Region ist er verankert und gilt als politischer »Sunnyboy«. Er möchte Politik machen für die Menschen »die im Dunkeln aufstehen, den ganzen Tag arbeiten und im Dunkeln wieder heimkommen«, sagt Chrupalla in seiner Bewerbungsrede für den Parteivorsitz am 30. November 2019 in Braunschweig. Das kommt an bei den Menschen in der Oberlausitz, deren Jobs in der Regel nicht direkt vor der Haustür liegen, sondern mit täglichen Fahrtwegen verbunden sind. Er selbst ist als Malermeister mit einer kleinen Firma in der Region präsent. Als Referenzen seines Unternehmens werden Aufträge vom Neuen Schloss im Fürst-Pückler-Park Bad Muskau, von der Wohnungsgenossenschaft Weißwasser und einem großem Möbel-und Küchenstudio aus der Region genannt. Laut Selbstauskunft über seine Nebeneinkünfte brachte ihm sein Malerbetrieb trotz Bundestagsmandats im Jahr 2018 knapp 100.000 Euro ein. Das ist in den Augen vieler prekär beschäftigter Menschen in Ostdeutschland im Gegensatz zur Diät eines Abgeordneten ehrlich verdientes Geld. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 war Chrupalla in jedem Dorf seines Wahlkreises unterwegs. Seine wichtigste Qualifikation für den AfD-Parteivorsitz war und ist, dass er aus dem Osten kommt und diesen authentisch verkörpern kann. Als weitere Eignung gilt, dass er kein Akademiker ist, sondern als Handwerker den so oft beschworenen »kleinen Mann« vertreten kann. In einem Interview mit der Deutschen Handwerkszeitung sagte Chrupalla: »Kreißsaal, Hörsaal, Plenarsaal. Bei solchen Karrieren fehlt den Politikern doch jeder Bezug zur Lebenswirklichkeit der Menschen, über die sie bestimmen.« Er selbst wolle sich davon unterscheiden.

Doch Tino Chrupalla hat auch Schwächen. Unter Beweis gestellt hat er diese bereits wenige Stunden nach seiner Wahl auf dem AfD-Bundesparteitag. In einem Live-Interview mit dem ZDF-Journalisten Theo Koll offenbart der frisch gewählte neue Parteivorsitzende, er müsse noch den einen oder anderen Rhetorikkurs belegen, bevor er mit den Anforderungen der Medienwelt Schritt halten könne. Zudem wird Chrupalla von ehemaligen AfD-Mitgliedern nachgesagt, er habe seinen Kreisverband zu einer »privat geführten Sekte« gemacht. Das ehemalige AfD-Mitglied Frank Großmann erklärte mit Blick auf Chrupalla im März 2019: »Zu meinem Leidwesen musste ich mit ansehen, wie die demokratischen Strukturen der Partei im Laufe der Zeit immer mehr zu einem Spielball privater Interessen wurden.« So wird aus dem Umfeld des Malermeisters behauptet, er führe autoritär und wenig beteiligungsorientiert und könne nur sehr schlecht mit Kritik oder Widerspruch umgehen. Letzteres wird bestätigt durch Bundestagsabgeordnete, die Chrupalla als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie erleben. Bei Kritik hole dieser postwendend und aggressiv zum Gegenangriff aus, er sei der Ansicht, Deutschland werde von grünen und linken Eliten dominiert. Der grüne Bundestagsabgeordnete Dieter Janecek meint über Tino Chrupalla: »Es tut ihm körperlich fast weh den Bürgerlichen zu spielen.«

#PEGIDA

Ritualisierte Kreisläufe

Seit fünf Jahren läuft PEGIDA fast jeden Montag durch Dresden. Was als rechter Dammbruch im Oktober 2014 begann, hat an Anziehungskraft und Einfluss verloren. Dennoch scheint die rassistische Hetze inzwischen zu Dresden zu gehören – wie das Grüne Gewölbe. Selbst die Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2025 ging nicht ohne Verweis auf PEGIDA.

von Alexa Anders und Arthur Reiters

Seit 2014 – PEGIDA auf den Straßen von Dresden

Es ist Montag, der 2. Dezember gegen halb sieben. Auf einem LKW vor dem Hauptbahnhof steht Wolfgang Taufkirch und vor ihm um die 1.000 Menschen mit wehenden Deutschlandfahnen, verziert mit Lichterketten. Es ertönt die PEGIDA-Hymne, Taufkirch verliest die Auflagen und eröffnet die 196. Demonstration der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Inhaltlich ist nicht mehr viel Neues zu erwarten. Die Reden beschränken sich zumeist auf die Kommentierung der Tagespolitik auf Facebook-Niveau. Heute geht es um Andreas Scheuer, dessen Gehalt und die Dieselsteuer. »Volksverräter, Volksverräter«, »An die Wand, an die Wand«, ruft es reflexhaft aus dem Publikum. Taufkirch lässt dies genüsslich geschehen und hält nach Stichworten kurz inne. Schnell wird sich noch am Gegenprotest, der noch nie gearbeitet hätte, abgearbeitet, dann wird die gewohnte Runde gedreht. Selbst nennen sie das »Spaziergang«. Der schlängelt sich schweigend durch die Innenstadt, nur hin und wieder wird »Widerstand« oder »Jugend, Europa, Reconquista« angestimmt. Was man jedoch vergeblich an diesem verregneten Montagabend sucht, ist Jugend. Die meisten dürften die 50 weit überschritten haben. Sie tragen Schilder, auf denen die gleichen vulgären Sprüche zu lesen sind, die in den letzten Jahren immer mal wieder für bundesweites Aufsehen sorgten: »Merkel ist die größte Spalterin der deutschen Geschichte – wann wird dieses Wesen endgültig entsorgt?« Als der Ausgangspunkt wieder erreicht ist, sprechen noch Lutz Bachmann und Siegfried Däbritz. Zum Abschluss ertönt noch einmal die Hymne. Nach 90 Minuten ist alles vorbei: Routine an einem Dresdner Montagabend.

Allein auf weiter Flur

Das Interesse an PEGIDA ist merklich zurück gegangen. Das zeigt sich nicht allein an der geschrumpften Teilnehmendenzahl, die zu Hochzeiten im fünfstelligen Bereich lag und heute an schlechten Tagen den vierstelligen nicht mehr erreicht. Es ist ein eingeschworener Kreis der Immergleichen. Sind 1.000 Menschen regelmäßig auf Dresdens Straßen zwar durchaus eine Größe, so ist die Veranstaltung doch nur noch selbstbezogen und ohne jene Anziehungskraft wie zur Anfangszeit. Statt Leitartikel und Talkshowrunden beschränkt sich der mediale Output inzwischen auf Polizeimeldungen zu Körperverletzungen und Hitlergrüßen. Bundesweit ist PEGIDA höchstens wahrnehmbar, wenn Lutz Bachmann wieder einmal Schlagzeilen mit Volksverhetzung macht. Auch auf der Bühne macht sich der Bedeutungsverlust bemerkbar. Waren in den ersten Jahren noch relevante rechte Akteure aus dem In- und Ausland, wie Götz Kubitschek oder Tommy Robinson, zu Gast, können heute kaum bekanntere Redner*innen präsentiert werden. Zum fünften Geburtstag am 20. Oktober mussten zwei »Identitäre« spontan einspringen, um das Programm zu füllen. Auf den knapp 30 Montagsspaziergängen 2019 trat fast ausschließlich das Führungstrio Lutz Bachmann, Siegfried Däbritz und Wolfgang Taufkirch auf. Nur selten sind andere Stimmen zu hören – am häufigsten noch Christopher Bernd von »Zukunft & Heimat« aus Cottbus. Selbst die Dauergäste, der Münchner Michael Stürzenberger, der österreichische »Identitäre« Martin Sellner und der Compact«-Herausgeber Jürgen Elsässer, finden nur noch selten den Weg nach Dresden. Götz Kubitschek ließ sich in diesem Jahr gar nicht erst blicken. Die Zeiten, als es ein Muss war, in Dresden dabei zu sein, sind offenkundig vorbei. Heute nutzt man die Bühne, wenn man sich etwas verspricht: Stimmen, Mobilisierungspotential, Selbststilisierung als Anti-Establishment. Für »Ein Prozent« und die »Identitäre Bewegung« bietet sich Resonanzraum für Infostände oder Kampagnenwerbung. Die »Alternative für Deutschland« (AfD) pflegt inzwischen ein funktionales Verhältnis.

Spätestens am 1. September 2018 in Chemnitz wurde der lang gewahrte Schein der Abgrenzung aufgegeben. Die Demonstrationsspitze mit führenden AfD-Politiker*innen und PEGIDA Seite an Seite gilt als öffentlich vollzogener Schulterschluss. Ihre Wahlkampfveranstaltungen ließ die AfD in Dresden im Anschluss an die montäglichen Kundgebungen stattfinden. »Die einzige Opposition in Deutschland ist die Straße, das sind wir, das ist PEGIDA und das ist die AfD«, betonte Tatjana Festerling in einer Rede am 18. Januar 2016. Das ist der Partei bewusst – Angehörige statten daher PEGIDA regelmäßig Anstandsbesuche ab, so die Landtagsmitglieder Jörg Urban und André Wendt, just nach dessen Wahl zum Vize-Präsidenten des Sächsischen Landtages. Der Bundestagsabgeordnete Jens Maier forderte die »Patriotischen Europäer« zum fünften Geburtstag auf, weiterhin auf die Straße zu gehen. Für die Partei sind sie bis heute die Basis, welche die eigene parlamentarische Arbeit auf der Straße vertritt. Gerade nach den jüngsten Wahlerfolgen braucht die AfD diese, um sich weiterhin als einzige Opposition zu inszenieren und selbstzuvergewissern. Sie ist angewiesen auf den Ausnahmezustand und die »fünf-vor-Zwölf« Stimmung. Und die bietet PEGIDA in Dauerschleife. Nicht zuletzt diese Rolle ist es auch, die sie seit fünf Jahren auf der Straße hält und eine eingeschworene Gemeinde bis heute wütende Kreise ziehen lässt. Den Aufstieg der AfD tragen sie dabei als den eigenen Erfolg vor sich her.



Dresdens liebstes Schmuddelkind

An einer Stadt gehen fünf Jahre rassistische Demonstrationen, »man wird wohl noch sagen dürfen« und endlose Dialoge über Sorgen und Ängste nicht spurlos vorbei. PEGIDA hat zu Gewöhnung, Gleichgültigkeit und Akzeptanz geführt. Zur Stadtratswahl erhielt die AfD 17,1 Prozent und die »Freien Wähler« 5,3 Prozent der Stimmen, die NPD bekam 0,6 Prozent und ist nicht mehr im Stadtrat vertreten. Andererseits polarisierte sich die Stadtgesellschaft, was die Grünen als Wahlsieger hervorgehen ließ und eine Pattsituation im Stadtrat bedingt. Im öffentlichen Diskurs der Stadt ist eine Verschiebung wahrnehmbar. Zum Beispiel in der Debatte um die »Charta 2017« gegen eine vermeintliche »Gesinnungsdiktatur« oder um deren Initiatorin Susanne Dagen, Buchhändlerin und seit September 2019 Stadträtin für die »Freien Wähler«. Gemeinsam mit Ellen Kositza und dem »Verlag Antaios« produziert sie die Sendung »Aufgeblättert. Zugeschlagen – Mit Rechten lesen«. Unter dem Schlagwort der Meinungsfreiheit werden völkische, nationalistische, rassistische und antisemitische Positionen in der Öffentlichkeit normalisiert. Diese Normalisierung zeigt sich auch im Umgang der Stadt mit PEGIDA. Zwar rief der Oberbürgermeister nun bereits zum zweiten Mal zu den Protesten gegen den PEGIDA-Geburtstag auf, aber das heißt nicht, dass die Stadt rechter Hetze auf Dresdens Straßen entgegenwirken würde. Im Gegenteil. Dem Protest gegen das PEGIDA-Weihnachtssingen am 15. Dezember wurden Kundgebungsmittel untersagt, die durch Lärm stören könnten, begründet mit dem »besinnlichen Charakter« des Weihnachtssingens.

Mit der Bewerbung zur Kulturhauptstadt versuchte Dresden ein besonderes Kunststück: PEGIDA als Standortvorteil. Denn »die alte Kulturstadt in der Mitte Europas ist zu einer Bühne für die Konflikte, die die Zukunft Europas insgesamt betreffen, geworden«. Unter dem Titel »Neue Heimat« schließt die Landeshauptstadt damit nahtlos an die »Strategie des Dialogs« an, die seit 2015 PEGIDA-Anhänger*innen »zurückholen« sollte. Der Kurator Michael Schindhelm wollte »zuerst den Menschen in Dresden zuhören, was sie bewegt, um daraus gemeinsam mit vielen anderen ein Bewerbungskonzept zu entwerfen«.

Was bleibt?

Dass PEGIDA nach fünf Jahren noch immer durch Dresden läuft, hätte 2014 niemand für möglich gehalten. Und auch wenn die Bedeutung deutlich schwindet, kann PEGIDA für sich in Anspruch nehmen, in vielerlei Hinsicht gewirkt zu haben: als Stichwortgeber und diskursiver Anheizer. Viele der 2014 formulierten Forderungen sind mittlerweile in Politik umgesetzt. Die AfD ist auf allen Ebenen parlamentarisch vertreten. In den Reihen von PEGIDA haben sich Neonazis radikalisiert, Kameradschaften gefunden. Nino K., selbst Redner bei PEGIDA, zündete 2016 an einer Dresdner Moschee eine Bombe, aus Worten folgten Taten. Im Fahrwasser von PEGIDA zog es Verlage und Zeitschriften, Burschenschaften und »Ein Prozent« nach Dresden. Aus PEGIDA heraus sind Gruppen wie »Dresden 5k« oder der Verein »Dresdner Bürger helfen Dresdner Obdachlosen und Bedürftigen« aktiv geworden. Die bundesweite oder gar europäische Ausweitung ist jedoch gescheitert. Ein Volksbegehren gegen die GEZ wurde nie auf den Weg gebracht. Von der angekündigten Parteigründung spricht heute niemand mehr, geschweige denn von Wahlantritten. Aber auch wenn PEGIDA selbst konzept- und ziellos wirkt, lässt der Zweck der religiösen Ersatzhandlung die Kreisläufe nicht so schnell verschwinden.



#Soldaten

Der rechte Marsch durch die Institutionen

von Cihan Balıkçı

Extrem Rechte in Bundeswehr, Polizei und Co. sind keine Einzelfälle, sondern fester Bestandteil rechter Revolutions- und Putschpläne. In den vergangenen Jahren wurden vermehrt solche Fälle bekannt: der Bundeswehrsoldat Franco A., der laut Bundesanwaltschaft Mordanschläge auf Personen des öffentlichen Lebens und Sprengstoffanschläge plante; das durch die Entdeckung Franco A.s bekanntgewordene Netzwerk um den Verein »Uniter« und mit diesem mutmaßlich in Verbindung stehende »Prepper«-Chatgruppen, in denen sich (Elite-)Soldat*innen, Mitarbeiter*innen der Verfassungsschutzämter und Polizist*innen auf einen »Tag X« vorbereiteten; Netzwerke neonazistischer Polizist*innen in Bayern und Hessen und mit letzteren in Verbindung stehende Morddrohungen gegen die Anwältin Seda Başay-Yıldız, unterzeichnet mit »NSU 2.0«. Die Liste ließe sich lange fortsetzen.

Regierende Politiker*innen und Polizeigewerkschaften verharmlosen diese Vorfälle als Einzelfälle. Erklärungsansätze, welche die Vorfälle nicht herunterspielen, reichen von der Feststellung einer allgemeinen Attraktivität von Berufen in der bewaffneten Exekutive für Rechte bis hin zu Theorien über eine strukturelle Faschisierung des Staates. Was dabei oft aus dem Blick gerät, ist, wie offen Rechte seit einigen Jahren um Staatsbedienstete in der Exekutive werben.

Elsässers »Aufruf an unsere Soldaten«

Als im Herbst 2015 die damalige Bundesregierung entgegen den Stimmen aus dem rechten Lager, inklusive Teilen der eigenen Parteien, sich nicht dazu entschloss, die Grenzen widerrechtlich zu schließen, veröffentlichte Jürgen Elsässer einen »Aufruf an unsere Soldaten«: Hierin wendet er sich direkt an Bundeswehrsoldat*innen und appelliert an ihr Gelöbnis, der BRD zu dienen und »die Freiheit des deutschen Volkes« zu verteidigen. Merkels vermeintliche Grenzöffnung sei Hochverrat und bedrohe die Existenz Deutschlands, malte Elsässer sein Untergangsszenario. Die Bundesregierung habe ihre Legitimität verloren, deshalb befinde sich Deutschland bereits im Notstand, so der Chefredakteur des »Compact«-Magazins. Daher appellierte Elsässer an die Bundeswehrsoldat*innen »selbst aktiv zu werden«. So forderte er sie auf, Befehle zu verweigern und alle Grenzübergänge und -bahnhöfe zu besetzen. Nur sie, die Soldat*innen, hätten die Macht, die von Merkel angeführte Zerstörung Deutschlands zu verhindern.

Neben dem offenen Aufruf zur Befehlsverweigerung durch Soldat*innen und zum Besetzen von Grenzen und Infrastruktur, wie es bei Militärputschen gehandhabt wird, inszeniert Elsässer sich auch gerne als Pate, der die mit einer Befehlsverweigerung einhergehenden möglichen Sanktionen abfangen kann: Nach dem tödlichen Messerangriff auf Daniel H. in Chemnitz im August 2018 und darauffolgenden wochenlangen Protesten und Hetzjagden durch Rechte, veröffentlichte der Justizangestellte Daniel Zabel die Namen der zwei

Geflüchteten, die der Tat verdächtigt wurden. Die Namen wurden unter anderem von PEGIDA-Gründer Lutz Bachmann und Jan Timmke, Abgeordneter der rechten »Bürger in Wut«-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft, veröffentlicht. Daraufhin verlor Zabel seine Stelle als Justizvollzugsbeamter in Dresden. Elsässer vermeldete daraufhin großspurig, diese Tat zu belohnen und bot Zabel an, ihm die besten Anwälte und als Ersatz für seine verlorene Lohnarbeitsstelle einen neuen Job zu vermitteln. Ebenso tat es der Landtagsabgeordnete der »Alternative für Deutschland« (AfD) Stefan Räpple. Ob es tatsächlich dazu gekommen ist oder ob es sich nur um ein großspuriges Versprechen Elsässers handelte, ist unklar. Im Folgenden gab Zabel der »Compact« jedoch ein längeres Interview und kandidierte erfolglos für die AfD bei den Wahlen zum Stadtrat in Dresden.

Höckes drei Fronten der »Volksopposition«

Auch der Fraktionsvorsitzende der Thüringer AfD und Sprecher des extrem rechten »Der Flügel«, Björn Höcke, betrachtet Teile von Militär, Polizei und Verwaltung als wichtigen Bestandteil in seinen rechten Revolutionsfantasien. In seinem 2018 veröffentlichten Gesprächsband »Nie zweimal in denselben Fluß« beschreibt er, wie die »politische Wende« gelingen solle. Die »Festung der Etablierten« müsse hierfür von drei Seiten in die Zange genommen werden: Auf der Ebene des Straßenprotestes (PEGIDA) sowie von der AfD als »parlamentarische(r) Stimme und Vertretung der Volksopposition«. Wichtig für das Gelingen einer Wende sei aber noch eine dritte »Front«, bestehend aus »frustrierten Teilen des Staats- und Sicherheitsapparates«. An letztere appelliert er mit Bezug auf das Remonstrationsrecht, wie er es schon bei AfD-Aufmärschen in Erfurt 2015 getan hatte.

Das Remonstrationsrecht regelt, wann Staatsbedienstete Befehle verweigern dürfen. Sollten diese die Vermutung haben, Befehle verstießen gegen geltende Gesetze, sind die zwei nächsthöheren Instanzen zu kontaktieren. Sehen diese in dem ursprünglichen Befehl keinen Rechtsverstoß, ist der Weisung eigentlich Folge zu leisten, solange keine Straftat ersichtlich ist. Was Höcke jedoch mit seinem Aufruf an die dritte »Front« zur »politischen Wende« meint, scheint mit diesem juristisch verankerten Widerspruchsprinzip wenig zu tun zu haben. Ähnlich, wie wenn die AfD von Demokratie spricht, damit aber eigentlich einen »Volkswillen« meint, von dem sie allein ausmacht, worin er besteht, nutzt Höcke hier einen juristischen Begriff, um seinen Putschfantasien einen legalen Anstrich zu verleihen.

Auch Höckes Parteifreund und Oberstleutnant a. D., Uwe Junge, setzt seine Hoffnung in einen Militärputsch. So fragte er nach der Ernennung Annegret Kramp-Karrenbauers (CDU) zur Verteidigungsministerin auf Twitter: »Wann kommt endlich der Aufstand der Generäle?« und polterte gegen einen vermeintlichen »Kadavergehorsam« in der Armee. Später ruderte er nach öffentlichem Druck von dieser Aussage zurück und behauptete, mit »Aufstand« habe er lediglich »Widerspruch« gemeint.

Christchurch: Marsch durch die Institutionen von rechts

Am 15. März 2019 verübte ein 28-Jähriger Terroranschläge auf zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch und tötete dabei insgesamt 51 Menschen. Kurz zuvor veröffentlichte er im Internet ein »Manifest« unter dem Titel »The Great Replacement« (»Der große Austausch«), welches an das des norwegischen Massenmörders Anders Behring Breivik erinnert. Hierin offenbart er seine rassistische und antisemitische Ideologie, die ihn zu dem Massenmord veranlasste. Um den vermeintlichen »großen Austausch« aufzuhalten spricht er sich dabei für einen »Marsch durch die Institutionen« von rechts aus. Der Marsch der Linken durch die Institutionen sei langsam und erfolgreich gewesen, die Rechten hätten weniger Zeit: Innerhalb von 25 Jahren müssten Rechte »politische, militärische, juristische, pädagogische und wirtschaftliche Institutionen« besetzen. Dabei gelte: Umso höher und einflussreicher der Posten, desto besser, schrieb der Massenmörder. Mit »Wenn die Zeit kommt, musst du bereit zum handeln sein« schließt er den Abschnitt und erinnert dabei unweigerlich an den von rechten »Preppern« propagierten »Tag X«.

Sezession: Trauer um die »alte Armee«

Einen etwas anderen Ton schlägt »Sezession« an, die sich als intellektuelles Theorieblatt der völkischen Rechten inszeniert. Hier wird nicht zur offenen Befehlsverweigerung aufgerufen oder offen über Putschpläne zur »politischen Wende« nachgedacht. Stattdessen überwiegt hier ein weinerlicher Tenor, in welchem der »alten Armee« nachgetrauert und eine stolze soldatische Kultur bedroht gesehen wird von Frauenquote, Gender-Mainstreaming und Diversity-Management. »Kameradschaft, Korpsgeist und Waffenstolz« müssten gegen diese Bedrohungen verteidigt werden, heißt es da. An anderer Stelle beklagt Verleger Götz Kubitschek die »Ausgrenzung« von rechten Soldat*innen nach dem Bekanntwerden der mutmaßlichen Pläne Franco A.s und macht sich für diese stark: Sie seien Opfer von Denunziation gewesen und »ohne Lobby«. Rassistische Kreuzverbrennungen im Stil des »Ku-Klux-Klans« werden als »dumme Gedanken im Suff« verharmlost.

Der offene Aufruf zum Putsch fehlt hier zwar, mit der schmeichelnden Widmung an all jene, »die trotz allem und noch immer diesen einmaligen Beruf lieben und tapfer ihre Pflicht erfüllen«, wirbt »Sezession« aber nicht weniger um Soldat*innen als andere Teile der Rechten. Zugleich räumt sie seit vielen Jahren in Gastbeiträgen und Interviews ehemaligen Obersten und Generälen Platz ein, wie dem 2003 wegen antisemitischer Äußerungen entlassenem KSK-Kommandeur Reinhard Günzel, um über sein antimodernistisches Weltbild zu sinnieren. Damit versucht »Sezession«, sich als Medium jener Teile der Bundeswehr zu platzieren, in denen Wehrmacht und Kaiserarmee nachgetrauert wird und ein reaktionäres Weltbild vorherrscht.

Fruchtbarer Boden

Die Beispiele zeigen, dass die (extreme) Rechte davon ausgeht, dass Proteste auf den Straßen wie von PEGIDA und AfD in den Parlamenten nicht ausreichen, um eine »Wende« nach ihren Vorstellungen durchzuführen. Für die (gewalttätige) Umsetzung ihrer Pläne benötige sie einen radikalisierten Teil der bewaffneten Exekutive hinter sich, so die Annahme.

Die eingangs erwähnten Beispiele der letzten Jahre zeigen deutlich, auf welch fruchtbaren Boden Rechte mit ihrem Buhlen dabei stoßen. Inwiefern sich diese Teile von Polizei, Militär und Co. direkt von Aufrufen und der Werbung um sie beeinflussen lassen, ist schwer auszumachen. Im Falle Franco A.s lässt sich anhand seiner abgelehnten Masterarbeit klar erkennen, dass er »neurechte« Publikationen intensiv las. Ob er sich direkt von Elsässers »Aufruf an unsere Soldaten« von 2015 beeinflussen ließ, bleibt jedoch Spekulation. Die AfD-Mitgliedschaft einiger »Nordkreuz«-Mitglieder deutet aber darauf hin, dass der von Höcke beschworene Austausch des »mosaikartigen Widerstandsmillieus« untereinander Realität ist. Auch CDU-Mitglieder wie der jüngst aus der Partei ausgetretene Beisitzer im Kreisvorstand in Anhalt-Bitterfeld, Robert Möritz, nebst anderen ostdeutschen CDU-Parteikollegen bereiteten sich bei »Uniter« gemeinsam mit extrem Rechten auf den »Tag X« vor.

#Haftbefehl

Vom Radar verschwunden

von Gerd Wiegel

Der Haftbefehl gegen den mehrfach vorbestraften Neonazi lag bereits seit Monaten vor, wurde jedoch aufgrund eines Widerspruchs des Beschuldigten noch nicht vollstreckt. So tauchte die Polizei bei der nächsten Durchsuchung – diesmal ging es um Sprengstoff – ohne richterliche Anordnung auf. Der Fund hätte ohnehin für eine Festnahme gereicht, aber noch vor dessen Entdeckung machte sich der gewaltbereite und seit Jahren polizeibekannte Neonazi ungehindert mit dem Auto davon und tauchte offiziell erst 13 Jahre später in einem ausgebrannten Wohnmobil in Eisenach wieder auf. Sein Name: Uwe Böhnhardt.

Erst mit der Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) erlangte das Thema der offenen Haftbefehle gegen Angehörige der extremen Rechten bundesweite Aufmerksamkeit. Denn so wie Böhnhardt sich der Vollstreckung durch Abtauchen entzog, machten und machen es offenbar viele andere. Als die Linksfraktion im Bundestag vor Jahren erstmals dazu fragte, gab die Bundesregierung mit Stand vom 4. Januar 2012 an, es lägen gegen 160 Personen aus der Szene solche Haftbefehle vor, wobei es sich bei 50 Personen um Delikte handele, denen mindestens eine politisch rechts motivierte Tat zugrunde läge. Im Zuge des NSU-Skandals sorgte diese Zahl für gehörige Aufregung, denn niemand konnte und wollte ausschließen, dass sich hierunter mutmaßliche Rechtsterroristen befinden, die ähnliche Taten wie das Kerntrio begehen könnten. Das hat sich bis heute nicht geändert.

Ungehindert nach Kambodscha?

Im September 2019 porträtiert Der Tagesspiegel das Leben eines solchen Täters – weit weg von der Bundesrepublik. Doch wie konnte Christopher F. überhaupt am anderen Ende der Welt untertauchen? Der extrem rechte Intensivtäter wird 2016 vom Amtsgericht Dippoldiswalde wegen Gewaltdelikten gegen einen Afghanen zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung verschwindet der Mann von der Bildfläche und meldet sich nicht mehr wie vorgeschrieben regelmäßig bei der Polizei. Die Bewährung wird vom Gericht kassiert, doch der ausgestellte »Vollstreckungshaftbefehl« kann nicht umgesetzt werden, denn F. hatte sich bereits abgesetzt. In Kambodscha nimmt ihn die Polizei im November 2018 fest. Wohlgemerkt nicht wegen internationaler Fahndungsbemühungen deutscher Behörden, sondern aufgrund eines brutalen Raubes, bei dem er aufflog.

F. ist kein Einzelfall. Ende März letzten Jahres hielten sich nach Auskunft der Bundesregierung 44 gesuchte Neonazis im Ausland auf. 12 davon im deutschsprachigen Raum, also in Österreich (8) und der Schweiz (4), der Rest verteilte sich auf 20 weitere Länder – von Polen über Thailand bis nach Litauen. Immer wieder sorgt die Zahl der offenen Haftbefehle gegen Neonazis für Aufregung, vor allem dann, wenn es sich um politische Gewalttäter handelt. In Zeiten einer nicht nur verbalen Enthemmung der rechten Szene, in der rechtsterroristische Gruppen und Täter rassistische Morde und die Liquidierung von politischen Gegnern ankündigen und auch umsetzen, ist jeder abgetauchte gewaltbereite Neonazi eine potenzielle Gefahr. Und diese Gefahr nimmt seit Jahren zu, wie ein Blick auf die Zahlen zeigt.

Alles halb so gefährlich?

Waren es 2012 noch 160 Personen aus der Szene, die polizeilich gesucht wurden, ging die Zahl seither kontinuierlich nach oben: Im September 2017 wurde mit 501 Untergetauchten ein vorläufiger Höhepunkt erreicht. Ende März 2019 lag die Zahl immer noch bei 497 Neonazis, gegen die aufgrund von teils mehreren Urteilen insgesamt 657 offene Haftbefehle ausstanden. Von ihnen wurden 105 wegen einer rechtsmotivierten Tat gesucht und ebenso viele wegen Gewaltdelikten – darunter wiederum 18 Verurteilungen, auf die beide Kriterien zutreffen. Für die Gefährdungseinschätzung sind diese 105 Gewalttätigen und insbesondere jene aus dem Bereich »Politische motivierte Kriminalität (PMK) – rechts« von Bedeutung.

Der oben erwähnte Christopher F. gehört zur letzten Kategorie und auch Böhnhardt wäre hier zu verorten gewesen. Ohne das Bild der »tickenden Zeitbomben« überzustrapazieren, stellt sich natürlich die Frage, wie es sein kann, dass sich solche Täter der Vollstreckung des Haftbefehls schlichtweg entziehen konnten und immer noch können? Die detaillierte Rekonstruktion der kriminellen Karriere im Fall Böhnhardt zeigt das, was Antifaschist*innen zurecht oft befürchten: Entpolitisierung von Straf- und Gewalttaten; Entkontextualisierung aus einem ideologischen Zusammenhang, in den sich Taten und Täter*innen stellen; Verharmlosung und Bagatellisierung als jugendlicher Leichtsinn. Im ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages bezeichnete ein Ermittler aus Thüringen die Sprengstoffelaborate des Trios als Silvesterknaller und gab sogar zu, dass man es damals eher harmlos eingeschätzt hätte. Vor dem Hintergrund der tödlichen rechten Pogromwelle zu Beginn der 1990er Jahre war das damals schon eine fahrlässige Verharmlosung.

Nach dem NSU sollte sich alles ändern und manches hat sich auch gewandelt. Dennoch werden rechte Intensivtäter von den Sicherheits- und Ermittlungsbehörden immer noch nicht so in den Blick

»Ende März 2019 lag die Zahl immer noch bei 497 Neonazis, gegen die aufgrund von teils mehreren Urteilen insgesamt 657 offene Haftbefehle ausstanden.«

genommen, wie es die Folgerungen aus dem NSU nahe legen müssten. Oder der Inlandsgeheimdienst hat möglicherweise eigene Interessen und sorgt dafür, dass jemand mit oder ohne Haftbefehl vom Radar verschwinden kann. Jedenfalls war der als höchstgefährlicher Neonazi eingestufte, mutmasslich an der Tötung des CDU-Politikers Walter Lübcke beteiligte, Stefan Ernst offiziell nicht mehr im Fokus der Behörden als er zuschlug.

Viel leiser von der Bildfläche verschwunden ist Ralf »Manole« Marschner. Er galt in der Vergangenheit als einer der Strippenzieher in der Zwickauer »Blood & Honour«-Szene um den NSU und er war V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz (s. drr Nr. 150). Bis heute wird gegen ihn im sogenannten »Neunerverfahren« als einem von neun weiteren Verdächtigen wegen Unterstützung des Kerntrios ermittelt. Im Sommer 2007 setzte er sich in die Schweiz ab, nur wenige Wochen nach dem letzten NSU-Mord in Heilbronn. Alles nur Zufall? Der seit 2012 offene Haftbefehl gegen ihn lautet bis heute lediglich auf Insolvenzverschleppung. Ein Beispiel dafür, dass hinter scheinbar unpolitischen Taten knallharte Neonazis stehen.

Nur kleine Fische?

Offiziell gehen die Behörden bei der Fahndung nach vielen Gesuchten mit unterschiedlichen Abstufungen vor, wobei höchste Fahndungspriorität Terrorismusdelikte haben, gefolgt von Gewalttaten mit oder ohne Bezug zur Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) und sonstigen Delikten. Da Haftbefehle täglich ausgestellt und vollstreckt werden, handelt es sich um eine schwankende Statistik. Deshalb ist die Frage, seit wann die jeweiligen Haftbefehle bestehen, nicht unwichtig – sagt doch die Dauer eines offenen Haftbefehls etwas zum Aufwand aus, mit denen sich die gesuchten Neonazis der Festnahme entziehen: Von den 657 Haftbefehlen aus dem März 2019 ergingen 488 seit 2018, 34 waren älter als vier Jahre. Bei den PMK-Gewalttätern sind 13 von 18 Haftbefehlen aus 2019 beziehungsweise 2018 und keiner älter als 2015.

Gegenüber der Gesamtzahl von bundesweit unglaublichen 186.000 offenen Haftbefehlen erscheinen die zur Fahndung ausgeschriebenen Neonazis zwar nur wenige zu sein. Angesichts dessen könnte man sich dazu hinreißen lassen, keine Notwendigkeit für einen erhöhten Fahndungsaufwand gegen »normal« Straffällige – wie Unterhaltsverweigerer oder Steuerhinterzieher – aus der Szene zu sehen. Doch schon der Fall von Marschner führt diese Annahme ad absurdum, die noch weniger auf die Gewalttäter unter ihnen zutrifft. Denn schon die NSU-Morde und Raubüberfälle haben gezeigt, dass für rechten Terror ein paar Untergetauchte, unterstützt von einem Netzwerk in der Legalität, genügen. Im Zuge der rechtsterroristischen Anschläge in Halle und auf Walter Lübcke hat es zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Sicherheitsbehörden im Bereich extreme Rechte gegeben. Einer davon soll den »personenbezogenen Gefährderansatz« stärker gewichten und die potenzielle Bedrohung stärker in den Blick nehmen. Das würde auf die 18 mit Haftbefehl gesuchten rechten Gewalttäter sicherlich anzuwenden sein. Aber es darf nicht vergessen werden, dass aus bürgerrechtlicher Sicht gegen diese Form der Gefahrenprävention zurecht starke Bedenken bestehen, weil diese schnell zu einer generellen Ausweitung von repressiven Maßnahmen führen kann, wie es in Bayern mit der augenscheinlich verfassungswidrigen Präventivhaft bereits Realität ist.

Wahrnehmungsprobleme?

Außerdem drängt sich bei den Zahlen der »Gefährderstatistik« wie so oft der Verdacht auf, dass die Sicherheitsbehörden das tatsächliche Ausmaß der Bedrohung nur lückenhaft kartieren. Im Oktober 2019 zählte das Bundeskriminalamt lediglich 43 potentielle rechtsterroristische Gewalttäter. Ob aus Absicht oder Inkompetenz sei an dieser Stelle dahingestellt. Fakt ist jedoch: Die der Tötung von Walter Lübcke Verdächtigen und der Attentäter von Halle waren nicht darunter – und die NSU-Terroristen hätte man wohl ebenso vergeblich in einer solchen Akte gesucht. Auch der Umstand, dass den Behörden über 12.700 Personen in der rechten Szene als gewaltbereit gelten, mag zu der niedrigen zweistelligen Zahl von Gefährdern nicht recht passen.

Zurück zu den Haftbefehlen. Im Fall Uwe Böhnhardt wurde seinerzeit von einigen ermittelnden Beamt*innen in Thüringen das Problem weniger im fehlenden polizeilichen Verfolgungsdruck gesehen, als vielmehr in einer von ihnen wahrgenommenen schützenden Hand, die sie in der Verfassungsschutz-Behörde zu erkennen glaubten. Zwar konnte trotz zahlreicher Indizien eine Mitwisserschaft von Geheimdienstmitarbeitern bis heute nicht abschließend bewiesen werden, sehr wohl aber wurde, nicht nur in den Untersuchungsausschüssen zum NSU-Komplex, der Schutz, den straffällige, gesuchte und auch einsitzende Neonazis durch die Ämter gefunden haben, immer wieder belegt. Ralf »Manole« Marschner zumindest soll vor zwei Jahren sogar in Karlsruhe ein Fußballspiel besucht haben und danach wieder unbehelligt von der Polizei in die Schweiz ausgereist sein. Dort musste er auf eine persönliche Bande nicht verzichten: Sein V-Mann-Führer hielt bis mindestens Mai 2013 Kontakt zu ihm, vielleicht auch länger.

#InstitutFürStaatspolitik

Außen Marmor, innen Gips

von Wolfgang Laskowski



Das »Institut für Staatspolitik« (IfS) hat Medien und Öffentlichkeit erfolgreich davon überzeugt, an seinem Sitz in Schnellroda sei das Zentrum einer rechtsintellektuellen Erneuerung zu finden. Dieser, durch erfolgreiche Selbstvermarktung vermittelte Eindruck, das »Institut« sei der alleinige Impulsgeber der Rechten in Deutschland, hat zu dessen beispielloser publizistischer Aufwertung beigetragen. Doch wer die Aktivitäten des IfS und seines Kreises über Jahre beobachtet, kann wissen: Hinter der rechtsintellektuellen Marmorfassade sind die ideologischen Säulen, die das IfS tragen, mit der alten Gipsmischung gefüllt: Rassismus, rechtes autoritäres Denken und faschistischer Stil.

Antwort auf diskursive Niederlage

Zum Zeitpunkt der Gründung des »Instituts für Staatspolitik« (IfS) im Jahr 2000 hatte sich eine gewisse Stagnation im rechtsintellektuellen Milieu breit gemacht. Von dem Aufbruch, den es im Gefolge des Nationalismus der Wiedervereinigung verspürt hatte, war nur mehr die Wochenzeitung »Junge Freiheit« als publizistisches Forum geblieben. Die Versuche hingegen, auf den Kommandobrücken großer Medien- und Verlagshäuser Fuß zu fassen, waren gescheitert. Anders als von den rechten »89ern« erhofft, stand nach 1990 weder die Westbindung des vereinigten Deutschland in Frage noch die aus Sicht der Rechten dominante Fixierung der politischen Kultur auf die Zeit des Nationalsozialismus. In der rechten publizistischen Szene wurde der fortdauernde Triumph einer angeblichen Hegemonie des Linksliberalismus beklagt, die ihren Ausdruck in der Gesellschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung finde. Schließlich wurde der öffentliche Erfolg der Ausstellung »Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« des Hamburger Instituts für Sozialforschung als diskursive Niederlage empfunden. Darauf gelte es, so Karlheinz Weißmann sinngemäß damals in der Wochenzeitung »Junge Freiheit«, mit der Gründung des IfS zu antworten.

Personal schulen, Resonanzräume erweitern

Von Beginn an ging es dem IfS darum, den akademischen Nachwuchs weltanschaulich zu prägen und zugleich ein Forum rechtsintellektueller Selbstverständigung für Zielgruppen zu schaffen, die von anderen rechten Foren wie den Burschenschaften, dem »Studienzentrum Weikersheim« oder der »Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft« (SWG) in Hamburg nicht erreicht wurden. Die »Akademien« genannten Tagungen und Vorträge wenden sich bis heute an eine Zielgruppe in der Altersgruppe bis fünfunddreißig. Zudem ging es darum, die Resonanzräume für rechte Politik zu erweitern. So sprach etwa bereits auf der »2. Sommerakademie« des IfS im September 2001 der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann über »Strategien des Parlamentarismus«. Hohmann sorgte 2003 mit einer antisemitischen Rede zum Tag der deutschen Einheit für einen Skandal, in dessen Folge er aus der CDU ausgeschlossen wurde. Heute sitzt er für die »Alternative für Deutschland« (AfD) im Bundestag.

Themen und Köpfe

Im Mittelpunkt der Arbeit in Schnellroda standen und stehen bis heute jene zentralen Punkte, die der Rechten Orientierungspunkte weltanschaulicher Vergewisserung sind: Volk, Nation, Identität und daraus resultierend Themen wie Migration, Bildung, Staat und Demographie. Früh beschäftigte man sich im IfS mit Diskursstrategien mit dem Ziel, Methoden der begrifflichen und thematischen Hegemoniearbeit von rechts zu entwickeln, dort »Metapolitik« genannt. Im August 2002 erschien ein Quartalheft zur Frage »Erfolg und Misserfolg in der ›Leitkulturdebatte‹«, in dem exemplarisch erörtert wurde, weshalb sich die CDU damals mit ihrem Begriff »Leitkultur« nicht durchsetzen konnte. Es folgten Arbeiten zur Amadeu Antonio Stiftung und zum Verfassungsschutz. In der seit 2003 erscheinenden Zeitschrift »Sezession« wurde zugleich ein Kanon rechter Autoren etabliert, die weltanschauliche Bezugsgrößen des Milieus sind: von Carl Schmitt und Ernst Jünger zu Armin Mohler und Gerd Klaus Kaltenbrunner.

Strategien politischer Kommunikation

Die Arbeit des IfS als Vortrags- und Lesezirkel hatte jedoch zunächst keine aktivierende Wirkung auf den akademischen rechten Nachwuchs. Es fehlten schlicht die Formen, mit denen sich kulturelle Ausstrahlung jenseits des Dreiecks Volkstanz, Lektüre von Ernst Jünger und Neonazi-Aufmarsch realisieren ließ. In der Folge experimentierte man im Umfeld des IfS mit Formen politisch-kommunikativer Interventionen, die den »68ern« und der Neuen Linken abgeschaut waren. Mal störte man eine Lesung von Günther Grass im Hamburger Thalia Theater, mal enterte die Gruppe um Götz Kubitschek und Felix Menzel die Balustrade des Hauptgebäudes der Berliner Humboldt



Erik Lehnert und Götz Kubitschek warten in Schnellroda auf die Gäste.

Universität, wo ein linker Studentenkongress stattfand. Diese Aktionen hatten den Zweck, die Wirkung unkonventioneller Methoden politischer Kommunikation, wie sie später bei den »Identitären« zu finden sein werden, auszuprobieren. Gleichzeitig wurde jungen, aktivistischen Männern ein Angebot zur politischen Vergemeinschaftung gemacht, das über Lektürekurse und die Fecht- und Trinkrituale der Burschenschaften hinauswies.

Durchbruch mit Sarrazin

Die Reichweite der Aktivitäten des IfS beschränkte sich bis 2010 im Wesentlichen auf das eigene Milieu. Außerhalb der rechtsintellektuellen Blase wurde es von Wissenschaftler*innen und Antifaschist*innen wahrgenommen. Dies änderte sich mit dem Erfolg des Buches »Deutschland schafft sich ab« des ehemaligen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin. Sein Buch versammelte zum Thema Migration und Integration all jene rassistischen Thesen und Deutungsansätze, welche die extreme Rechte bereits seit Jahrzehnten vertritt. Sarrazins Buch öffnete die Tür für die gesellschaftliche Akzeptanz rechter und rassistischer Diskurse. Damit verbunden war eine Erweiterung des Resonanzraumes des IfS. Das Sonderheft der »Sezession«, »Sarrazin lesen« wurde bei Amazon zeitweise gemeinsam mit dem Buch »Deutschland schafft sich ab« angeboten. Noch vor der Gründung der AfD fanden sich zwischen zehn bis fünfzehn Prozent in Umfragen bereit, einer »Sarrazin-Partei« ihre Stimme zu geben. Mit der Gründung der AfD im Jahr 2013 fanden jene, die den Thesen Sarrazins zustimmten, ein parteipolitisches Forum.

IfS und AfD

Die Gründung der AfD wurde im IfS-Umfeld mit skeptischer Sympathie begleitet. Die Euphorie war zunächst wohl deshalb gebremst, weil ein nachhaltiger Erfolg einer Rechtspartei in Deutschland bis dahin nicht gegeben war. Dies änderte sich mit der AfD rasch. Eine Mitgliedschaft in der AfD blieb Götz Kubitschek allerdings vom AfD-Bundesvorstand unter Bernd Lucke verwehrt. Dies hinderte ihn jedoch nicht daran, die extrem rechten Kräfte in und außerhalb der Partei zu sammeln und politisch zu formieren. Der Umgang mit der AfD und deren Bewertung war auch ein Grund für den Bruch mit Weißmann Mitte 2014. Während Weißmann den pragmatischen Versuch der Etablierung einer Partei rechts der Union erkannte, blieb Kubitschek der AfD gegenüber ambivalent.

Björn Höcke wiederum bekundete auf einer Tagung des IfS im November 2015, er empfange in Schnellroda »geistiges Manna«. Nicht zuletzt ist der Geschäftsführer des IfS, Erik Lehnert, mindestens bis März 2019 in der AfD-Bundestagsfraktion und seit Herbst 2019 im Vorstand des Stiftungsvereins der parteinahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« tätig. Im IfS ist man jedoch darauf bedacht, sich nicht in Abhängigkeit von der AfD zu begeben. Die Befürchtung: Die AfD werde durch ihre parlamentarische Institutionalisierung an inhaltlichem Profil verlieren. Vielmehr setzt man auf eine strategische Arbeitsteilung zwischen Partei und rechten Mobilisierungen auf der Straße und im Netz.

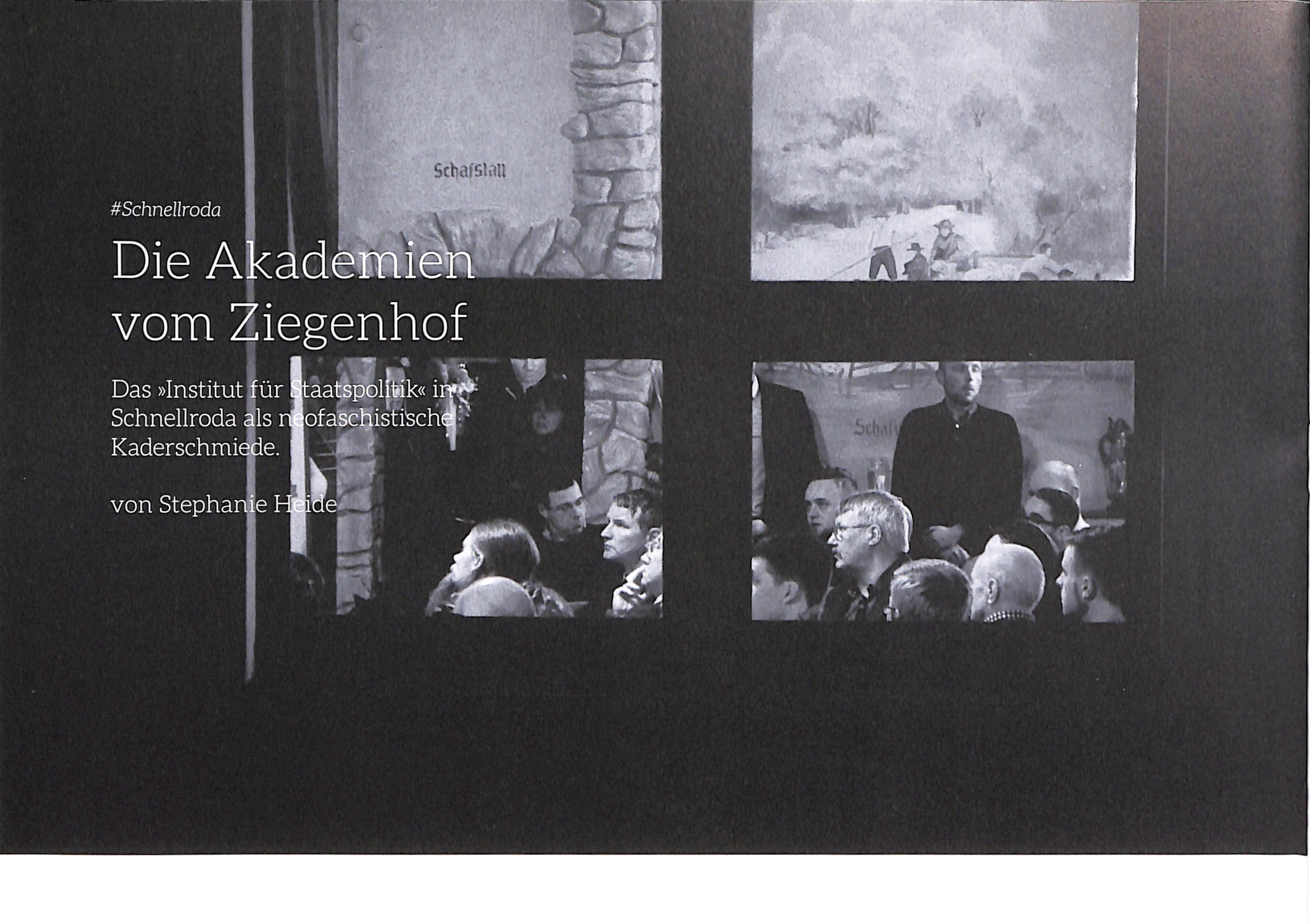
Politische Projekte

Seinen Ruf, das strategische Zentrum der Rechten in Deutschland zu sein, bezieht das IfS aus der Personalie Götz Kubitschek und seiner Betätigung als Ideenscout für neue Formen rechter Organisation. So reisten er und Martin Semlitsch (Lichtmesz) im Jahr 2012 nach Frankreich zu einem Treffen der »Génération Identitaire«, der organisatorischen Keimzelle der »Identitären«. Von dort brachten sie Bausteine für eine neue rechte Jugendkultur mit, die unter anderem von Martin Sellner aufgegriffen wurden.

Initiativen wie die Gründung der rechten Kampagnenagentur »Ein Prozent«, die in der Öffentlichkeit als »größtes patriotisches Bürgernetzwerk« auftritt, werden wiederum von extrem rechten Akteur*innen umgesetzt, für welche die »Akademien« des IfS Vernetzungsplattform und Ideenbörse waren. Ob das rechte Hausprojekt in Halle oder Internetformate wie der Blog »Laut gedacht«: Sie alle sind praktische Auswirkungen der sich in Schnellroda zusammenfindenden Akteure, die dort geschult und vernetzt werden. Doch nicht jedes im Umfeld des IfS entstandene Projekt ist ein Erfolg, wie das Beispiel des Scheiterns der »Identitären« zeigt.

Mythos Schnellroda

In den vergangenen zwei Jahren ist Götz Kubitschek zum viel porträtierten vermeintlichen politischen Outlaw der Republik geworden. Er sei »Vordenker«, »Kopf der Rechten in Deutschland«, »Ideengeber« und »führender Rechtsintellektueller«, um nur einige der ihm zugeschriebenen Attribute zu nennen. Das Magazin »Politico« kürte ihn im Dezember 2019 gar zu einer der wichtigsten politischen Persönlichkeiten im kommenden Jahr. Kubitschek und das IfS geben sich alle Mühe, die Fassade ihrer Aktivitäten in glänzendem Marmor erscheinen zu lassen. Die Selbstinszenierung als feinsinnig-distanzierte Intellektuelle, die den Rechtsruck im Land wohlwollend publizistisch begleiten oder als Ratgeber*innen fungieren, verstellt den Blick darauf, dass das IfS zu einer wichtigen Plattform der extremen Rechten in Deutschland geworden ist. Doch anders als die mediale Wahrnehmung glauben machen will, ist es nicht die zentrale Schaltstelle rechter Strategieplanung. Die mediale Fokussierung auf das Schnellroda-Netzwerk ignoriert, dass es mit der »Bibliothek des Konservatismus«, der Wochenzeitung »Junge Freiheit« und der Zeitschrift »Cato« noch andere Akteure im Umfeld der AfD gibt, die zur rechten Ideologieproduktion beitragen.



#Schnellroda

Die Akademien vom Ziegenhof

Das »Institut für Staatspolitik« in Schnellroda als neofaschistische Kaderschmiede.

von Stephanie Heide

Vom 10. bis 12. Januar 2019 lud das »Institut für Staatspolitik« (IfS) zur mittlerweile »21. Winterakademie« nach Schnellroda, diesmal zum Thema »Lesen«. Die seit 20 Jahren durchgängig stattfindenden »Sommer- und Winterakademien« zählen zum Markenkern des IfS. Anfangs an wechselnden Orten, finden sie seit 2005 in Schnellroda statt. Im Jahr 2000 zogen Götz und Ellen Kubitschek, genannt Kositza, in den sachsen-anhaltischen Ort und etablierten dort zusammen mit Karlheinz Weißmann und anderen das IfS mit dem zugehörigen »Verlag Antaios« und der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift »Sezession«. Seitdem hat sich Schnellroda zur beständigen Schnittstelle der extremen Rechten in der Bundesrepublik bis nach Österreich entwickelt. Hier treffen junge Erwachsene auf langjährig Erfahrene, Theoretiker*innen auf Praktiker*innen und Burschenschafter, (Ex-)Aktivist*innen der »Identitären« und Parteifunktionär*innen – nicht selten in Personalunion – auf Dorfbewohner*innen und Ziegen. Der offizielle Teil der »Akademien« findet im örtlichen Gasthof »Zum Schäfchen« statt.

Vorträge, Vernetzung, Geselligkeit

In seinen Anfangsjahren bediente das IfS eine eher ältliche und unbewegliche Klientel aus dem Milieu von »Junger Freiheit« und Burschenschaften. Kositza brachte es jüngst in einem befreundeten Podcast auf den Punkt: »Die Stock-im-Arsch-Typen waren absolut überrepräsentiert«. Mit jungen ambitionierten Autoren und Referenten wie Martin Semlitsch, alias Lichtmesz, Felix Menzel, Nils Wegner und Benedikt Kaiser bekam Schnellroda jedoch schon Anschluss an jüngere Zielgruppen, bevor »Neurechts« das neue »Nazi« wurde. Ab circa 2012 entwickelten sich die »Akademien« zum Anlaufpunkt der entstehenden »Identitären Bewegung« (IB). 2015 sagte der Leiter der IB, Martin Sellner, dass er und die österreichischen IB-Aktivist*innen schon seit längerem nach Schnellroda kommen. Er nennt den Ort und die »Sezession« ihr »geistiges Zentrum, seitdem wir uns intensiver mit der Neuen Rechten befassen«. In den ersten Jahren fanden die Wochenenden je nach Andrang mit etwa 30 bis höchstens 60 Teilnehmer*innen statt. Mittlerweile sind es 150 Plätze, die an Jugendliche und junge Erwachsene bis 35 Jahren vergeben werden. Glaubt man Kositza, ist das Teilnehmer*innen-Interesse jedoch doppelt so groß. Auch lege das IfS Wert auf Rotation, so dass das Stammpublikum bei nur 20 Prozent liege. Zum festen Referent*innen-Stamm gehören neben Kubitschek und dem Institutsleiter Erik Lehnert auch die Autor*innen Lichtmesz, Wegner und Kaiser sowie Stefan Scheil, Caroline Sommerfeld und Thor von Waldstein. Letzterer war in den 1970er und 1980er Jahren in der NPD aktiv und wandte sich dann verstärkt den Ideen der »Nouvelle Droite« zu. Seitdem ist er als Autor und Referent in einem breiten extrem rechten Spektrum vertreten. Bei der »Winterakademie« 2016 referierte er unter dem Titel »Wir Deutschen sind das Volk« zum »politischen Widerstandsrecht der Deutschen nach Art. 20 IV Grundgesetz«. Zur Erläuterung seines Volksbegriffs bezieht er sich in weiteren Vorträgen auf die extreme Rechte aus Vormärz, Kaiserreich und Weimarer Republik, distanziert sich von Hitler und versucht, den Begriff »aus dem diffusen NS-Zwielicht« herauszulösen. In seiner völkisch-nationalistischen Lesart unterscheidet er sich jedoch nicht von der NPD. Im Januar 2020 steht Waldstein erneut als Referent im »Akademie«-

Veranstaltung in der Gaststätte »Zum Schäfchen« mit Höcke als Gast

Programm, diesmal heißt sein Vortrag »Staat, Volk, Nation«.
Die meisten Teilnehmer*innen interessieren sich jedoch nicht nur für das Vortragsprogramm. In der Mittagspause kann man sich dem Dauerlauf um das Dorf anschließen oder im »Antaios«-Gebäude nach Büchern stöbern. Und abends pflegen die Teilnehmer*innen bei Bier, Gesprächen und Gesang zünftige Geselligkeit. Übernachten können sie unter anderem im »Zum Schäfchen« und auf dem Ziegenhof der Kubitscheks. Nicht zuletzt dieses informelle Zusammenkommen und Vernetzen macht die »Akademien« attraktiv. Für manche weit Angereiste entfaltet auch das Abenteuer »wilder Osten«, wie Lichtmesz es nannte, seinen Reiz. Sonntags ist die Altersbegrenzung in der Regel aufgehoben und dann schauen auch mal AfD-Lokalpolitiker*innen vorbei.
Aufgrund der großen Nachfrage finden seit 2016 auch »Herbstakademien« in Semriach in Österreich statt. Hierbei arbeitet das IfS nach dem gleichen Konzept mit dem »Freiheitlichen Akademikerverband« (FAV) zusammen. Zum Schnellrodaer Bildungsbetrieb gehören neben den »Akademien« zusätzlich noch die seit 2015 zuletzt in Magdeburg stattfindenden »Staatspolitischen Kongresse« sowie die »Staatspolitischen Salons« in Berlin. Längst finden Kongresse, Konferenzen und mehrtägige Seminare jedoch nicht mehr nur seitens des IfS statt. Philip Stein, Burschenschafter und Kleinstverleger, veranstaltete im Oktober 2019 in der »Marburger Burschenschaft Germania« den »2. Jungeuropa-Kongress«. Und die der österreichischen IB nahestehende »Info Direkt« führt bereits seit 2016 den »Kongress Verteidiger Europas« durch. Auch hier vergrößern die »Sezession« und der »Verlag Antaios« ihren Abnehmer*innenkreis, und damit ihre Solvenz und Reichweite.

Viele rechte Burschen

Das IfS ist seit seiner Entstehung eng an das burschenschaftliche Milieu gebunden. In Eisenach gehört der »Deutschen Burschenschaft« (DB) das »Berghotel« am Burschenschaftsdenkmal, in welchem 2002 die »2. Winterakademie« stattfand. Der österreichische Burschenschafter Wolfgang Dvorak-Stocker ist seit 2003 fester Mitarbeiter der »Sezession«. Als Verleger hat er unter anderem 1994 das Buch von Wolf Rüdiger Heß, »Rudolf Heß – Ich bereue nichts« herausgebracht. Er war in Österreich auf mehreren IB-Aufmärschen und tritt als burschenschaftlicher Redner auf. Mit ihm hatte Schnellroda schon früh einen Draht in das Land der »Freiheitlichen Partei Österreichs«, welcher später mit Lichtmesz und Sellner ausgebaut wurde.
Die DB beharrt noch immer auf dem völkischen »Blutsprinzip« als Grundlage von Gemeinschaft. Unter ihrem Dach sammeln sich die habituell akademischen Teile von AfD, »Junger Alternative« (JA), (Ex-) IB, »Ein Prozent«, NPD und weitere extreme Rechte und sind sich in den wesentlichen Punkten einig. Alljährlich treffen sie sich zum »Burschenschaftstag« am Burschenschaftsdenkmal in Eisenach. Der als DB-Pressesprecher auftretende Philip Stein von der »Marburger Burschenschaft Germania« ist als Geschäftsführer von »Ein Prozent« eng mit Schnellroda verbunden. Seinen Einfluss auf die Burschenschaft baut das IfS auch aus, indem es neben Sellner auch ausgewiesene IfS-Referenten wie Kaiser und Waldstein mit Vorträgen durch Burschenschaftshäuser touren lässt.

»Einfluß auf die Köpfe von Mandatsträgern«

»Es geht um Einfluß auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, umso besser", sagte Mitgründer Weißmann 2001 anlässlich der IfS-Gründung. 2015 war Björn Höcke, AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzender in Thüringen sowie Mitgründer von »Der Flügel«, beim »3. IfS-Kongress« zum Thema »Ansturm auf Europa« zu Gast. Er sorgte für Beachtung, als er von »afrikanischen und europäischen Ausbreitungstypen« referierte. Am Rande des Kongresses sagte er: »Es ist bekannt, dass ich engen Kontakt zu Götz Kubitschek habe und geistiges Manna aus der Lektüre von Werken ziehe, die hier in Schnellroda entstehen.« Das lässt vermuten, dass Kubitschek an Höckes politischer Inszenierung nicht unbeteiligt ist.
Für ostdeutsche Anhänger*innen ist Höcke, der seine Zeit als »interessante persönliche, politische Person in diesem Land« noch kommen sieht, die zentrale Integrationsfigur der Partei. Und für den Oberleutnant der Reserve Kubitschek wäre Höcke, der die AfD als »die letzte friedliche Chance für dieses Land« bezeichnet, die perfekte Führungsfigur für eine über einen längeren Zeitraum auf einen Umsturz ausgerichtete Strategie. Seit 2018 ist mit den beiden damaligen AfD-Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen und Alexander Gauland sowie der Co-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Alice Weidel, die gesamte Parteispitze bei IfS-»Akademien« aufgetreten. Bei Gaulands Auftritt im Januar 2019 saßen auch Höcke und der brandenburgische AfD-Chef und prominenter »Der Flügel«-Vertreter Andreas Kalbitz im Publikum.
Auch in der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung« hat das IfS längst mehrere Füße in der Tür. Der Institutsleiter und langjährige Geschäftsführer Erik Lehnert ist 2019 in den Vorstand der Stiftung gewählt worden. Hier bieten sich dem IfS die Möglichkeiten, in noch weit größerem Maß Einfluss auf die »staatsbürgerliche Bildung« zu nehmen. Im Kuratorium dieser Stiftung sitzen gute Bekannte von Lehnert: AfD-MdB Harald Weyel, als dessen Mitarbeiter er bis mindestens März 2019 geführt wurde, der 2014 ausgeschiedene IfS-Mitgründer Weißmann sowie Karl Albrecht Schachtschneider, Mitgründer von »Ein Prozent«. Der IfS-Referent Scheil trat im November als Redner auf einer Stiftungsveranstaltung auf.
Trotzdem beschreibt Lehnert das IfS als »metapolitisch«. In den Köpfen wesentlicher Mandatsträger ist das IfS längst angekommen, doch es geht um mehr: um die Macht im außerparlamentarischen Diskurs. Mit »rechter Metapolitik« und »Ein Prozent« soll eine kritische Masse im sogenannten vorpolitischen Raum aktiviert werden, die verhindert, dass die AfD es sich in den Parlamenten bequem machen könnte. Denn das Ziel der IfS-Aktivist*innen ist ein kompromissloser gesellschaftlicher Umsturz.

#CDU

Flügelflattern

Nach dem »Christlich-Konservativen Deutschlandforum« in den 1990er Jahren und der »Aktion Linkstrend stoppen« ab 2010 ist die 2017 gegründete »WerteUnion« der dritte bundesweite Versuch, die Unionsparteien stärker nach rechts zu rücken.

von Lucius Teidelbaum

Am 17. Juli 2016 wurde von Mitgliedern der Jungen Union und der CDU in Schorndorf der »Konservative Aufbruch Baden-Württemberg e.V.« gegründet. Aus diesem ging im März 2017 ein Verein hervor, der später als »WerteUnion« (WU) auftrat. Neben anderen Ansätzen und Versuchen wie der 2010 gegründeten »Aktion Linkstrend stoppen«, dem »Berliner Kreis«, der ab 2012 an die Öffentlichkeit gegangen ist, den 2016 gegründeten »Konrads Erben« oder dem 2014 gegründeten »Konservativer Aufbruch! CSU-Basisbewegung für Werte und Reisefreiheit!« ist die »WerteUnion« Teil des Bemühens, die Unions-Parteien deutlich rechtskonservativer zu positionieren. Dazu wurde am 7. April 2018 ein »Konservatives Manifest« veröffentlicht, das »eine inhaltliche und personelle Erneuerung von CDU und CSU auf christlich-konservativer und marktwirtschaftlicher Basis« einfordert. Das Manifest tritt »für einen gesunden, weltoffenen Patriotismus ein, der sich bewusst von nationalistischen Parolen abhebt«. Weiterhin wird gefordert: »Die ungesteuerte Zuwanderung nach Deutschland und in unser Sozialsystem [...] abzuwenden.« Behauptet wird, die gestiegene Migration von Geflüchteten »seit 2015 war rechtswidrig und falsch«. Daraus wird abgeleitet: »Eine Aufnahme in Deutschland soll nur subsidiär und bis zu einer Obergrenze von 50.000 Personen im Jahr zulässig sein.« Die Autor*innen sind auch gegen die Gender Studies: »In diesem Zusammenhang sprechen wir uns gegen staatliche Förderung der ideologisch motivierten sogenannten Genderforschung aus.«

Ein Vorbild der »WerteUnion« ist Sebastian Kurz von der »Österreichischen Volkspartei«, obwohl er gar nicht so sehr für ein ausgeprägtes konservatives Profil, sondern eher für einen autoritären Populismus und Personenkult steht. Politisch ist Kurz auch eher ein Pragmatiker, was die Auswechslung seines bisherigen Koalitionspartners, die »Freiheitliche Partei Österreich«, durch die Grünen beweist. Aber Kurz steht für einen Bruch mit dem, was als »Sozialdemokratisierung« umschrieben wird. Die auch von rechten Konservativen gerne bemühte Erzählung von der »Sozialdemokratisierung« der Union trifft in Wahrheit aber nur halb zu, denn sie erwähnt meist nicht die gleichzeitige »Neoliberalisierung« der SPD. Während gesellschaftspolitisch Zugeständnisse an die linksliberalen Milieus gemacht wurden, wurden sie auf ökonomischer Ebene verweigert und der Abbau des Sozialstaates betrieben.

Das Personal

Vorsitzender der »WerteUnion« ist Alexander Mitsch, ein Diplom-Kaufmann aus Plankenstadt bei Heidelberg. Er trat 1985 der CDU bei und war bis Oktober 2019 Beisitzer im CDU-Kreisverband Rhein-Neckar. Mitsch nennt die »WerteUnion« die »Speerspitze der konservativen Bewegung«. Die Mitgliederzahlen seiner Organisation sind steigend, im November 2019 lagen sie laut Eigenangabe bei 3.600 Mitgliedern. Im Vergleich mit den insgesamt 400.000 Mitgliedern in der CDU handelt es sich aber weiterhin nur um eine kleine Minderheit. Landespolitiker*innen suchten immer wieder gezielt ihre Nähe, aber eine offizielle Anerkennung als parteiinterne Gliederung blieb ihr bisher versagt. Einzelne Bundes- oder Landtagsabgeordnete sind Mitglieder oder Sympathisant*innen.

Die Gruppe kann nicht der extremen Rechten zugerechnet werden, sondern ist Teil einer konservativen Rechten. Es existieren bei ihr gute Verbindungen zum pragmatischen Flügel der »Neuen Rechten« um die »Junge Freiheit« (JF) herum. Der stellvertretende Vorsitzende



„Es ist noch viel Luft nach unten“

Ex-Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen will als Stichwortgeber der konservativen WerteUnion eine Politikwende bei der CDU herbeiführen

8 Der Selbständige 12-2019

Screenshot aus der Zeitung »Der Selbständige«

der »WerteUnion«, Hinrich Rohbohm aus Jork (Niedersachsen), ist seit Mai 2008 Reporter für die JF. Er war bis mindestens 2009 CDU-Mitglied und ist weiter Landesvorsitzender der »Christdemokraten für das Leben« in Niedersachsen, der »Lebensschützer«-Lobby in der Union. Inzwischen besitzt die »WerteUnion« in jedem Bundesland einen eigenen Landesverband, die aber in unterschiedlichem Maße aktiv sind. Zunehmend werden auch regionale Gliederungen gegründet.

Seit Anfang 2019 existiert das Halbjahres-Magazin »TAXIS« aus Augsburg, als »Debattenmagazin für den christdemokratischen Konservatismus«. In ihm schreibt auch der emeritierte Professor Werner J. Patzelt (s. drr Nr. 177) aus Dresden. Schon mehrfach hatte er als CDU- und »WerteUnion«-Mitglied seiner Partei empfohlen, am rechten Rand zu fischen.

An der Basis wirkt Rainer Wendt von der »Deutschen Polizeigewerkschaft« (s. drr Nr. 171), dem erst kürzlich nur knapp ein Posten als Staatssekretär in Magdeburg verwehrt werden konnte. Doch nicht alle Mitglieder sind innerhalb der Organisation so unumstritten wie Wendt. Nach einem relativierenden Tweet von Max Otte, dem Vorsitzenden des Kuratoriums der AfD-nahen »Desiderius-Erasmus-Stiftung«, zur Tötung von Walter Lübcke forderte die »WerteUnion« am 19. Juni 2019 den Ausschluss ihres eigenen Mitglieds Otte aus der CDU.

Als strategischer Annäherungsversuch dürften 2019 die Treffen von »WerteUnion« mit dem wiedergewählten sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer und Susanne Eisenmann, Spitzenkandidatin der CDU bei der Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg, gelten. Hintergrund dürfte dabei auch sein, dass sich Mitsch als CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis 40 Schwetzingen/Hockenheim bewerben will. Ob die Unterstützung der Gruppe immer hilft, ist fraglich. Bei der Wahl zum neuen CDU-Bundesvorsitzenden im Dezember 2018 unterstützte sie den knapp gescheiterten Friedrich Merz.

Der Botschafter

Als Botschafter vor den Kameras und Mikrofonen fungiert der Ex-Inlandsgeheimdienst-Chef Hans-Georg Maaßen. Er ist seit 1978 CDU-Mitglied, war vom 1. August 2012 bis September 2018 Präsident des Inlandsgeheimdienstes »Bundesamt für Verfassungsschutz« (BfV) und ist seit Ende Februar 2019 Mitglied der »WerteUnion«. Er tritt als parteiinterner Merkel- und Migrations-Kritiker auf, arbeitet stellenweise mit plumpen Angstgemälden und gibt aber auch gerne den vornehmen Konservativen.

Erbost twitterte er im Juni 2019: »Ich bin vor dreißig Jahren nicht der CDU beigetreten, damit heute 1,8 Millionen Araber nach Deutschland kommen.« Obwohl er durch verschwörungsideologisches Spekulieren seinen Posten verloren hat, raunt Maaßen weiter. Im Interview mit dem Magazin »Der Selbstständige« 12/2019 meint er etwa: »Der Greta-Hype ist eine Kampagne von Hintermännern oder Hinterfrauen, die dieses an Autismus erkrankte Mädchen nach vorne geschoben haben, um bestimmte politische Ziele zu verfolgen.«

Maaßen muss generell zu einer ganzen Reihe von Einzelpersonen gezählt werden, die organisatorisch die Distanz zur extremen Rechten pflegen, aber Teile extrem rechter Ideologie und Mythen sehr wohl adaptiert haben. Damit fungieren sie als Türöffner nach rechts im Diskurs. Thilo Sarrazin war sicherlich der wichtigste Vertreter dieser sehr unterschiedlichen Gruppe. Der ehemalige CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz nannte Maaßen 2019 zu Recht den »Sarrazin der CDU«.

Obwohl die CDU-Führung sich von Maaßen distanzierte, führte dieser in den Landtagswahlkämpfen in Thüringen und Sachsen zusammen mit CDU-Kandidat*innen einen regelrechten Parallel-Wahlkampf. Auch wenn die Veranstaltungen gut besucht waren, ließ sich statistisch kein positiver Effekt für die CDU-Kandidat*innen ermitteln. Maaßen ist nicht der einzige hochrangige Ex-Geheimdienst-Funktionär im Umfeld der Organisation. Am 26. Oktober 2019 trat auf der »Nordkonferenz der WerteUnion« in Buxtehude neben ihm auch Gerhard Schindler auf, der von 2012 bis 2016 Chef des Auslandsgeheimdiensts BND war. Schindler ist seit 1974 Mitglied der »Saarbrücker Burschenschaft Germania«. Den Burschentag von deren neugegründetem Dachverband »Allgemeine Deutsche Burschenschaft« beehrte er 2017 auch mit einer Rede.

Das Bindeglied?

Statt einer echten Hausmacht in der Union verfügt die »WerteUnion« eher über eine Diskursmacht im Sinne einer überproportionalen Wahrnehmung in den Medien.

Ähnlich wie die AfD, schafft sie es über das Prinzip der Provokation immer wieder in die Schlagzeilen. Die Medien springen über so manches Stöckchen, das ihnen diese Gruppierung oder einzelne Vertreter*innen hinhalten. Mitsch wurde so in den letzten Jahren zu dem bekanntesten CDU-Kreisvorstands-Mitglied. Die derzeitige Unionsspitze wird vermutlich vorerst keine nachhaltige »konservative Wende« einleiten, sondern eher ab und zu rechts oder links blinken, um dann weiter geradeaus zu fahren. Es regiert in der CDU-Führung eher der Pragmatismus. Die Union ist und bleibt derzeit der einzig realistische Koalitionspartner der AfD und damit deren Option zur direkten Macht. Es stellt sich die Frage, ob die Union über die »WerteUnion« als Bindeglied künftig in eine Koalition mit der AfD geraten könnte. Kurzfristig scheint das eher unwahrscheinlich. Zum einen gibt es durchaus inhaltlich Trennendes: Der von der »WerteUnion« favorisierte Kanzlerkandidat Friedrich Merz positionierte sich auch recht eindeutig gegen die AfD. Sein ausgeprägter Neoliberalismus widerspricht gleichzeitig auch der »sozialpatriotischen« Linie des Höcke-Flügels. Auch betont die »WerteUnion« ihre Unterstützung der NATO und ihre Verbundenheit mit der EU, während man Russland mit Vorbehalten begegnet. Die Nähe von Teilen der AfD zum Russland unter Putin wird hier eher misstrauisch betrachtet.

Vermutlich auch aus solchen Gründen und angesichts des offenen Rechtsradikalismus von Teilen der AfD plädiert die »WerteUnion« nicht offensiv für eine Koalition mit der Union, sondern eher für eine Minderheitsregierung mit Tolerierung durch die AfD.

Aber vielleicht werden es auch weniger ideologische Überschneidungen sein, die zu einer konservativ-extrem rechten Koalition führen, als mehr pragmatische Gründe des Machterhalts.

»Soll ich meinen Kameraden erklären müssen, dass die vom AfD-Funktionär, dem Faschisten Höcke geforderte »geschichtspolitische Wende um 180 Grad« jetzt staatlicherseits betrieben wird, indem mit fadenscheinigsten Begründungen der Verfolgtenorganisation die materielle Handlungsfähigkeit entzogen wird? Muss ich meinen französischen Kameraden, die den Präsidenten der Republik Frankreich veranlassten, mich als Antifaschisten zum »Kommandeur der Ehrenlegion« zu ernennen, jetzt erklären, dass in Deutschland Antifaschismus nicht gemeinnützig, weil politisch ist?«

Günter Pappenheim
ehemaliger Buchenwald-Häftling Nummer 22514, Vorsitzender Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e. V. anlässlich der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA

Attentat im koscheren Supermarkt

Jersey City / USA. Am 10. Dezember 2019 haben zwei Antisemiten, der 47-jährige David Anderson und die 50-jährige Francine Graham, in einem koscheren Markt um sich geschossen und drei Menschen getötet. Anschließend verschanzten sie sich in dem Gebäude und lieferten sich einen stundenlangen Schusswechsel mit der Polizei, wobei ein Polizist getötet wurde. Auch beide Angreifer starben. »Die Hinweise deuten auf einen Akt des Hasses hin«, sagte der Generalstaatsanwalt von New Jersey, Gurbir Grewal zwei Tage später. Die Tat werde als terroristischer Akt bewertet. Die Profile der beiden in sozialen Medien würden ausgewertet, Berichten zufolge seien dort antisemitische Äußerungen gepostet worden. Der Mann war bereits wegen Verstoß gegen das Waffengesetz inhaftiert und soll in der Vergangenheit der größtenteils antisemitischen und militanten Bewegung »Black Hebrew Israelites« angehört haben.

Folgen der »Causa Ibiza«

Wien / Österreich. Am 12. Dezember 2019 haben die ehemaligen Gemeinderäte der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), Klaus Handler, Dietrich Kops und Karl Baron, »Die Allianz für Österreich« (DAÖ) gegründet. Sie hätten den Kurs der neuen Führung, der die FPÖ »zur Anti-Strache-Partei« mache, nicht mittragen können, erklärte Baron der Presse. Zweck der Parteigründung dürfte sein, dem ehemaligen FPÖ-Chef für ein mögliches Comeback eine politische Heimat bieten zu können. Am darauffolgenden Tag wurde Strache in Abwesenheit vom Parteigericht der FPÖ ausgeschlossen. Der Wiener-FPÖ-Chef Dominik Nepp erklärte in der anschließenden Pressekonferenz, Strache habe »parteischädigendes Verhalten« an den Tag gelegt. FPÖ-Chef Norbert Hofer erklärte, er hoffe, mit dem Ausschluss einen Schlussstrich unter die »Causa Ibiza« ziehen zu können. Strache nahm den Ausschluss zur Kenntnis und erklärte in einer Videobotschaft, er könne sich ein politisches Comeback vorstellen.

Freispruch für »Goldene Morgenröte« gefordert

Athen / Griechenland. Im Prozess gegen Mitglieder der neonazistischen Partei »Chrysi Avgi« hat die Staatsanwaltschaft am 18. Dezember 2019 einen Freispruch gefordert. Parteichef Nikos Michalolakis und weitere hochrangige Funktionäre waren vor mehr als sechs Jahren angeklagt worden, eine kriminelle Vereinigung zu leiten, die insbesondere den Mord an dem Musiker Pavlos Fyssas sowie weitere Gewalttaten zu verantworten habe. Staatsanwältin Adamantia Ekonomou erklärte, es habe einen Mangel an Beweisen für die Anschuldigungen gegeben, dass die Beschuldigten an der Planung oder Ausführung der aufgeführten Verbrechen beteiligt waren, einschließlich der Morde an Fyssas und dem pakistanischen Arbeiter Shazat Luqman im Jahr 2013. Giorgos Roupakias, der den Musiker tötete, habe als Einzeltäter gehandelt, auch die anderen Gewalttaten seien jeweils »isolierte Handlungen« gewesen. Das Plädoyer löste Bestürzung bei den Angehörigen der Opfer und öffentliche Diskussionen aus. Antifaschistische Gruppen haben Protestaktionen angekündigt.

Angriff auf Suppenküche

Warschau / Polen. Eine Gruppe von Neonazis hat am 22. Dezember 2019 in der Warschauer Innenstadt bedürftige Menschen sowie Mitarbeiter einer Hilfsorganisation angegriffen. Freiwillige der Organisation »Food Not Bombs« verteilten vor der »Bratpfanne« genannten Suppenküche Essen und Kleidung für Bedürftige, als sie von den Männern angegriffen und mit »Flüssiggas« attackiert wurden. Auch zufällig vorbeigehende Passant*innen sollen angegriffen worden sein. Berichten zufolge sollen die Neonazis sollen gerufen haben dass sie »Krieg und Hitler« lieben und deswegen gegen die Hilfsaktion seien. »Es gibt keine Zustimmung zu Gewalt und Faschismus. Wir lassen uns nicht einschüchtern und werden weiterhin das tun, was wir tun!«, erklärte Food Not Bombs Warszawa.

Extrem rechter Aufmarsch

Warschau / Polen. Am 11. November 2019 hat zum zehnten Mal der »Marsch der Unabhängigkeit« stattgefunden. Nach Angaben der Organisatoren nahmen 150.000 Menschen teil, die Stadtverwaltung sprach von 47.000. Polnische Flaggen wurden geschwenkt, »Gott, Ehre und Vaterland« und »Polnische Intifada, keine Entschuldigungen« skandiert, die polnische Nationalhymne gesungen sowie Rauchbomben und Feuerwerkskörper in den Nationalfarben Rot und Weiß gezündet. Neben polnischen Neonazis sollen auch internationale Gäste unter den Teilnehmer*innen gewesen sein. Der Aufmarsch stand unter dem Motto »Nimm die ganze Nation in Deinen Schutz«, er wurde von extrem rechten Organisationen ausgerichtet. Der extrem rechte Abgeordnete Krzysztof Bosak nannte den Marsch auf Twitter die »größte patriotische, globalisierungskritische und politisch unkorrekte Kundgebung Europas«.



#Indien

Reinheit per Dekret

von Jörg Kronauer

*Regierungsagenda: Diskriminierung von Muslim*innen institutionalisieren.*

Die Proteste breiteten sich Mitte Dezember in hoher Geschwindigkeit aus. Sie begannen in Assam, griffen binnen kürzester Zeit auf andere Gebiete Nord- und Nordostindiens über, erfassten Mumbai an der Westküste, die südliche Metropole Hyderabad und bald auch die Hauptstadt Delhi: Hunderttausende gingen im ganzen Land wütend auf die Straßen. Mit aller Härte schlugen die Repressionsapparate zu; zahlreiche Demonstrant*innen wurden verletzt, binnen weniger Tage kamen sechs Menschen zu Tode. Tränengasschwaden mischten sich mit dem giftigen Smog der indischen Großstädte. Um die Mobilisierung zu erschweren, schnitten die Behörden 60 Millionen Menschen vom Internet ab. Gegenstand des Konflikts: Das indische Parlament hatte die neue »Citizen Amendment Bill« verabschiedet; sie sieht vor, dass Flüchtlinge aus Afghanistan, Pakistan und Bangladesh leichter als zuvor die indische Staatsbürgerschaft erwerben können sollten. Der Haken an der Sache: Das Gesetz, das einen humanitären Anschein hatte, gilt nur für Hindus, Sikhs und Jains, für Buddhisten, Parsen und Christen. Muslime blieben außen vor. Damit entpuppte sich die »Citizen Amendment Bill«, so sahen es die Demonstrant*innen, als Instrument der hindunationalistischen Regierungspartei BJP zur weiteren Stärkung der Hindu-Dominanz – auf Kosten der indischen Muslim*innen.

Religiöser Nationalismus

Mit der 1980 gegründeten »Bharatiya Janata Party« (»Indische Volkspartei«, BJP) ist in Indien seit Mai 2014 eine Partei an der Macht, die dem Spektrum des indischen Hindunationalismus entstammt. Dessen Grundgedanke ist simpel: Indien sei die exklusive Heimat der Hindus, die das Land seit je bevölkerten und deshalb jetzt den Anspruch geltend machen dürften, es zu kontrollieren. Ziel ist es, die indische Gesellschaft in Abkehr von der offiziellen Gleichbehandlung aller Religionen, wie sie Staatsgründer Jawaharlal Nehru vertrat, stark nach hinduistischen Werten und Normen zu prägen; darauf arbeiteten schon lange vor der Gründung der BJP Organisationen wie etwa die »Rashtriya Swayamsevak Sangh« (»Nationale Freiwilligenorganisation«, RSS) hin, ein Zusammenschluss hindunationalistischer Hardliner. Anhänger*innen anderer Religionen werden untergeordnet; dies gilt vor allem für die 200 Millionen Muslim*innen unter der insgesamt gut 1,3 Milliarden Menschen zählenden indischen Gesamtbevölkerung. Hindunationalist*innen verfolgen dabei die Durchsetzung ihrer Dominanz – zuweilen mit allen Mitteln. Auch Anhänger*innen der BJP waren involviert, als radikale Hindus am 6. Dezember 1992 in der nordindischen Stadt Ayodhya eine berühmte Moschee aus dem 16. Jahrhundert niederrissen, da sie der Ansicht waren, sie sei am Geburtsort des Gottes Rama errichtet worden und müsse einem neu zu bauenden Tempel weichen. In den darauf folgenden Unruhen kamen rund 2.000 Menschen zu Tode. Die Zerstörung der Babri Masjid brachte der BJP damals eine Welle neuer Popularität.

Premierminister Narendra Modi, der die BJP im Mai 2014 zur Regierungspartei machte – das ist sie nun schon zum zweiten Mal nach der Ministerpräsidentschaft von Atal Bihari Vajpayee (1998 bis 2004) – hat es geschafft, die Hindunationalist*innen an der Macht zu etablieren. Er ist lange Zeit sehr populär gewesen; im November 2017 ergab eine Umfrage des Pew Research Center, dass rund 88

Prozent der Inder*innen ein positives Bild von ihm hatten - 30 Prozent mehr als vom damals zweitbeliebtesten Politiker, Rahul Gandhi. Dies ist auch deshalb recht bemerkenswert, weil Modi, ein langjähriges RSS-Mitglied, ursprünglich als BJP-Hardliner galt und diese Einschätzung durch seine Rolle im Zusammenhang mit den blutigen Unruhen Anfang 2002 im westindischen Bundesstaat Gujarat bestätigt wurde. In Gujarat hatte am 27. Februar 2002 ein muslimischer Mob einen Zug attackiert, in dem hindunationalistische Pilger*innen auf der Rückreise aus Ayodyha saßen, wo sie sich für den Bau des Rama-Tempels stark gemacht hatten. 59 Hindus kamen bei dem Angriff zu Tode. In den darauf folgenden Tagen verübten Hindus in Gujarat Pogrome, bei denen laut offiziellen Angaben 790, mutmaßlich jedoch mindestens 2.000 indische Muslim*innen getötet wurden. »Wir können euch nicht helfen«, teilte die Polizei damals um Schutz flehenden Muslim*innen mit: »Wir haben Befehle von oben.« »Oben«, das war der seit Oktober 2001 amtierende Regierungschef von Gujarat, Narendra Modi, der später über die Pogrome urteilte, die Einwohner*innen von Gujarat hätten »unter großen Provokationen« noch »bemerkenswerte Zurückhaltung gezeigt«.

Seit Modi indischer Premierminister ist, befindet sich der Hindunationalismus landesweit im Aufwind. Künstler*innen beklagen eine zunehmende Förderung hindunationalistisch orientierter Kultur; das Kultusministerium unterstützt Bemühungen, die Geschichte, vor allem diejenige des Altertums, im Sinne des RSS umzuschreiben: Die Mythen der religiösen Schriften des Hinduismus wären demnach sachlich zutreffende Historiographie. Im Alltag werden Muslim*innen immer häufiger daran gehindert, ihre Gebete im öffentlichen Raum zu vollziehen. Auch physische Angriffe auf Menschen islamischen Glaubens nehmen zu. Immer wieder trifft die Gewalt Muslim*innen, die von radikalen Hindus verdächtigt werden, in Indien heilige Kühe zu schlachten oder sie auch nur zum Schlachten zu bringen. Allein zwischen Mai 2015 und Dezember 2018 wurden, wie Human Rights Watch recherchierte, mindestens 36 muslimische Inder von Mordbanden gelyncht, die vorgaben, Kühe schützen zu wollen. BJP-Politiker, so hielt die Menschenrechtsorganisation fest, befeuerten das auch noch.

Blaupause Kashmir

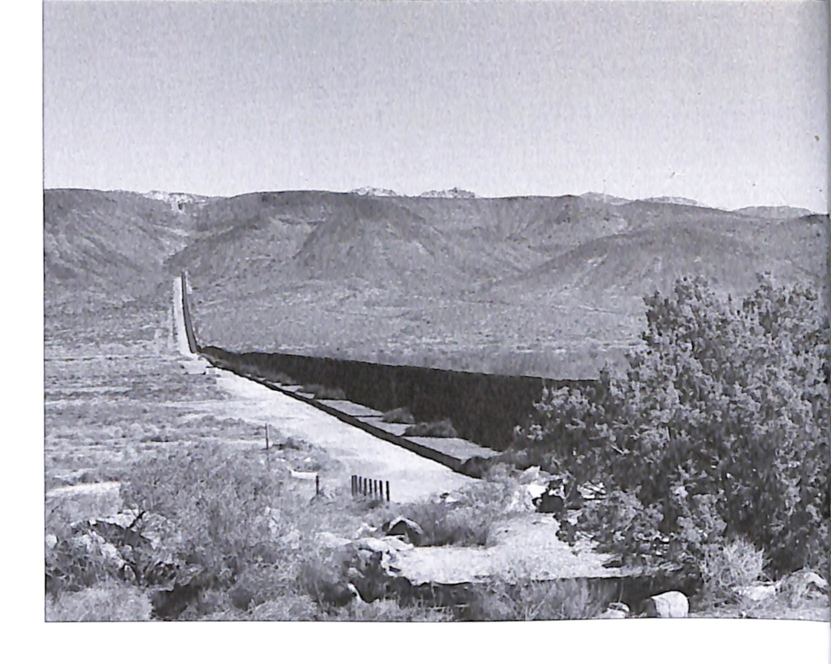
Nach dem jüngsten Wahlsieg der BJP, die ihre Mehrheit bei der Parlamentswahl im April und im Mai 2019 von 282 auf 303 Abgeordnete ausbauen konnte – die Lok Sabha, die erste Kammer des indischen Parlaments, hat 545 Sitze –, ist Modi weiter in die Offensive gegangen. Ein erster Schritt galt Jammu und Kashmir, Indiens einzigem Bundesstaat mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit. Dort tobt seit vielen Jahren ein gewalttätiger Konflikt, in dem sich meist muslimisch geprägte Separatist*innen – darunter Jihadist*innen – sowie meist hinduistisch geprägte Anhänger*innen des indischen Nationalstaats gegenüberstehen. In den Kämpfen dort sind seit 1989 zehntausende Zivilist*innen sowie eine Vielzahl Aufständischer, Soldat*innen und Polizist*innen ums Leben gekommen. Am 5. August 2019 schnitten die indischen Behörden Jammu und Kashmir von der Außenwelt ab, kappten Mobilfunk- und Internetverbindungen, ließen beinahe 4.000 Oppositionelle inhaftieren, darunter hochrangige Politiker*innen, und hoben die traditionelle Autonomie des Gebiets auf, das am 31. Oktober offiziell zum »Unionsterritorium« erklärt wurde. Die BJP-Regierung will den neuen, direkten Zugriff nutzen, um das Gebiet für den Landerwerb und wohl auch für die gezielte Ansiedlung von Hindus zu öffnen. Auf lange Sicht soll das bislang muslimisch geprägte Kashmir hinduistischer Dominanz unterworfen werden. Ende Oktober 2019 bekam Modi Unterstützung durch den Besuch von Abgeordneten des EU-Parlaments. 22 der 27 Besucher*innen waren Mitglieder der im EU-Parlament vertretenen extrem rechten Parteien wie des »Rassemblement National«, der »Prawo i Sprawiedliwość«, der »Brexit Party«, der »Lega«, der »Alternative für Deutschland«, des »Vlaams Belang« und »VOX«. Diese Parteien vertreten eine strikte Anti-Immigrationspolitik und Anti-Islam-Politik.

Ebenfalls im Schatten des Himalayas, allerdings nicht im Nordwesten, sondern ganz im Nordosten des Landes, in Assam, findet eine zweite Großoperation der BJP-Regierung statt. Assam, in Europa meist nur wegen seines Tees bekannt, ist der indische Bundesstaat mit dem zweitgrößten Anteil an Muslim*innen; mehr als ein Drittel seiner Bevölkerung hängt dem islamischen Glauben an. In der Region gibt es seit jeher eine gewisse Einwanderung aus dem angrenzenden, muslimisch dominierten Bangladesh, die in der Bevölkerung nicht selten auf Ablehnung stößt. Die BJP, die seit Mai 2016 den Bundesstaat regiert, hat sich der Sache angenommen und ein Update des »National Register of Citizens« durchgesetzt, in dem sämtliche Einwohner*innen Assams mit indischer Staatsbürgerschaft verzeichnet sind – jedenfalls theoretisch. Real sind von Assams gut 32 Millionen Einwohner*innen 1,9 Millionen nicht registriert; sie stehen nun im Verdacht, nicht legalisierte Einwanderer*innen aus Bangladesh zu sein. Die indische Regierung gibt an, gegenwärtig seien bereits annähernd 1.000 »Ausländer« in sechs Lagern in Assam interniert. Berichten zufolge lassen die Behörden weitere Lager für eine gewaltige Zahl an »Ausländern« errichten. Prinzipiell sind nicht legalisierte Einwander*innen von der Abschiebung bedroht.

Das ist nun aber der Punkt, an dem eigentlich die neue »Citizen Amendment Bill« ansetzt. Denn die 1,9 Millionen Einwohner*innen Assams, die nicht im »National Register of Citizens« verzeichnet sind, sind zwar ganz überwiegend Muslim*innen; allerdings zählen zu ihnen auch zehntausende Einwanderer*innen aus Bangladesh. Sie können nun geltend machen, vor der Verfolgung aus Bangladesh geflohen zu sein, und entsprechend dem neuen Gesetz Antrag auf Verleihung der indischen Staatsbürgerschaft stellen. Die Muslim*innen unter den 1,9 Millionen können das nicht. Das Update des »National Register of Citizens« in Verbindung mit der »Citizen Amendment Bill« sorgt also letztlich dafür, dass alle Hindus im Land bleiben dürfen, während viele Muslime es perspektivisch verlassen müssen. Wie in Kashmir zielt die BJP-Politik auch in Assam darauf ab, die Prägung des Bundesstaates durch Hindus zu verstärken.

Modell für ganz Indien

Und: Indiens BJP-Innenminister Amit Shah, der im RSS sozialisiert wurde, hat bereits vorgeschlagen, ein »National Register of Citizens« nach Assams Modell für ganz Indien zu erstellen. Damit könne man sicherstellen, erläuterte er Anfang Dezember, »dass wirklich jeder Eindringling identifiziert und aus Indien ausgewiesen wird« – vielleicht schon bis 2024. Dafür, dass es ausschließlich Muslim*innen trifft, sorgt die »Citizens Amendment Bill«. Das Gesetz habe in Verbindung mit dem geplanten Einwohnerregister »das Potenzial, Indien in ein Mehrheits-Gemeinwesen mit abgestuften Bürgerrechten zu verwandeln«, warnte im Dezember die bekannte Soziologin Niraja Gopal Jayal von der Jawaharlal Nehru University in New Delhi gegenüber der BBC. Von einer »Delegitimierung der Staatsbürgerschaft von Muslimen« sprach Mukul Kesavan, ein indischer Historiker und Publizist; die BJP-Agenda ziele darauf ab, die Diskriminierung von Muslim*innen offen »zu institutionalisieren«. Die hindunationalistische Ideologie würde damit soziale Realität.



#Trump

Drei Jahre des Grauens

Donald Trump beherrscht mit seiner Außenpolitik die Schlagzeilen. Innenpolitisch sieht sich eine zunehmend radikalisierte Rechte durch ihn zu Gewalt bis hin zum Mord ermächtigt. Aber auch in anderen Bereichen hat Trump erzielte Fortschritte rückgängig gemacht.

von Carl Kinsky

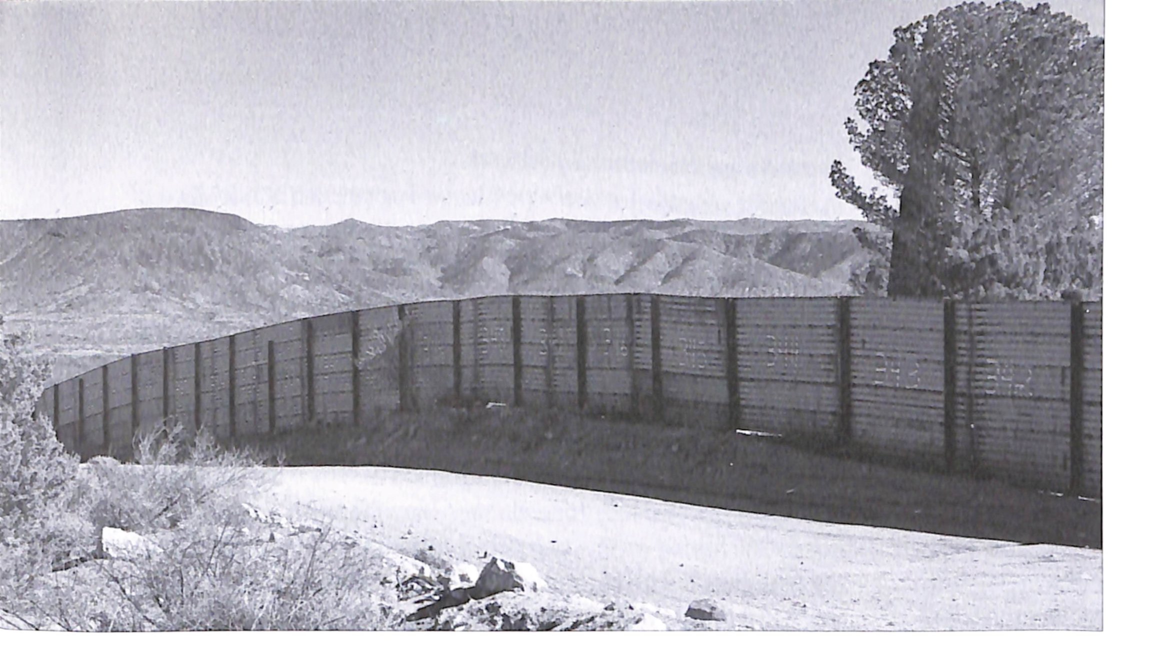
»Sie bringen Drogen, sie bringen Kriminalität, sie sind Vergewaltiger«, sagte Donald Trump über Menschen, die aus oder durch Mexiko in die USA einwandern und eröffnete mit diesen rassistischen Stichwörtern seinen Präsidentschaftswahlkampf. Seine restriktivere Einwanderungspolitik zielt einerseits auf die Reduzierung der Zahl an Einwanderer*innen insgesamt, andererseits auf eine Wiederbelebung der rassistischen Einwanderungspolitik der 1920er bis 1960er Jahre. Symbolisch dafür steht sein Versprechen, die seit den 1990er Jahren errichteten Sicherheitszäune an der Grenze zwischen den USA und Mexiko zu einer undurchdringbaren Barriere auszubauen.

1924 wurde ein Einwanderungsgesetz verabschiedet, das die Einwanderung von Menschen aus Ostasien verbot und ein rassistisches Quotensystem einführte, das »weiße« Einwanderer*innen aus Nord-, West- und Mitteleuropa bevorzugte, um eine »weiße Nation« zu erhalten und die befürchtete »Überflutung« des Landes durch »nicht-weiße« Menschen abzuwenden. Erst 1965 wurde das Einwanderungsrecht reformiert, das rassistische Quotensystem abgeschafft und die Privilegierung des Familiennachzugs eingeführt. Seitdem wandern deutlich mehr nicht-weiße Menschen in die USA ein und tragen zum demografischen Trend bei, was bedeutet, dass Weiße in naher Zukunft nicht mehr die absolute Mehrheit der Bevölkerung stellen werden. Diese Entwicklung wollen »white supremacists« mit allen Mitteln verhindern.

Trump geht es vor allem darum, Einwanderung insgesamt zu reduzieren, Familiennachzug und das ius solis abzuschaffen, das heißt den automatischen Erwerb der Staatsbürgerschaft durch die Geburt in den USA. Letzteres ist Grundlage der historischen Anerkennung der Staatsbürgerschaft von nicht-weißen Menschen, darunter Afro-Amerikaner*innen, amerikanische Indianer*innen und Einwanderer*innen aus Ostasien.

Insgesamt wurden alle Einwanderungsprozesse in die USA durch die Einführung neuer Hürden verlangsamt. Um »die Nation vor ausländischen Terroristen« zu schützen, wurde 2017 per Dekret die Einreise aus sieben Ländern erschwert oder sogar untersagt. Darunter vor allem mehrheitlich muslimische Länder wie Syrien, Jemen, Somalia, Libyen und Iran. Bereits 2015 hatte Trump im Wahlkampf gefordert, die Einreise von Muslim*innen in die USA komplett zu verbieten. Die jährliche Aufnahme von anerkannten Flüchtlingen durch Programme der UNO ist reduziert worden, für 2020 wurde eine Obergrenze von 18.000 Personen festgelegt. Seit Jahren war die Zahl der Migrant*innen und Asylsuchenden an der Grenze zu Mexiko rückläufig, allerdings ist diese seit 2017 wieder stark angewachsen: Zwischen Oktober 2018 und September 2019 wurden mehr als 850.000 Menschen an der Grenze verhaftet, darunter zu zwei Dritteln Familien und unbegleitete Minderjährige, vornehmlich aus Guatemala, Honduras, El Salvador und Mexiko. Um dies zu unterbinden, hat die Regierung im Juli 2017 begonnen, selbst Kleinkinder von ihren Familien zu trennen: Über 5.400 Kinder wurden ihren Familien entrissen und unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert und misshandelt, indem sie in überfüllte Käfige gesperrt wurden, in denen es an allem mangelte, von Decken hin zu Windeln und Zahnpasta. Zugleich nutzten Beamt*innen diese Kinder als Druckmittel gegen ihre Eltern, damit diese »freiwillig« wieder ausreisten. Diese Praxis wurde auch nach richterlicher Unterbindung im Juni 2018 fortgesetzt, einige der betroffenen Familien sind trotz rechtlicher Verpflichtung nicht wiedervereint worden. Zusätzlich führte die Regierung noch sehr niedrige Quoten ein für die Anzahl der Asylanträge, die pro Tag gestellt werden können; seit Dezember 2018 wurden daher knapp 20.000 Menschen nach Mexiko abgeschoben, wo Zehntausende bereits an der Grenze ausharren. Ein Dekret, das Asylgesuche verbietet, wenn die Person über »sichere Drittstaaten« einreist und auf die Verunmöglichung von Asylanträgen abzielt, befindet sich noch in juristischer Aushandlung. Trump nutzte die Einwanderungspolizeibehörde ICE (»Immigration and Customs Enforcement«), um weitreichendere Razzien gegen Personen ohne gültige Aufenthaltspapiere durchzuführen. In Zukunft möchte die Regierung von fast allen festgesetzten Einwanderer*innen DNA-Proben entnehmen und sie in die Datenbanken der Bundespolizei aufnehmen.

Besonders einflussreich in der Einwanderungspolitik waren der ehemalige Justizminister Jefferson »Jeff« Sessions und Trumps Berater Stephen Miller. Miller war Kommunikationsdirektor von Sessions und eng mit »Breitbart News« verbunden, bevor er Trumps Wahlkampf unterstützte. Er konzipierte in weiten Teilen die Maßnahmen, während Sessions sie auf Trumps Anweisung hin umsetzte. Miller geriet zuletzt in die Kritik, da geleakte E-Mails belegen, dass er »Das Heerlager der Heiligen« (1973) von Jean Raspail bei »Breitbart« anpries – ein rassistischer Roman, der von einer »Invasion« Europas durch





Die US-Grenze zu Mexiko

nicht-weiße Migrant*innen handelt und eine zentrale rassistische Mär der zeitgenössischen extremen Rechten darstellt.
Allerdings wird die menschenverachtende Einwanderungspolitik der US-Regierung im Rahmen von Dekreten und Direktiven umgesetzt, eine nachhaltige Veränderung durch die Einführung neuer Gesetze konnte noch nicht erreicht werden. Somit können alle Maßnahmen von nachfolgenden Regierungen widerrufen werden. Auch sein Versprechen, eine undurchdringbare Barriere zwischen den USA und Mexiko zu schaffen, ist bisher im Sande verlaufen.

»Religionsfreiheit« statt Menschenrechte

Trumps Präsidentschaft wäre ohne die Unterstützung der einflussreichen evangelikalen Rechten nicht möglich. So wurde er nicht nur von circa 80 Prozent der Evangelikalen gewählt, die 2016 ihre Stimme abgaben, sondern er ernannte mit Mike Pence einen evangelikalen Hardliner zu seinem Vizepräsidenten (s. drr Nr. 170). Der größte Erfolg der Regierung war die Ernennung von zwei konservativen Richtern am Obersten Gerichtshof, mit denen eine konservative Mehrheit für die nächsten Jahrzehnte garantiert wurde: Neil Gorsuch (2017) und Brett Kavanaugh (2018). Beide entschieden in der Vergangenheit bereits im Sinne der christlichen Rechten. Da das Abtreibungsrecht in den USA lediglich durch einen Gerichtsentscheid von 1973 garantiert wird, kann dieser auch jederzeit vom Obersten Gerichtshof widerrufen werden. Die Strategie rechter Evangelikaler zielt darauf ab, dass in den nächsten Jahren durch Berufungsprozesse zu ihren Gesetzen in einzelnen Bundesstaaten, die den Zugang zu Abtreibungen zu verunmöglichen versuchen, eine Aufhebung des Rechts auf Abtreibung erreicht wird. Unwahrscheinlich ist diese Entwicklung bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen nicht, ebenso bedroht ist die gleichgeschlechtliche Ehe.
Obwohl Trump sich im Wahlkampf als Unterstützer der Rechte von FLTI* (FrauenLesbenTransIntersex*) ausgab, setzte sich seine Regierung durchgehend für deren Aberkennung ein. Viele Direktiven der Regierung von Barack Obama, die Diskriminierungsverbote gegen FLTI* in Leitlinien der Bundesregierung vorsahen, wurden aufgehoben. Im Wesentlichen geht es dabei um Verbote der Diskriminierung bei der Einstellung von Mitarbeiter*innen sowie um den Zugang zu sozialen und medizinischen Leistungen. Hierbei wurde nach dem Grundsatz rechter Evangelikaler argumentiert: Bei der Benachteiligung von FLTI*-Personen gehe es um die Bewahrung der »religiösen Freiheit« von Christ*innen. Hier zeigte sich aber auch Widerstand gegen die Maßnahmen der Regierung: Obwohl Trump gerne alle Trans*-Personen aus dem US-Militär verbannen würde, wird dieses Direktiv bisher weitestgehend nicht umgesetzt, die Nationalgarden mehrerer Bundesstaaten verweigern dessen Umsetzung komplett.

Umweltpolitik für Großkonzerne

Trump leugnete schon vor seiner Präsidentschaft den menschengemachten Klimawandel. Diese Leugnung findet vor allem aus ökonomischen Erwägungen statt. Die Umweltpolitik der Trump-Regierung zielt daher vor allem auf die Abschaffung von Umweltschutzmaßnahmen. Parallel dazu finanzierten Großkonzerne und Großindustrielle allein zwischen 2003 und 2010 mit mehr als 550 Millionen US-Dollar Organisationen, die den menschengemachten Klimawandel leugnen. Die wichtigsten Geldgeber waren der Ölkonzern ExxonMobil und Koch Industries, ein Unternehmen, das auf chemische Weiterverarbeitungsprozesse spezialisiert ist. Die Mehrheitseigner von Koch Industries, Charles und der verstorbene David Koch, finanzieren seit Jahrzehnten die rechtslibertäre Bewegung in den USA, vor allem durch das »Cato Institute«. Ebenso leugnen viele christliche Fundamentalist*innen, darunter rechte Evangelikale, den menschengemachten Klimawandel, da allein Gott das Klima beherrsche.
Mit Scott Pruitt ernannte Trump zunächst einen rechten Evangelikalen zum Umweltminister, der in Interviews von der Notwendigkeit der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes aus einer »biblischen Weltsicht« sprach. Nachdem Pruitt im Juli 2018 nach andauernden Skandalen und einem verlorenen Machtkampf mit Jeff Sessions zurücktreten musste, übernahm mit Andrew Wheeler ein ehemaliger Lobbyist der Kohleindustrie das Amt. Beide setzten bisher vorbehaltlos Trumps konzernfreundliche Umweltpolitik um.
Die Regierung setzte beispielsweise trotz aller Gefahren die Dakota Access Öl-Pipeline durch, öffnete bisher geschützte Gebiete für Öl- und Gasbohrungen, erlaubte in größerem Umfang Methan- und Fluorkohlenwasserstoffemissionen, hob Wasserschutzstandards bei Fracking auf Gebieten der Bundesregierung und in Indianerreservaten auf, genehmigte die Nutzung von seismischen Luftkanonen bei Ölbohrungen im Ozean und reduzierte die Kompetenz der Environmental Protection Agency (Umweltministerium), Regularien umzusetzen oder gar Untersuchungen durchzuführen. Die Regierung plant, Naturschutzgebiete stark zu reduzieren, um diese Gebiete für Öl- und Gasförderung sowie Fischerei freizugeben. Zuletzt wandte sich die Atom-Lobby an Trump mit der Bitte, den heimischen Uranabbau wieder mit staatlichen Geldern zu subventionieren. Das bisher einzige Hindernis für diese Umweltpolitik bilden erfolgreiche Klagen von Umweltverbänden, allerdings werden diese nicht ausreichen, um die Maßnahmen der Regierung wesentlich einzudämmen.

#Kanada

Parteien und Netzwerke

von Martin Theriault

Die extreme Rechte hat in Kanada eine lange Geschichte und bekam durch die die Islam-Feindschaft der letzten Jahre einen deutlichen Schub. Nach inner- und außerparlamentarischen Debatten und der Verabschiedung einer symbolischen Erklärung gegen Islamfeindlichkeit durch die kanadische Regierung im Jahr 2017 nahmen extrem rechte Aktivitäten spürbar zu.

Im Oktober 2019 fanden die Wahlen zum kanadischen Unterhaus statt. Die »Liberal Party of Canada« (»Liberale Partei Kanadas«, LPC) unter Premierminister Justin Trudeau sicherte sich ihre zweite Amtszeit – mit einer Minderheitsregierung. Die sozialdemokratische »New Democratic Party« (»Neue Demokratische Partei«, NDP) verlor zwar Stimmen in bedeutenden Teilen des Landes, hält aber als Mehrheitsbeschafferin das Kräftegleichgewicht im nationalen Parlament in Ottawa.

Obwohl die »Conservative Party of Canada« (»Konservative Partei Kanadas«, CPC) in den ölproduzierenden Regionen Westkanadas große Unterstützung fand, konnte sie die Machtfrage letztlich nicht für sich entscheiden. Der nationalistische »Bloc Québécois« (BQ) entsendet sogar 32 Abgeordnete aus Québec ins Unterhaus nach Ottawa. Während des Wahlkampfes versuchte der BQ seine separatistische Ausrichtung herunterzuspielen und fuhr eine massive nationalistische Kampagne, um sich als alleinige Stimme der französischsprachig dominierten Provinz zu inszenieren.

Die Kampagne unterstützte auch ein Gesetz der alleinregierenden Regionalpartei »Coalition Avenir Québec«, das Angestellten im Öffentlichen Dienst das Tragen religiöser Symbole verbietet und die Interessen gegenüber der Bundesregierung stärken soll. Kritiker*innen monieren, dies sei lediglich ein Vorwand, um Kopftücher aus Schulen und Behörden zu verbannen.

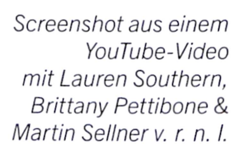
Vehikel für Hass und Neonazis

Die extrem rechte »People's Party of Canada« (»Volkspartei Kanadas«, PPC) erhielt bei den Unterhauswahlen nur 1,6 Prozent der Stimmen. Gründer und Vorsitzender Maxime Bernier ist ein konservatives Urgestein und schuf diese neue Partei nach seinem Ausstieg aus der CPC im August 2018. Im Wahlkampf bediente er die Themen der extremen Rechten: nationale Identität, Einwanderungsstopp, Leugnung des Klimawandels oder Verbalangriffe auf Ureinwohner*innen. Dadurch befeuerte die PPC nicht nur den Hass in sozialen Medien, sondern entwickelte sich auch zum Sprachrohr neofaschistischer Gruppen wie der »Proud Boys«, »Soldiers of Odin«, »Northern Guard« und »Yellow Vest Brigade«. So sind mehrere führende Neonazis mittlerweile Aktivist*innen der PPC.

Die Haupterrungenschaft der PPC war es, an TV-Duellen der Spitzenkandidat*innen teilzunehmen. Obwohl die Partei mehr oder weniger bedeutungslos ist, gaben die Massenmedien der PPC eine Plattform, auf der sie ihren Rassismus und ihre Verschwörungstheorien verbreiten konnte.

Netzwerke und internationaler Austausch

In Québec gingen »La Meute«, »Storm Alliance« und »Federation of old-stock Quebecers« (»Vereinigung der alteingesessenen Quebecers«, FQS) geschlossen für »Identität« und gegen Einwanderung auf die Straße. »Pegida Canada« formierte sich, genau wie »Soldiers of Odin«, die ihren deutschen, schwedischen und finnischen Vorbildern nacheifern. Ein anti-muslimisches Netzwerk begann sich unter dem Dach von »Act for Canada« zu organisieren, einem Ableger von »Act for America« im Nachbarland (s. drr Nr. 161). Das Netzwerk hat enge Verbindungen zu Robert Spencer von »Jihad Watch« in den USA sowie zu Pamela Geller, der Präsidentin von »Stop the Islamization of America«. Gleichzeitig weitete sich der internationale Austausch aus. Bei der Europatour von Robert Spencer waren einige Kanadier*innen mit von der Partie. Die selbsternannte Nationalistin Faith Goldy posierte auf einem Foto mit dem Logo der Gruppierung »ID Canada«, die sich auf die europäische IB bezieht. Und die Social-Media-Aktivistin





Screenshot aus einem YouTube-Video mit Lauren Southern, Brittany Pettibone & Martin Sellner v. r. n. l.

Lauren Southern zeigte sich gern mit dem »Identitären«-Internetsternchen aus den USA, Brittany Pettibone, und führte ein Interview mit ihrem Lebensgefährten Martin Sellner von der IB in Österreich.

Das zentrale ›Meinungsmedium‹ der Szene in Kanada ist »The Rebel Media«, das immer wieder den Schulterschluss zur europäischen Rechten sucht. Die Internetplattform interviewte unter anderem den niederländischen Rechtsaußenpolitiker Geert Wilders von der »Partij voor de Vrijheid«, berichtete über den mehrfach verurteilten Briten Tommy Robinson und zeigte eine Reportage mit Janice Atkinson, ehemals Mitglied der Anti-EU-Partei UKIP in Großbritannien. Auch Gavin McInnes, dem Gründer der »Proud Boys«, wurde eine Bühne geboten und sogar ein hochrangiger Mitarbeiter des CPC-Vorsitzenden Andrew Scheer sprang auf den Zug auf: Sein Kampagnenmanager war Mitbegründer des Portals.

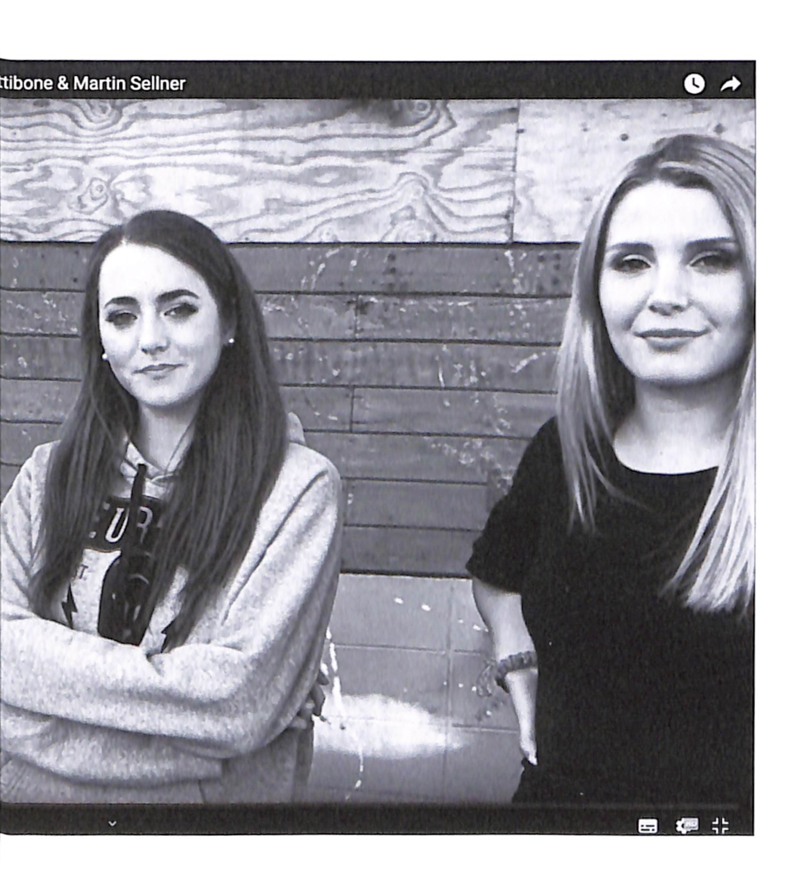
Nach der »Unite the Right Rally« im August 2017 in der US-Stadt Charlottesville bekam die Popularität von »The Rebel Media« aber einen empfindlichen Dämpfer. Denn obwohl nach dem Aufmarsch ein

Teilnehmer bei einer Fahrzeugattacke (s. drr Nr. 168) eine 32-jährige Gegendemonstrantin ermordete, bezeichnete das Portal die offenkundigen Neonazis als »Patrioten«.

Mobilisierung gegen Migration

Die Saat von Hass und Hetze ging auf. Neben Islamfeindlichkeit war die Ablehnung des UN-Migrationspaktes das zweite einigende Moment der gesamten Rechten im Land. Sogar die »Konservative Partei Kanadas« stellte im Unterhaus einen Antrag, um die Unterzeichnung der Vereinbarung durch die kanadische Regierung im Dezember 2018 zu verurteilen.

Zuvor mobilisierte »Act for Canada« zu einer Kundgebung auf Ottawas sogenanntem Parlamentshügel für »alle Patrioten, gegen die UN und offene Grenzen«. Zwar kamen nur 200 Anhänger*innen zusammen, doch es war ein Stelldichein zahlreicher extrem rechter



Vereinigungen wie der »Canadian Combat Coalition« und »Canadian Nationalist Party«. Der PPC-Vorsitzende Maxime Bernier sagte in letzter Minute ab, augenscheinlich um Schaden von seiner Partei abzuwenden. Dafür war der skandalträchtige Gründer der dänischen Splitterpartei »Stram Kurs« zu Gast.

Vorbereitung für den »Rassenkrieg«

Obwohl die Rassist*innen und Neonazis von der Stimmungsmache in Parlament und Gesellschaft profitieren könnten, sind einige mit sich selbst beschäftigt. »La Meute« zeigt Auflösungserscheinungen und die »Storm Alliance« steckt in einer Führungskrise. Derweil etabliert sich in Québec mit »Atalante« eine RechtsRock-Organisation mit Verbindungen in die USA und nach Europa. Regelmäßig reist sie zu Konzerten von »Casa Pound« in Italien.

Parallel dazu entsteht ein bewaffnetes Untergrundnetzwerk. Dazu gehört die »III%ers«-Miliz, die mit kleinen Einheiten zusammenarbeitet und sich auf einen »Rassenkrieg« vorbereitet. Mit dem »Northern Order« besteht eine Verbindung zu der »Atomwaffen Division« (AWD) in den Vereinigten Staaten (s. drr Nr. 173).

Mittlerweile aufgeflogen ist »The Base«. Ein Journalist hatte aufgedeckt, dass ein Mitglied der Gruppe Offizier und Sprengstoffspezialist der kanadischen Armee war. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung wurden in seinem Haus große Mengen Schusswaffen beschlagnahmt. Er selbst setzte sich wohl in die USA ab und soll mithilfe der AWD untergetaucht sein.

Durch den Hack des Forums »Iron March«, in dem sich weltweit Neonazis und mutmaßliche Rechtsterrorist*innen austauschten, wurde im November 2019 aufgedeckt, dass auch Gabriel Sohier Chaput aus Montreal in dem Portal aktiv war. Er schrieb außerdem auf den Internetseiten »Daily Stormer« und »Stormfront«. Zusammen mit rund zehn Mitgliedern von »Identity Canada« marschierte er 2017 mit durch Charlottesville. Aktuell ist er auf der Flucht, da ein Haftbefehl wegen Hasspropaganda gegen ihn erlassen wurde.

Dunkle Wolken am Horizont?

Bei all ihren Aktivitäten ist die extreme Rechte auf dem großen politischen Tableau bedeutungslos. Ein Grund, weswegen die Szene immer wieder nach Europa blickt. In den Monaten vor der Unterhauswahl im vergangenen Jahr hatten sie die »Gelbwesten« für sich entdeckt und machten Stimmung gegen höhere Benzinpreise. Mit einem »United we roll«-Konvoi von der Westküste zur Hauptstadt Ottawa im Osten Kanadas versuchten sie vergeblich, mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen. Trotz der ausführlichen Berichterstattung in den großen Medien nahmen nur wenige Anhänger*innen teil. Dennoch wollten alle Rechten von der Kampagne zehren und so ließ sich nicht nur der PPC-Führer, sondern auch die Spitze der CPC und sogar Faith Goldy auf der Kundgebung vor dem Parlament blicken.

Auch wenn die extreme Rechte bei den Wahlen keine direkte Rolle spielt, sind ihre Themen populär. Vor allem die Einschränkung religiöser Freiheiten steht ganz oben auf der Tagesordnung und die Anti-Abtreibungsbewegung konnte über die »Konservative Partei« zahlreiche Vertreter*innen ins Parlament schicken. Gruppen wie »Ontario Proud«, »Canada Proud« und »Quebec Proud« erhielten im Wahlkampf massive Unterstützung für ihre autoritäre Propaganda auf Facebook und beim Klinkenputzen, insbesondere von Unternehmen aus der Bauwirtschaft. Regelmäßig sprechen die großen Tageszeitungen die Sprache einer nationalistischen oder chauvinistischen Agenda.

Die rechte Regionalregierung in Québec will die »Francisierung«. In der Provinz New Brunswick ist eine rechtskonservative Minderheitsregierung an der Macht, die auf die Unterstützung der »People's Alliance« angewiesen ist, die wiederum Zweisprachigkeit ablehnt. In Westkanada – den reichen ölproduzierenden Provinzen Alberta und Saskatchewan – regieren mit der »United Conservative Party« beziehungsweise der »Saskatchewan Party« jeweils rechtspopulistische Parteien. Zudem zeichnet sich die Formierung der »Western Alienation« ab, einer Bewegung im Westen des Landes, die eine Loslösung von Kanada anstrebt. Angesichts dessen darf der Einfluss von Rechts auf politische Entscheidungen im kanadischen Parlament und in den Provinzen nicht unterschätzt werden.

#Konfederacja

»Hier ist Polen, nicht Israel!«

von Jos Stübner

Das im Herbst 2019 neugewählte polnische Parlament ist nicht nur bunter, sondern vor allem auch brauner. Auch wenn nach vierjähriger Abwesenheit wieder eine nominelle Linke im Sejm, einer Kammer des polnischen Parlaments, vertreten ist. Jarosław Kaczyńskis autoritär-nationalistische »Prawo i Sprawiedliwość« (»Recht und Gerechtigkeit«, PiS) besitzt aber weiterhin die absolute Mehrheit. Und mit der »Konfederacja« hat zudem ein neues, extrem rechtes Parteienbündnis Einzug ins Abgeordnetenhaus gehalten. Ihren Wahlerfolg von fast sieben Prozent der Stimmen feierten sie gemeinsam mit einer Delegation der »Alternative für Deutschland« (AfD). Und während im Nachbarland in NS-Diktion gerne zum Angriff auf die »Altparteien« geblasen wird, erklären die Konföderierten, das System der »Viererbande« – damit sind die im Sejm vertretenen Parteien PiS, »Bürgerplattform« (PO), »Bauernpartei« (PSL) und »Sozialdemokraten« (SLD) gemeint – der übrigen »eurosozialistischen« Parteien zerschlagen zu wollen.

Rechte Sammlung

Bei der »Konfederacja« handelt es sich um ein heterogenes Koalitionskonstrukt, in dem sich der in den letzten Jahren zunehmend offen gegen PiS gerichtete Kurs der extremen Rechten auf parlamentarischer Ebene manifestiert (s. drr Nr. 173). Seit Ende 2018 haben unter diesem Vorzeichen ganz unterschiedliche Lager zu einer gemeinsamen Formation zusammengefunden. Dazu gehört zunächst »Ruch Narodowy« (»Nationale Bewegung«, RN), der für jene Strömung steht, die seit 2010 jährlich am 11. November das nationalistische Massenspektakel des Warschauer Unabhängigkeitsmarschs veranstaltet. Grundlegend ist die direkte organisatorische und ideologische Kontinuität zu antisemitischen, nationalkatholischen, gewalttätigen faschistischen Gruppierungen der Zwischenkriegszeit. In enger Verbindung mit der Kaderorganisation der »Allpolnischen Jugend« sowie bis vor kurzem dem faschistischen »Obóz Narodowo-Radykalny« (»National-Radikales Lager«, ONR) dominiert der RN seit Jahren das öffentliche Bild der extremen Rechten in Polen. Es ist kein Zufall, dass die »Konfederacja« ihren größten Zuspruch bei den männlichen Wählern der jüngsten Altersgruppe findet. Die nationalistische Mobilisierung des letzten Jahrzehnts auf der Straße, im Stadion und in jugendkulturellen Sphären findet nun ihren Niederschlag an der Wahlurne.

Den zweiten wesentlichen Baustein des Parteienbündnisses bildet die rechtslibertäre »KORWiN«-Partei. Deren exzentrischer Vorsitzender Janusz Korwin-Mikke sorgt seit Jahrzehnten vor allem mit notorisch misogynen Einlassungen für Aufsehen. Mittlerweile haben sich die »Korwinisten« aber auch als feste Strömung etabliert. Bei den Wahlen 2015 waren sie als eigenständige Partei nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Für das ideologisch-personelle Grundgerüst sorgt ein Netz aus Vereinen und Think Tanks. Fundamental ist ein extremer Wirtschaftsliberalismus mit der Vision eines absoluten Minimalstaats.

Weniger als Repräsentant einer konkreten Strömung, dafür aber als mediales Zugpferd hat nun auch der Verschwörungstheoretiker Grzegorz Braun einen Platz im Parlament. Mit Korwin-Mikke teilt er die Vorliebe für eine monarchische Staatsform. Braun, der Anfang 2019 öffentlich Erwägungen über das Auspeitschen von Homosexuellen anstellte, sieht die polnische Souveränität nicht nur als »Eurokolchose« der EU bedroht, sondern insbesondere durch eine Konspiration zur Destabilisierung der gesamten Region vom Schwarzen bis zum Baltischen Meer mit dem Ziel eines »jüdisch kontrollierten Territoriums«.

Zu diesen Kerngruppen kommt noch die enge Anbindung an weitere Strömungen des extrem rechten Spektrums, wie das fundamentalistisch-katholische Lager international vernetzter Abtreibungsgegner*innen oder die völkisch-großpolnisch orientierte »Kresy«-Bewegung, die für die polnische Minderheit in den früheren polnischen Ostgebieten – dem heutigen Litauen und Belarus – einen nationalistisch-landsmannschaftlichen Fürsorgekult entwickelt hat. Auch zu der in Polen starken Antiimpfbewegung bestehen Verbindungen – deren Spitzenvertreterin kandidierte direkt auf der Liste der »Konfederacja«.

Wie PiS, nur konsquenter

Diese wüste Mischung bezieht ihre gegenwärtige Geschlossenheit und Reputation aus einer aggressiven Oppositionshaltung gegenüber PiS. Die Kaczyński-Partei habe sich in der Regierung als »Pseudorechte« entpuppt. Die »Konfederacja« versteht sich dagegen als einzig wahre und ideologisch authentische Rechte. In Wirklichkeit stößt die »Konfederacja« aber einfach jene Türen ganz auf, die PiS bereits weit geöffnet hat, und buchstabiert die von Regierung, PiS-Medien und katholischer Kirche vermittelten Inhalte bis zur letzten Konsequenz aus. Grundlegend ist ein rassistisches und migrationsfeindliches Konzept der Nation. Erst zuletzt betonte der RN-Chef Robert Winnicki, dass die größte Herausforderung für Polen in der Wahrung der »ethnischen Kohärenz« bestehe. PiS dagegen sei mit der Öffnung des Landes für eine vermeintliche Massenzuwanderung dabei, die Fehler des Westens zu wiederholen. Die anderen wesentlichen Inhalte fasste der »KORWiN«-Vizechef Sławomir Mentzen Anfang 2019 bei einem öffentlichen Vortrag so zusammen: »Wir wollen keine Juden, Homosexuellen, Abtreibungen, Steuern und keine Europäische Union.« In allen diesen Punkten hat die PiS-Regierung nach »Konfederacja«-Lesart versagt: Unter PiS gibt es keinen EU-Austritt und kein totales Abtreibungsverbot, dafür räumt die Polizei den Pride-Paraden der »Regenbogen-Revolution« den Weg frei.

Als wichtigster gemeinsamer Nenner des heterogenen Bündnisses fungiert aber der Antisemitismus. Im Mai 2019 sah Warschau den wohl seit Jahren größten offen antisemitischen Aufmarsch. Angeführt von der »Konfederacja« zogen über 10.000 Menschen gegen vermeintlich drohende jüdische Restitutionsforderungen vor die amerikanische Botschaft und skandierten »Nieder mit der jüdischen Okkupation«. Auch der Warschauer Unabhängigkeitsmarsch am 11. November stand in diesem Jahr ganz im Zeichen des Antisemitismus. An der Hauptbühne prangte in riesigen Lettern die Losung »Nein zu jüdischen Ansprüchen«. Zehntausende brüllten »Hier ist Polen, nicht Israel«.

Schon seit längerem versucht das RN-Umfeld, das 2018 vom US-Kongress verabschiedete »Justice for Uncompensated Survivors Today Act 447« (JUST 447) zur existentiellen Bedrohung für Polen zu stilisieren. Die Regelung betrifft 46 Länder und erfordert einen jährlichen Bericht des US-Außenministeriums zum Stand der Entschädigungen für unrechtmäßige Gütertransfers infolge des Holocausts. Und auch wenn dieses Monitoring keinerlei direkte rechtliche Konsequenzen hat, verfängt am Ende die simple Botschaft der antisemitischen Kampagne: Die Juden wollen an unser Hab und Gut. Polen gerate unter die Knute des »internationalen Judentums« und die PiS schaue zu – so die Logik der »Konfederacja«. Während einer Europawahldebatte hielt der »KORWiN«-Vertreter Konrad Berkowicz einer PiS-Kandidatin demonstrativ eine Kippa über den Kopf.

Gegenwärtig werden Unterschriften gesammelt für ein Bürgerbegehren über eine gesetzliche Regelung, die eine Erfüllung jüdischer Entschädigungsansprüche auf der Grundlage des JUST 447 ausschließen soll. Das Thema könnte so auf die parlamentarische Ebene gelangen und PiS mit der unumgänglichen Abstimmung im Plenum zu einer offenen Positionierung zwingen. Eine Gesetzesinitiative über ein Bürgerbegehren einzubringen ist die einzige Möglichkeit für die elf »Konfederacja«-Abgeordneten. Ihre Bedeutung liegt weniger in ihrer konkreten parlamentarischen Stärke. Wichtiger sind die neuen Möglichkeiten, den öffentlichen Diskurs mitzubestimmen, eigenen Akteur*innen und Positionen weitere Legitimation zu verschaffen und Einfluss auf das Gefüge im rechten politischen Spektrum zu nehmen.

»Wir wollen keine Juden, Homosexuellen, Abtreibungen, Steuern und keine Europäische Union.«

Verharmlosung des Status quo

PiS ist vorerst damit gescheitert, eine Konkurrenz von rechts zu verhindern. Die bisherige Praxis, die extreme Rechte zu spalten sowie zu absorbieren, scheint im Falle der »Konfederacja« nicht erfolgreich zu sein. Stattdessen gibt es Spekulationen über mittelfristige Allianzen zwischen ihr und dem rechtem PiS-Flügel. Sogar eine Kooperation von wirtschaftsliberalen Kräften aus »Konfederacja«, PiS und der konservativ-neoliberalen Oppositionspartei (PO, übers. Bürgerplattform) erscheint auf längere Sicht nicht völlig abwegig.

Offen ist, wie die »Konfederacja« mit ihren inneren Widersprüchen umgehen wird. Das betrifft insbesondere die wirtschaftspolitische Ausrichtung. Ein Beispiel ist das von PiS eingeführte sonntägliche Verkaufsverbot, an dem der radikalkatholische RN im Gegensatz zur ultrakapitalistischen KORWiN-Partei festhalten will. Noch überdeckt aber der permanente Angriffsmodus, in dem sich das Parteienbündnis befindet, solche Differenzen.

Problematisch gestaltet sich auch das Verhältnis zur Straße und zu außerparlamentarischen Kräften. Bereits Ende 2018 kam es zum offenen Bruch zwischen dem RN-Lager und dem ONR sowie dem weiteren extrem rechten, speziell dem autonom-nationalistischen Spektrum. Hintergrund sind die Kooperation der RN-Führung mit der Regierung im Rahmen des Unabhängigkeitsmarschs 2018, die gleichzeitige Distanzierung von militanten Gruppierungen (s. drr Nr. 175) sowie die generelle, stärker parteipolitisch-parlamentarische Orientierung.

In jedem Fall bedeutet die neugewonnene institutionelle Präsenz aber einen weiteren großen Schritt für eine extrem rechte Normalisierung. Dazu kommt der gefährliche Effekt einer Neujustierung der Koordinaten im polnischen politischen System. In der Extremismustheorie erprobte Liberale waren schnell dabei, die Bedrohung für die Demokratie gleichermaßen bei den beiden Parlamentsneulingen auf der linken wie auf der rechten Seite zu verorten. Die seit 2015 regierende PiS wandert auf diese Weise unversehens in die Mitte des Spektrums. Das ist nicht nur angesichts ihres Programms und ihrer Politik fatal. Auch auf personell-struktureller Ebene bestehen Grenzen nur vordergründig. So werden zum Beispiel Posten in öffentlichen Einrichtungen wie Medien, Museen oder Gedenkinstitutionen weiter an extrem rechte Kader vergeben. Der von der »Konfederacja« so brachial vorgetragene Antagonismus ist daher letztlich ein Scheingegensatz.



Den Blick weiten

von Jens Breuer

Der Befreiung von Auschwitz, die sich jetzt zum 75. Mal jährt, wird weltweit gedacht. Auschwitz steht aber nur für eine spezifische Form des Massenmords. Der »Selektion« der Arbeitsfähigen folgte dort die genannte industrielle Vernichtung der vor allem westeuropäischen Jüdinnen und Juden – begangen von einem noch relativ überschaubaren Täterkreis. Andernorts gab es diese »Selektionen« nicht. Wer in eines der Lager der »Aktion Reinhard« verschleppt wurde, starb durch Motorengase. Gleiches Schicksal traf die Menschen, die von den »Einsatzgruppen« in der besetzten Sowjetunion zusammengetrieben worden waren – sie wurden an Gruben erschossen, in Handarbeit – von vielen unterschiedlichen Tätern und unzähligen Unterstützer*innen. Und es traf nicht nur (aber vor allem) Jüdinnen und Juden, sondern auch Romni und Roma, Menschen mit tatsächlichem oder vermeintlichem Handicap, politische Gegner*innen, Kriegsgefangene und eben auch die einheimische Zivilbevölkerung. In der gesellschaftlichen Breite ist dies oft nicht bekannt oder wird bewusst ausgeblendet. Auschwitz ist zum Synonym für den Holocaust geworden, doch eben nur zu einem Synonym.
Für antifaschistisch engagierte Menschen gehört es dazu, sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus zu beschäftigen – nicht nur wegen des Schwurs von Buchenwald, sondern auch, weil das Wissen darum stets und unmissverständlich verdeutlicht, dass sie immanenter Teil von Faschismus und Nationalsozialismus sind.
Der Sammelband »Im Schatten von Auschwitz« bietet allen, die sich für den Holocaust und die nationalsozialistischen Massenverbrechen interessieren, fundierte und interessante Einblicke. Im ersten Abschnitt werden von namhaften Fachhistoriker*innen die Verbrechen an neun Orten im heutigen Polen, in Belarus und der Ukraine skizziert (von Kulmhof, über Maly Trostinez bis Kamenez-Podolsk). Es folgen dann Beschreibungen, wie an diesen Orten heute an das Geschehene erinnert wird. Im dritten Teil folgen Einzeldarstellungen von Opfergruppen und Täterkollektiven. Schließlich eröffnen neun weitere Beiträge Perspektiven, wie Bildungsarbeit zu solchen Orten möglich sein könnte. Angereichert ist der Band mit vielen hundert Fotos und Karten zu den früheren Tat- und den heutigen Gedenkorten.
Zum Thema der Publikation wurde vom Fotografen Mark Mühlhaus eine Wanderausstellung entwickelt, die mit großformatigen Aufnahmen künstlerisch an die heutigen Gedenkorte heranführt. Ein kleines Begleitheft erläutert, was dort geschehen ist. Die gebührenfrei auszuleihende Ausstellung bietet einen sehr guten Zugang zu dem Thema, das sich über die Publikation oder über Rahmenveranstaltungen vertiefen ließe.

Martin Langebach, Hanne Liever (Hg.): Im Schatten von Auschwitz. Spurensuche in Polen, Belarus und der Ukraine: Begegnen, Erinnern, Lernen. Bonn, 2017. Bezug nur über die Bundeszentrale für politische Bildung. 7,50 Euro zzgl. Porto.

Mark Mühlhaus / attenzione photographers: Im Schatten von Auschwitz. Fotoausstellung. 2017. Die Wanderausstellung kann gebührenfrei ausgeliehen werden. Weitere Informationen: www.bpb.de/265546/

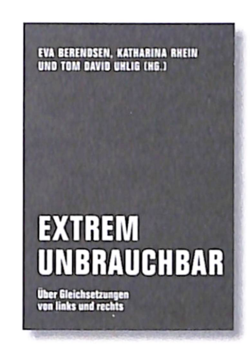


Die extreme Rechte und die Sicherheitsbehörden

von Sascha Schmidt

Morddrohungen von einem »NSU 2.0« gegen eine Anwältin aus dem NSU-Prozess – verschickt aus einem Frankfurter Polizeirevier; Beteiligungen von Polizist*innen an rassistisch motivierten Übergriffen und Treffen des »Ku-Klux-Klans«, Bundeswehrsoldaten als Teil rechter »Prepper«-Netzwerke, Verstrickungen von Beamt*innen mit Teilen der rechte Szene.
Diese und viele weitere Beispiele aus jüngster Zeit machen deutlich: In den Sicherheitsbehörden finden sich nicht nur extrem rechte Personen – sie agieren auch immer unverhohlener und zum Teil gewaltorientiert. Darüber hinaus bemühen sich Teile der extremen Rechten – insbesondere die »Alternative für Deutschland« – um Einfluss in den Behörden. Und dies relativ erfolgreich.
Heike Kleffner und Matthias Meisner lassen in dem Sammelband »Extreme Sicherheit – Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz« mehr als 30 Journalist*innen großer Tageszeitungen und öffentlich-rechtlicher Fernsehanstalten, ebenso wie Anwält*innen und Wissenschaftler*innen über solche Fälle zu Wort kommen. Im Fokus des Buches stehen zudem Ermittlungen gegen Personen der extremen Rechten, bei denen von einem Aufklärungswillen seitens der Behörden kaum gesprochen werden kann, Gerichtsverhandlungen, in denen höchst fragwürdige Urteile gesprochen wurden sowie Vertuschungen seitens des Verfassungsschutzes. Zwar dürften viele der in den 28 Kapiteln dargestellten Fälle aufgrund bundesweiter Berichterstattungen weitgehend bekannt sein. Die Kapitel bringen jedoch eine Übersichtlichkeit und Analyse in diese Fälle, die im Rahmen der häufig nur tröpfchenweise stattfindenden Aufklärungen schnell verloren gehen.
Vor dem Hintergrund, dass keinesfalls von Einzelfällen die Rede sein kann, stellen sich die Herausgeber*innen des Buches die Frage, wie es um »die demokratische Verfasstheit von Polizei, Justiz, Bundeswehr und Verfassungsschutz« in Deutschland steht. Um diese Frage beantworten zu können, das machen die Interview-Passagen mit Kenner*innen polizeilicher Institutionen deutlich, braucht es systematische, wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit den entsprechenden Institutionen, die jedoch in Deutschland seit Jahren leider fehlen. Das Buch kann solche Studien nicht ersetzen, liefert hierfür jedoch eine wichtige und gute Anregung.

Matthias Meiner / Heike Kleffner (Hg.): Extreme Sicherheit – Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz. Freiburg 2019, Herder Verlag, 320 Seiten, 24 Euro



In Zeiten des Hufeisens

von Kai Budler

Gleich 22 Beiträge versammelt der Sammelband »Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von rechts und links, das jüngst in der »Edition Bildungsstätte Anne Frank« erschienen ist. Aus verschiedenen Perspektiven beleuchten die Autor*innen die Theorie des »Hufeisenmodells«, nach dem die Mitte der Gesellschaft von ihren Rändern bedroht wird, die an der Zerstörung der Demokratie arbeiten. Gleich im ersten Teil des Buches legen die Autor*innen plausibel, nachvollziehbar und gut lesbar dar, warum diese Theorie keine sein kann und spüren den Auswirkungen der Gleichsetzung von links und rechts unter anderem in der politischen Bildung nach. Im zweiten Teil geht es unter der Überschrift »Im Dickicht der Institutionen« vor allem um die Verharmlosung der extremen Rechten als Konsequenz der Gleichsetzung sowie um die Folgen ihrer Wirkungsmacht für zivilgesellschaftliche Organisationen. Besonders empfehlenswert ist hier der Aufsatz über »Muslime im Extremismustheater« mit dem Titel »Das hat doch nichts mit dem Islam zu tun«. Nach dem Kapitel »Das Recht des Stärkeren« wird »Der Mythos Mitte« und deren vermeintliche Neutralität analysiert. Doch wie die anderen krankt auch dieser Teil an den unterschiedlichen Niveaus der Texte. Während zum Beispiel Katharina Rhein und Tom David Uhlig am Beispiel Antisemitismus zeigen, dass die Neutralität der Mitte ein Märchen ist, fällt es in einem weiteren Beitrag schwer, die Verbindung vom Feminismus zum Thema des Sammelbandes zu begreifen. Im fünften Kapitel »Nachtritte« schließlich werden die aus den vorherigen Teilen gewonnenen Erkenntnisse in Verbindung zu aktuellen Geschehnissen wie beispielsweise dem G20 in Hamburg gesetzt. Interessant auch das Interview mit den Macher*innen der Seite »Das goldene Hufeisen«, das mit einem Blick aus internationaler Perspektive auf das Thema »Mitte« erfrischt. Trotz der angebrachten Kritik ist den Herausgeber*innen ein sehr empfehlenswerter Sammelband gelungen, der mit teils hervorragenden Beiträgen einem fundierten Lehrbuch mit meist politikwissenschaftlichem Anspruch zum Thema »Hufeisenmodell« gleicht. Das Buch bietet für die politische Debatte Material auf hohem Niveau und liefert auch viele neue Details.

Eva Behrensen, Katharina Rhein und Tom David Uhlig (Hg.): »Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts«. Berlin 2019, Verbrecherverlag, 304 Seiten, 19 Euro



Photos

Mark Mühlhaus / attenzione (Seiten 1, 3, 8, 10, 12, 40)
@derrechterand Archiv (Seiten 7, 26, 34)
pa (Seite 14)
Roland Geisheimer / attenzione (Seite 17)
Stephanie Heide (Seiten 22, 24)
Wikipedia / Paulrudd - CC BY-SA 3.0 (Seite 30)
Janko Woltersmann / attenzione (Seite 32)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH.
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Sehr geehrter Herr Minister Scholz,
seit 2008 bin ich die Ehrenvorsitzende der VVN–BdA, der gemeinnützigen Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, gegründet 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und NS-Verfolgten. Die Arbeit der Antifa, die Arbeit antifaschistischer Vereinigungen ist heute – immer noch – bitter nötig. Für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren und extreme Rechte nicht mal mehr vor Angriffen gegen Vertreter des Staates zurückschrecken.

Wohin steuert die Bundesrepublik?
Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus!, wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im Land die Arbeit unmöglich machen? Diese Abwertung unserer Arbeit ist eine schwere Kränkung für uns alle.

»Die Bundesrepublik ist ein anderes, besseres Deutschland geworden«, hatten mir Freunde versichert, bevor ich vor fast 60 Jahren mit meiner Familie aus Israel nach Deutschland zurückgekehrt bin. Alten und neuen Nazis bin ich hier trotzdem begegnet. Aber hier habe ich verlässliche Freunde gefunden, Menschen, die im Widerstand gegen den NS gekämpft haben, die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Nur ihnen konnte ich vertrauen.

Wir Überlebende der Shoah sind die unbequemen Mahner, aber wir haben unsere Hoffnung auf eine bessere und friedliche Welt nicht verloren. Dafür brauchen wir und die vielen, die denken wie wir, Hilfe! Wir brauchen Organisationen, die diese Arbeit unterstützen und koordinieren.

Nie habe ich mir vorstellen können, dass die Gemeinnützigkeit unserer Arbeit angezweifelt oder uns abgesprochen werden könnte! Dass ich das heute erleben muss! Haben diejenigen schon gewonnen, die die Geschichte unseres Landes verfälschen wollen, die sie umschreiben und überschreiben wollen? Die von Gedenkstätten ‹als Denkmal der Schande› sprechen und den NS-Staat und seine Mordmaschine als ‹Vogelschiss in deutscher Geschichte› bezeichnen?

In den vergangenen Jahrzehnten habe ich viele Auszeichnungen und Ehrungen erhalten, jetzt gerade wieder vom Hamburger Senat eine Ehrendenkmünze in Gold. Mein zweites Bundesverdienstkreuz, das Große, haben Sie mir im Jahr 2012 persönlich feierlich überreicht, eine Ehrung für hervorragende Verdienste um das Gemeinwohl, hieß es da. 2008 schon hatte der Bundespräsident mir das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse angeheftet. Darüber freue ich mich, denn jede einzelne Ehrung steht für Anerkennung meiner – unserer – Arbeit gegen das Vergessen, für ein »Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus«, für unseren Kampf gegen alte und neue Nazis.

Wer aber Medaillen an Shoah-Überlebende vergibt, übernimmt auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung für das gemeinsame NIE WIEDER, das unserer Arbeit zugrunde liegt.

Und nun frage ich Sie:
Was kann gemeinnütziger sein, als diesen Kampf zu führen?

Entscheidet hierzulande tatsächlich eine Steuerbehörde über die Existenzmöglichkeit einer Vereinigung von Überlebenden der Naziverbrechen?

Als zuständiger Minister der Finanzen fordere ich Sie auf, alles zu tun, um diese unsägliche, ungerechte Entscheidung der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Arbeit der VVN – BdA rückgängig zu machen und entsprechende Gesetzesänderungen vorzuschlagen.
Wir Überlebenden haben einen Auftrag zu erfüllen, der uns von den Millionen in den Konzentrationslagern und NS-Gefängnissen Ermordeten und Gequälten erteilt wurde. Dabei helfen uns viele Freundinnen und Freunde, die Antifaschistinnen und Antifaschisten – aus Liebe zur Menschheit! Lassen Sie nicht zu, dass diese Arbeit durch zusätzliche Steuerbelastungen noch weiter erschwert wird.
Mit freundlichen Grüßen
Esther Bejarano

Vorsitzende
Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten